

Inhalt

Prvá stavebná sporiteľňa auf einen Blick	2
Auftrag und Ziele	3
Prvá stavebná sporiteľňa im Jahr 2007 – Übersicht der Ereignisse	4
Vorwort des Vorstandes	6
Verwaltung und Leitung des Gessellschaft	9
Ausblick 2008	35
Jahresabschluss (zum 31. Dezember 2007)	38
Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers	106
Bericht des Aufsichtsrates	108
Summary	I – VI

Prvá stavebná sporiteľňa, a.s., auf einen Blick:

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vorgelegtes Neugeschäft					
1.1. Anzahl	209 730	178 966	148 556	155 493	169 801
1.2. Bausparvolumen in Mio. SKK	52 304	55 718	49 185	48 015	50 246
2. Zuteilungen					
2.1. Anzahl	28 071	29 861	18 816	10 724	17 020
2.2. Bausparsumme in Mio. SKK	8 678	8 732	5 884	3 479	5 722
3. Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und ÚmFSS PO¹					
3.1. Anzahl der Darlehen	31 447	37 553	36 755	38 535	37 070
3.2. Genehmigte Bauspardarlehen in Mio. SKK*	8 723	10 491	9 918	11 611	11 808
4. Widmungsgemäss verwendete Bausparguthaben in Mio. SKK*	4 660	4 295	3 327	2 770	3 229
5. Finanzierungsvolumen für Wohnbau gesamt in Mio. SKK²	13 383	14 786	13 245	14 381	15 037
6. Vertragsbestand					
6.1. Anzahl	1 017 957	1 033 203	1 032 220	982 765	956 958
6.2. Bausparsumme in Mio. SKK	255 173	288 542	310 793	319 834	322 228
6.3. Bauspareinlagenbestand in Mio. SKK	30 624	32 323	36 475	40 705	43 918
7. Bilanzsumme in Mio. SKK (ab 2005 laut IFRS)	43 121	43 595	45 606	50 245	54 481
8. Forderungen aus Darlehen (Brutto) in Mio. SKK (ab 2005 laut IFRS)	28 261	31 828	35 317	41 603	46 869
9. Eigenkapital in Mio. SKK³ (ab 2005 laut IFRS)	8 248	8 041	7 939	7 984	7 849
10. Gewinn nach Steuern in Mio. SKK (ab 2005 laut IFRS)	787	603	669	938	821
11. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bilanzsumme in %	65,54	73,01	77,39	82,75	86,03
12. Bauspareinlagenbestand / Bilanzsumme in %	71,02	74,14	79,93	80,97	80,61
13. Eigenkapital / Bilanzsumme in %	19,13	18,44	17,40	15,88	14,41
14. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bauspareinlagenbestand in %	92,28	98,47	96,82	102,21	106,72
15. Klassifizierte Forderungen aus Darlehen / Forderungen aus Darlehen (Brutto) in %	2,41	2,48	2,63	3,09	3,03
16. Rentabilität des Eigenkapitals (ROE)³	15,36	12,77	13,71	19,67	16,20
17. Rentabilität der Aktiva (ROA)⁴	1,83	1,69	1,51	1,97	1,57
18. Angemessenheit des Eigenmittels (Kapitaladäquanz) in %	33,64	25,19	20,76	20,00	19,38
19. Anzahl der Mitarbeiter	382	391	399	390	393

¹ Darlen für juristische Personen aus ausserkollektiven Mitteln

² Summe der Zeilen die mit dem Sternchen (*) gekennzeichnet sind

³ Summe von Grundkapital, Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag, Gewinn nach Steuern und Bewertungsdifferenz aus zur Veräusserung verfügbaren Wertpapieren

Auftrag und Ziele der PSS

Der primäre und fundamentale Auftrag der PSS, von dem sämtliche Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit abgeleitet werden, ist die langfristige Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bevölkerung auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Als eines der wesentlichen sozialen Bedürfnisse stellt Wohnraum eine der wichtigen Voraussetzungen für ein sicheres, gesundes, zufriedenes und glückliches Leben und eine gesunde Entwicklung der Familien dar.

Die Bausparer – natürliche und juristische Personen – können sich von der Erfüllung dieses Auftrags der PSS auf hohem fachlichem Niveau in der alltäglichen Praxis bei der Zusammenarbeit mit den Angestellten und Mitarbeitern dieser renommierten Bankinstitution überzeugen. Die PSS interpretiert ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Sie handelt stets mit Rücksicht auf deren Bedürfnisse und Erwartungen. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung sämtlicher ihrer Aktivitäten. Das bedeutet, dass bei jeder

Innovation, bei jedem neuen Bausparprogramm, bei sämtlichen Änderungen, welche die PSS in ihrer Tätigkeit plant und vornimmt, die Interessen der Bausparer im Mittelpunkt stehen.

Ethische Grundsätze stehen hinter allen ihren Handlungen und Regelwerken. Sie prägen die grundsätzliche Haltung der PSS in ihren Beziehungen zu den Kunden, Geschäfts- und Kooperationspartnern und sind das Fundament der Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern.

Es ist der Auftrag der PSS aktiv an der Qualitätsverbesserung des Wohnungswesens in der Slowakei mitzuwirken, damit diese Qualität Schritt für Schritt an westeuropäisches Niveau angeglichen wird. Dabei werden alle Anstrengungen unternommen, die Zufriedenheit ihrer Kunden, korrekte Beziehungen mit Geschäftspartnern und Mitarbeitern, sowie den guten Ruf, über den die PSS anerkanntermaßen verfügt, aufrechtzuerhalten.

PSS im Jahr 2007 – Übersicht der Ereignisse

Januar

- Halbierung der Kontoführungsgebühr für Kunden, die ihre Zahlungen durch Einzugsermächtigung leisten

Februar

- Treffen der Vertriebsnetzmitarbeiter aus der ganzen Slowakei in Bratislava, Auszeichnung der besten Mitglieder des Vertriebsnetzes, Auswertung des Vorjahres sowie Präsentation der wichtigsten Aufgaben für das laufende Jahr
- Pressekonferenz der PSS, ausgerichtet auf den Jahresabschluss des Jahres 2006 und die wichtigsten Geschäftspläne für 2007
- Zinsbonus – neues Angebot für Kunden mit der Möglichkeit, im Jahr 2007 aus Spareinlagen einen Ertrag von bis zu 18,5% zu erzielen

März

- Sitzung der Europäischen Bausparkassenvereinigung in Brüssel, an der die Vorstandsmitglieder der PSS teilnehmen

April

- Anpassung der Bausparbedingungen für natürliche Personen: zusätzliche Möglichkeit der Versicherung des Darlehens, Änderungen bei der Gewährung von Zwischendarlehen in der Phase der sog. Befragung des Bausparvertrags
- Anpassung der Bausparbedingungen für juristische Personen: Absicherung der Darlehen für Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten durch Pfandrecht und Solidarhaftung
- Beginn der Zusammenarbeit mit der Sozialversicherungsanstalt (Überprüfung der Bonität der Kunden bei der Beurteilung der Anträge auf Darlehenszuteilungen)
- Spende von SKK 150.000 zur Unterstützung der slowakischen Antikrebsliga aus Anlass des Narzissentages
- Preisverteilung im Rahmen des Wettbewerbs Progressives, preisgünstiges Wohnen

Mai

- TOP Klub der PSS auf den Malediven – exklusive Auszeichnung für die besten Handelsvertreter des Jahres 2006
- Wettbewerb für minderjährige Kunden der PSS mit der Möglichkeit, einen von 100 Aufenthalten im Sommerlager Vivalandia zu gewinnen
- Hauptversammlung der PSS

Juni

- Preis Entdeckung des Jahres 2006 an die PSS für Bauspardarlehen bis zu SKK 1 Mio. ohne Untersuchung der Kreditwürdigkeit des Kunden
- Anpassung der Bausparbedingungen für natürliche Personen: maximale Haushaltskennziffer für die Ermittlung des realistischen Verkaufspreises bei der schrittweisen Finanzierung des Hausbaus
- Fortsetzung des Wettbewerbs für minderjährige Kunden der PSS mit der Möglichkeit, einen von 100 Aufenthalten im Sommerlager Vivalandia zu gewinnen
- Erteilung des PSS-Preises Wohnhaus des Jahres an den Wohnkomplex Karloveské rameno in Bratislava im Rahmen des Wettbewerbs Bau des Jahres
- Auswertung des in der Kundenzeitschrift DOMA verkündeten Wettbewerbs In der Klasse wie zu Hause, verbunden mit Preisverteilung
- 1. Platz für die Mannschaft der PSS beim vierten VIP Turnier im Boulespiel

Juli

- Neues Angebot für Bausparer – natürliche Personen: ein Folgedarlehen ohne Pfandrecht, Zinsbonus bei Darlehen mit Versicherung
- Neues Angebot für Bausparer – juristische Personen (Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie andere Verwalter von Wohnobjekten): XXL-Darlehen mit konstanter monatlicher Ratenzahlung während der gesamten Tilgungsdauer; günstigere Zinssätze für einige Zwischendarlehen
- Parameter X – Ihr Wohnen auf unsere Rechnung – eine imageorientierte Sommerwerbbeaktivität der PSS, vorbereitet zusammen mit Radio Expres
- Pressekonferenz der PSS.

August

- Arbeitsbesprechung am Sitz der PSS zu aktuellen Fragen des Bausparens

September

- Folgedarlehen ohne Pfandrecht (Bausparer – natürliche Personen) mit neuen Bedingungen und niedrigerem Zinssatz
- separate Allgemeine Bedingungen für Bausparverträge für juristische Personen und natürliche Personen – Unternehmer

Oktober

- Sitzung der EuBV in Prag, bei der Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, zum Präsidenten der Europäischen Bausparkassenvereinigung gewählt wurde
- Schuldverschreibungen PSS 2012 – erste Emission von Schuldverschreibungen der PSS (festverzinsliche Schuldverschreibungen)
- 2. Platz für die PSS in der Liste der größten Firmenphilanthropen im Jahr 2007 (Top firemný filantrop 2007)
- Erteilung des PSS-Preises an den Wohnkomplex Karloveské rameno in Bratislava (im Rahmen des Wettbewerbs CE.ZA.AR 2007, Kategorie Wohnhäuser)

November

- 15. Jahrestag der Aufnahme der Geschäftstätigkeit der PSS, verbunden mit einer Feier und einer Pressekonferenz aus Anlass „des Geburtstags“
- Internationale Konferenz Verwaltung von Wohnhäusern in Bratislava, mit Teilnahme von Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS
- Sitzung des Aufsichtsrates und Hauptversammlung der PSS
- zwei erste und ein zweiter Platz für die PSS im Wettbewerb Der Philanthropenpreis 2007
- Auswertung des in der Kundenzeitschrift DOMA verkündeten Wettbewerbs Bakkalaureusse des Bausparens, verbunden mit Preisverteilung

Dezember

- 4. Platz für die PSS bei der Auswertung Bank des Jahres 2007 (Jahrespreis des Wochenblattes Trend für außerordentliche Unternehmensleistungen)
- Goldene Münze für die PSS für den Zinsbonus von bis zu 18,5%

Vortwort des Vorstandes

Sehr geehrte Aktionäre, Geschäftspartner und Kunden!

Das Jahr 2007 war für das Bausparen ein weiteres erfolgreiches Jahr. Nach einer langen Periode alljährlicher gesetzlicher Eingriffe brachte es fürs 2007 nützliche und positive Änderungen im Bauspargesetz.

Diese positive Haltung zur Unterstützung eines der wichtigsten Instrumente zur Finanzierung des Wohnungswesens, wie es das Bausparen ohne Zweifel ist, ist das Ergebnis der bereits im Jahr 2006 durchgeführten Verhandlungen zwischen den Vertretern aller drei Bausparkassen und den Repräsentanten der parlamentarischen politischen Parteien über die Bedeutung, die Möglichkeiten und Ziele des Bausparens. Ein erstes positives Signal war die angekündigte Unterstützung des Bausparens in der Regierungserklärung der slowakischen Regierung.

Die vom slowakischen Parlament bereits im November 2006 verabschiedete Novelle zum Bauspargesetz wurde auf Basis der 15-jährigen Erfahrung im Bereich des Bausparens in der Slowakei entworfen und ist das Ergebnis einer konstruktiven Zusammenarbeit des Finanz- und Baurechts mit den Bausparkassen und der Nationalbank der Slowakei.

Die Novelle erweitert die Verwendungszwecke der Bausparmittel, wodurch den Bedürfnissen der Bürger nachgekommen wurde, sämtliche Bauarbeiten, sowie das gesamte Material für den Bau und die Renovierung von Wohnobjekten aus Bausparmitteln finanzieren zu können. Auf Basis dieser Novelle können nicht nur Ausländer, sondern auch juristische Personen – Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten – die Bausparprämie erhalten. Dadurch hat die Regierung bereits ein Jahr nach den Parlamentswahlen ein Zeichen gesetzt, eine schnelle und umfangreiche Erneuerung des bestehenden Wohnungsbestands zu fördern. Zugleich gab sie einen Motivationsanreiz zur Beschleunigung der Mobilisierung von Finanzmitteln der Wohnungseigentümer zur Renovierung von Wohnhäusern.

Aus Sicht der Ergebnisse und des Beitrags des Bausparens für die slowakische Gesellschaft war 2007 bereits das dritte Jahr eines stabilen Umfeldes im Bereich des Bausparsystems, vor allem hinsichtlich der Gewährung der Bausparprämie, was im wesentlichen Maße zur Erhöhung der Attraktivität und der zweckgebundenen Verwendung der angesparten sowie der als Darlehen erhaltenen Geldmittel zur Wohnungsfinanzierung beigetragen hat. Die Parameter für die Gewährung der Bausparprämie haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die maximale Bausparprämie verblieb bei SKK 2.000. Die berechnete prozentuale Höhe der Bausparprämie von 9,5% bedeutete einen Anstieg der Bemessungsgrundlage von SKK 20.000 im Vorjahr auf SKK 21.053 im Jahr 2007.

Zu den weiteren bedeutenden Ereignissen, welche die Entwicklung des Bausparens in der PSS im Jahr 2007 beeinflussten, zählten der enorme Anstieg der Nachfrage nach Bau, Kauf und Erneuerung von zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten wegen der bevorstehenden Euro-Einführung, sowie die steigende Entwicklung der Zinssätze auf dem Darlehensmarkt, die vor allem durch die Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten verursacht wurden.

Die positiven Signale des Gesetzgebers zusammen mit der seit 2006 sehr effektiv arbeitenden neuen Struktur des Vertriebsnetzes der PSS spiegelten sich in der Akzeptanz sämtlicher Aktivitäten sowie des Angebots der PSS in der breiten Öffentlichkeit wider. Dies ermöglichte, auch dank des die Bedürfnisse der Kunden konsequent widerspiegelten Angebots, ein bedeutendes unterjähriges Wachstum im Bauspar- sowie Bauspardarlehensbereich. Im Jahre 2007 haben die Kunden der PSS insgesamt 169.801 neue Bausparverträge abgeschlossen; das sind 9,2% mehr als im Vorjahr. Das Volumen der Bausparsummen erreichte SKK 50,2 Mrd., um 4,5% mehr als im Jahr 2006. Zum 31. Dezember 2007 verwaltete die PSS somit insgesamt 956.958 Bausparverträge im Gesamtvolumen von SKK 322,23 Mrd. Die Höhe der Kundenspareinlagen stieg unterjährig um 7,9% auf SKK 43,9 Mrd. an. Die durchschnittliche Bausparsumme neuer Bausparverträge erreichte SKK 295.913. Der Marktanteil der PSS im Neugeschäft überschritt im Berichtsjahr 82%.

Eine attraktive Darlehenspolitik führte zu einem außerordentlich günstigen Aufschwung in der Gewährung von Bauspar- und Zwischendarlehen. Im Jahr 2007 vergab die PSS insgesamt 37.070 Bauspar- und Zwischendarlehen im größten Volumen

in ihrer Geschichte von mehr als SKK 11,8 Mrd. Die kontinuierliche Verbesserung der Qualität der Darlehensprozesse und der Ausbau des Risikocontrollings, ermöglichte es, trotz des Anstieges des Darlehensvolumens den Prozentsatz der klassifizierten Darlehen zum 31. Dezember 2007 auf 3,03% zu senken. Das Risikocontrolling der PSS hatte als erstes im slowakischen Bankensektor den Basel II Regulator für die Risikosteuerung implementiert.

Die immer größere Nachfrage nach Bauspar- und Zwischendarlehen der PSS führte zu einem rasanten Anstieg der Inanspruchnahme der Finanzmittel im Bausparfonds. Die Förderung der Spareinlagenentwicklung im Bausparfonds wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der PSS im Jahre 2007. Die Einführung des Zinsbonus in das Angebot der PSS hat die Einlagenentwicklung sehr positiv beeinflusst. Trotz dieser positiven Entwicklung war die Inanspruchnahme der Finanzmittel im Bausparfonds höher als deren Bildung und zum 31. Dezember 2007 erreichte die Effektivität der Nutzung der Bauspareinlagen für Darlehen 107%. Diese Entwicklung war der Impuls für die historisch erste Emission von Schuldverschreibungen der PSS in der zweiten Hälfte 2007 in Höhe von SKK 1 Mrd. Die Emission bestätigte das hohe Vertrauen der Anleger in die PSS.

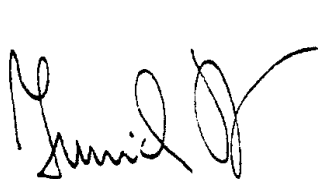
Dank diesen Ergebnissen konnte die PSS ihre führende Position auf dem Markt der Wohnungsbaufinanzierung in der Slowakei erfolgreich verteidigen. Für Wohnungszwecke stellte sie im Berichtsjahr mehr als SKK 15 Mrd. bereit, was einen Anteil von 27,9% sämtlicher, in der Slowakei im Jahr 2007 im Wohnungswesen investierter Finanzmittel darstellt. Eine dominante Position hatte die PSS erneut in der Finanzierung der Renovierung von Wohnhäusern, mit der sie vor mehr als 7 Jahren als Wegbereiter in der Slowakei begann. Die im Jahr 2007 aus dem Bausparen an natürliche Personen ausgereichten Finanzmittel wurden ebenfalls vorzugsweise zur Renovierung und Modernisierung verwendet.

Die PSS gehört seit ihrer Entstehung zu den dynamischsten Gesellschaften auf dem slowakischen Finanzmarkt. Das hohe Niveau der erzielten Ergebnisse wurde erneut durch den 4. Platz in der vom Wochenblatt „Trend“ im Jahr 2007 vorgenommenen komplexen Bewertung von Banken bestätigt.

Die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Kunden, wird nicht nur durch die erwähnten Ergebnisse, sondern auch durch die Auszeichnung „Zlatá minca 2007“ (Goldene Münze 2007), die dem Bausparen in der PSS mit einem Zinsbonus von bis zu 18,5% von einer Fachjury im nationalen Wettbewerb von Finanzprodukten zuerkannt wurde untermauert. Das Bauspardarlehen der PSS bis zu SKK 1 Mio. ohne Überprüfung der Kreditwürdigkeit des Kunden und ohne Absicherung, das mit der Goldenen Münze bereits im Vorjahr ausgezeichnet wurde, erhielt im Jahr 2007 die Auszeichnung „Entdeckung des Jahres 2006“.

Auf Basis des PSS Vorschlags zur Finanzierung des Mietwohnungswesens aus privaten Quellen, den die PSS 2006 dem slowakischen Premierminister vorgestellt hatte, wurde beim slowakischen Ministerium für Aufbau und regionale Entwicklung eine Kommission mit Vertretern mehrerer Ressorts zur Vorbereitung legislativer Lösungen zum Aufbau eines Mietwohnungssektors eingerichtet. Ein notwendiger nationaler Konsens zur Vorbereitung einer Lösung ist bis heute nicht erreicht.

Die konsequente Kundenausrichtung und das Vertrauen auf unsere Professionalität haben erneut bestätigt, dass die Attraktivität des Angebots und die Qualität der von der PSS erbrachten Dienstleistungen für den Kunden am wichtigsten sind. Die erzielten Ergebnisse im Jahr 2007 spiegeln die systematische Arbeit und den Einsatz unserer Mitarbeiter, unseres Vertriebsnetzes sowie unserer Kooperationspartner wider – und vor allem sind sie der Ausdruck des Vertrauens unserer Kunden in das Bausparsystem an sich sowie in unsere Bankinstitution. Wir danken unseren Kunden für ihr Vertrauen und unseren Geschäftspartnern und Mitarbeitern für ihren enormen Einsatz und die gute Zusammenarbeit.



Ing. Imrich Béreš
Vorstandsvorsitzender



Mag. Herbert G. Pfeiffer
Vorstandsmitglied



Ing. Erich Feix
Vorstandsmitglied

Grundlegende Angaben

Handelsname (Firma):	Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.
Rechtsform:	Aktiengesellschaft
Sitz:	Bratislava, Bajkalská 30
Entstanden am:	15. Oktober 1992 (Tag der Eintragung ins Handelsregister)
Aufnahme der Geschäftstätigkeit:	16. November 1992
Höhe des Grundkapitals:	SKK 2 Mrd.

Unternehmensgegenstand:

• Entgegennahme von Bauspareinlagen;
• Gewährung von Bauspardarlehen;
• Gewährung von Bürgschaften an andere Kreditinstitute für Bauspar-, Hypotheken- oder Kommunaldarlehen;
• Entgegennahme von Einlagen anderer Kreditinstitute;
• Handel auf eigene Rechnung mit Hypothekendarlehen, Kommunalobligationen, Staatsanleihen einschließlich der Schatzscheine oder mit Kassenobligationen der Nationalbank der Slowakei aufgrund der nach dem slowakischen Wertpapiergesetz (Gesetz Nr. 600/1992 Gbl. in der geltenden Fassung) erteilten Genehmigung;
• Zahlungsverkehr und bausparbezogene Verrechnung;
• Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens;
• Gewährung von Bauspardarlehen für Bauzwecke aus Mitteln außerhalb des Bausparfonds.

Tochtergesellschaften:

DomBytGLOBAL, spol. s r. o.	100%-iger Geschäftsanteil
DomBytDevelopment, s. r. o.	5%-iger Geschäftsanteil
EURODomBytGLOBAL, s. r. o. („EDBG“)	5%-iger Geschäftsanteil (vom 1. Februar bis zum 15. Mai 2007) 0,074%-iger Geschäftsanteil (vom 15. Mai bis zum 19. Juni 2007) 70%-iger Geschäftsanteil (vom 19. Juni bis zum 12. Dezember 2007)
Aufgrund des Vertrags vom 12. Dezember 2007 über die Übertragung von Geschäftsanteilen wurde der Geschäftsanteil an der EDBG an die Gesellschaft LOCUS, a. s. übertragen.	

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, welche die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen. Sie wurde 1962 in Brüssel gegründet; ihre Gründungsmitglieder waren Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Brüssel ist auch derzeitiger Sitz der Vereinigung. Die EuBV verfolgt das Ziel, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union (EU) wahrzunehmen, den Mitgliedern Informationen über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der EU ergriffenen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen sowie die gegenseitige Information und den Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik im allgemeinen zu unterstützen und zu intensivieren. Die PSS wurde 1996 als ordentliches Mitglied in die EuBV aufgenommen. Seit Oktober 2007 ist Präsident der EuBV Mag. H. G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS.

Die International Union for Housing Finance (IUHF) ist die primäre Informationsquelle über Trends und Änderungen hinsichtlich der Wohnungsfinanzierung durch Darlehen weltweit. Das Ziel dieser Tätigkeit ist die weltweite Mehrung von Wohneigentum durch Erweiterung der Möglichkeiten der Darlehensfinanzierung. Die IUHF ist eine nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Handelsvereinigung, die in London anlässlich des ersten Welttreffens der Institute, die Wohnungen finanzieren, gegründet wurde. Mit Hilfe ihrer aus 60 Ländern der Welt stammenden Mitglieder ist sie in der Lage, spezifische, zur Erhöhung der Effektivität der Wohnungsfinanzierung beitragende Informationen zu sammeln und diese an Wohnungen finanzierende Organisationen weiterzuleiten. Somit hilft die IUHF, das Konzept des darlehensfinanzierten Wohnungsbaus den Kunden näher zu bringen und weltweit zu verbreiten. Im Einzelnen stellt die IUHF ihren Mitgliedern zusammengefasste Trends, Ergebnisse der durchgeführten Analysen sowie Auskünfte über Strategien zur Verfügung, die von Instituten, die Wohnungen finanzieren, weltweit verwendet werden. Den neuesten Erkenntnissen wird dabei eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die PSS ist seit 1996 Mitglied der IUHF.

Erklärung über die Verwaltung und Leitung der Gessellschaft

Die einzelnen Erfordernisse der Verwaltung und Leitung der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. sind Bestandteil selbständiger Kapitel des PSS, a.s. Geschäftsberichtes 2007.

Aktionäre

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist seit mehr als 75 Jahren (gegründet 1931) erfolgreich im Bauspargeschäft tätig. Sie zählt zu den führenden Akteuren auf dem europäischen Bausparkmarkt; ihr kundenfreundlicher Ansatz, dem maßgeschneiderte, vielschichtige Programme zugrunde liegen, hat bereits Millionen von Kunden überzeugt.

Die Raiffeisen Bausparkassen Holding G.m.b.H., Wien (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bausparkasse, Gesellschaft m.b.H., Wien, eines auf Finanzierung des Wohnungsbaus spezialisierten Finanzinstituts des Raiffeisenbankkonzerns, das 1961 gegründet wurde. Diese größte österreichische Bausparkasse ist ein verlässlicher und kompetenter Partner in sämtlichen Fragen des Sparens, der Finanzierung und des Bauens.

Die Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien (25,02%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist nach der Zahl der Kunden einer der größten Finanzdienstleister. Sie ist die führende Retail-Bank in Mitteleuropa; sie hat eine starke Marktposition auch bei der Finanzierung von Immobilien, im Geschäft mit Privatkunden sowie bei Dienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Die Slovenská sporiteľňa, a.s., Bratislava (9,98%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist die Bank mit der längsten Tradition im Sparbereich in der Slowakei, dem dichtesten Netz von eigenen Geschäftsstellen sowie dem größten Anteil am Einlagenmarkt. Derzeit ist sie die größte Handels- und Geschäftsbank in der Slowakei.

Die Aktionäre der PSS haben im Sinne der geltenden Rechtsvorschriften sowie der Satzung der Gesellschaft folgende Rechte:

Mitgliedsrechte – d.h. das Recht, sich an der Steuerung der Gesellschaft zu beteiligen;

Vermögensrechte – d.h. das Recht auf Gewinnanteil, auf Anteil an der Liquidationsmasse beim Erlöschen der PSS sowie das Vorkaufsrecht auf den Erwerb von Aktien der PSS.

Jeder Aktionär der PSS, der seine Aktien veräußern möchte, muss die übrigen Aktionäre über seine Absichten schriftlich informieren. Die Übertragbarkeit der Aktien (mit Ausnahme der Übertragung auf Mutter- oder Tochtergesellschaften) ist nur nach vorheriger Zustimmung der Hauptversammlung der PSS und nach Bewilligung sämtlicher Aktionäre möglich. Dieselben Rechte gelten auch bei der Erhöhung des Grundkapitals. Die Kontrollen der Ausübung der Aktionärrechte durch die Anteilseigner der PSS sowie die Maßnahmen zur Eliminierung des Missbrauchs dieser Rechte ergeben sich aus dem slowakischen Bankengesetz sowie aus sonstigen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften. Der PSS sind keine Mechanismen bekannt, deren Anwendung zur Beherrschung der Gesellschaft in der Zukunft führen könnte.

Hauptversammlung

Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.,	hat im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften und ihrer Satzung folgende Organe:
Hauptversammlung	
Vorstand	
Aufsichtsrat	

Die **Kompetenzen der Hauptversammlung** werden im Artikel VIII der Satzung der PSS geregelt. Zu den wichtigsten Befugnissen der Hauptversammlung zählen vor allem:

- Änderung der Satzung,
- Beschluss über die Erhöhung oder Verminderung des Grundkapitals,
- Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder,
- Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder),
- Feststellung des ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschlusses,
- Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft und über die Änderung ihrer Rechtsform,
- Änderung der den einzelnen Typen von Aktien zugehörenden Rechte,
- Bewilligung der Verpfändung der Aktien,
- Genehmigung der Übertragung oder jeglichen Übergangs von Eigentumsrechten an Namensaktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Übertragung von Aktien an Mutter- oder Tochtergesellschaften),
- Genehmigung der Kapitalbeteiligung an anderen Gesellschaften,
- Beschluss über die Erweiterung oder Änderung des Unternehmensgegenstands, sowie
- Beschluss über eine neue Emission von Aktien und Festlegung des Nominalwerts dieser Aktien sowie der mit ihnen verbundenen Rechte und Pflichten.

Die **Hauptversammlung** findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. Sie wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand der PSS einberufen. Die Einberufung erfolgt in schriftlicher Form mindestens 30 Tage vor dem Termin der Hauptversammlung. Der Aktionär nimmt entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter an der Hauptversammlung teil. Die Hauptversammlung wird vom gewählten Tagungsleiter geführt.

Hauptversammlungen im Jahr 2007:

31. Mai 2007 in Bratislava

16. November 2007 in Bratislava

Aufsichtsrat

Die Funktionen und Kompetenzen des Aufsichtsrates werden im Artikel XI der Satzung der PSS geregelt. Bei der Ausübung seiner Tätigkeiten befolgt der Aufsichtsrat die Sitzungsordnung, die von der Hauptversammlung verabschiedet wird. Der Aufsichtsrat überwacht die Durchsetzung der Kompetenzen des Vorstands und die Ausübung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat ist vor allem berechtigt:

- die Vorgehensweise in allen Bereichen der Tätigkeit der Gesellschaft zu überprüfen,
- in sämtliche Dokumente und Aufzeichnungen, die sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft beziehen, Einsicht zu nehmen,
- zu kontrollieren, ob die Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften, der Satzung der PSS sowie den Anweisungen der Hauptversammlung ausgeübt wird,
- den ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschluss sowie die Vorschläge für die Gewinnverwendung, bzw. Verlustdeckung zu überprüfen und der Hauptversammlung einen Bericht über das Ergebnis dieser Überprüfung jährlich vorzulegen,
- an der Hauptversammlung der Gesellschaft teilzunehmen, hier seine Vorschläge einreichen und die Hauptversammlung über die Ergebnisse seiner Kontrolltätigkeit zu unterrichten,
- die Hauptversammlung auch über eine Minderheitsmeinung zu informieren, insbesondere dann, wenn es sich um eine unterschiedliche Meinung der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft handelt,
- eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, wenn es die Interessen der Gesellschaft erfordern, sowie
- die Gesellschaft in einem Streit gegen den Vorstand als Organ oder gegen seine einzelnen Mitglieder zu vertreten.

Seine Rechte übt der Aufsichtsrat gemeinsam als ein Organ oder durch seine einzelnen Mitglieder aus. Die Ausübung der Kontrolltätigkeit kann er auf seine Mitglieder aufteilen, wobei keinerlei Recht oder Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt werden. Der Aufsichtsrat setzt – als Arbeitsorgane – aus seinen Mitgliedern Ausschüsse ein, die aufgrund von Beschlüssen mit konkreten Aufgaben beauftragt werden. Der Aufsichtsrat der PSS hat einen Prüfungsausschuss konstituiert, der die vom Gesetz geforderten Aufgaben erfüllt und den Aufsichtsrat darin unterstützt, seine Arbeitseffektivität bei der Behandlung komplexer Themen zu erhöhen. Der Prüfungsausschuss hat fünf Mitglieder – vier werden vom Aufsichtsrat von den Aufsichtsratsmitgliedern bestellt und ein unabhängiges Mitglied wird von der Hauptversammlung gewählt.

Die Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder) werden von der Hauptversammlung gewählt und abberufen. Der Aufsichtsrat war im Jahr 2007 in folgender Zusammensetzung tätig:

Vorsitzender:

Mag. Johann Ertl
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien

Mitglieder:

für Slovenská sporiteľňa, a. s., und Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien
Mag. Regina Ovesny-Straka
JUDr. Samuel Vlčan

für Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien
Mag. Dr. Erich Rainbacher

für Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Ehrhard Steffen
(Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
Jochen Maier

Aufsichtsratssitzungen im Jahr 2007:
31. Mai 2007 in Bratislava
16. November 2007 in Bratislava

für die Mitarbeiter der PSS
Ing. Štefan Šterk
Ing. Kamil Timura
Ing. Zuzana Tománková

Vorstand

Der Vorstand der PSS besteht aus drei Mitgliedern. Die Vorstandmitglieder werden – aufgrund der Vorschläge der Aktionäre – von der Hauptversammlung gewählt, wobei jeder Aktionär ein Vorstandsmitglied vorschlägt.

Im Jahr 2007 war der Vorstand in folgender Zusammensetzung tätig:

Vorstandsvorsitzender:	Vorstandsmitglieder:
Ing. Imrich Béreš (für die Aktionäre Slovenská sporiteľňa, a.s., Bratislava, Slowakei und Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien, Österreich)	Mag. Herbert G. Pfeiffer (für den Aktionär Raiffeisen Bausparkassen Holding G.m.B.H., Wien, Österreich) Dipl. Ing. Erich Feix (für den Aktionär Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, Deutschland)

Der Vorstand geht in seiner Tätigkeit von seiner Sitzungs- und Organisationsordnung aus, die von der Hauptversammlung genehmigt wird. Die einzelnen Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängen, werden vom Vorstand auf seinen regelmäßigen Sitzungen besprochen – im Jahr 2007 waren es insgesamt 50 Vorstandssitzungen. Zu den wesentlichen Entscheidungen des Vorstands im Berichtsjahr zählten:

- Aktualisierung der Strategie der PSS für die nächsten 5 Jahre,
- Umstellung auf den standardisierten Ansatz der Steuerung des Kredit- und Betriebsrisikos im Sinne der Basel II- Regelungen (im Jahr 2007 hat die PSS dies als erste und einzige Bank in der Slowakei realisiert) und in diesem Zusammenhang Implementierung des Systems und der Strategie der Auswertung der Angemessenheit des internen Kapitals sowie Veröffentlichung ausführlicher, mit dem System der Risikosteuerung zusammenhängenden Informationen im Internet,
- Einführung eines Scoring-Systems,
- Einführung eines neuen Provisionssystems und Innovation der Kontrollen bei der Provisionsauszahlung,
- Erste Emission von Schuldverschreibungen der PSS im Wert von SKK 1 Mrd.,
- Initiierung der Einigung der Bausparkassen über den Wortlaut der Anforderungen an die Novellierung des Bauspargesetzes (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung), sowie
- Konsequente Überwachung und regelmäßige Auswertung des Stands der Vorbereitungen der Systeme der Gesellschaft auf die Euro-Umstellung.

Die PSS hat zwei selbstständige Ausschüsse eingerichtet – den ALCO-Ausschuss und den Darlehensausschuss.

Aufgabe des ALCO-Ausschusses ist es, die operative Steuerung der PSS, vor allem im Bereich der Steuerung der Aktiva und Passiva, der Liquidität sowie des Kredit- und Zinsrisikos zu unterstützen. Auf seinen Sitzungen befasst er sich vorwiegend mit folgenden Angelegenheiten:

- Entwurf und Aktualisierung der Investitionsstrategie,
- Entwicklung des Darlehensportfolios, der Spareinlagen, der Bilanzstruktur, sowie der Ausgangsparameter der Betriebsplanung,
- Entwicklung des Zinsrisikos,
- Vorschlag zu Änderungen der Kreditlimits der PSS für Einlagen bei anderen Banken zusammen mit einer Übersicht über ihre Einhaltung,
- Analyse der Wettbewerber,
- Vorschlag und Berechnung der Zinssätze für Zwischendarlehen,
- Vorschlag für Änderungen im Gebührentarif, sowie
- Produktinnovationen.

Die Sitzungen des ALCO-Ausschusses finden regelmäßig jeden Monat, meistens in der letzten Woche des Kalendermonats, statt. Im Jahr 2007 gab es 13 Sitzungen.

Der Darlehensausschuss ist ein operativer Ausschuss der sich im wesentlichen mit der Genehmigung von Darlehen befasst.

- Bei natürlichen Personen sind es die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme über SKK 3 Mio.; der Aufschub von Teilzahlungen bis zu oder über 12 Monate; Sanierung des Darlehens bis zu oder über 12 Monate; Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für natürliche Personen.
- Bei juristischen Personen sind es die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme über SKK 3 Mio.; Änderungen in den Bedingungen des bereits abgeschlossenen Geschäfts mit einer Bausparsumme über SKK 3 Mio.;
- Genehmigung der Darlehen für juristische Personen aus außerkollektiven Finanzmitteln; Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für juristische Personen.

Im Jahr 2007 hatte der Darlehensausschuss 49 Sitzungen.

Vorstandsmitglieder der PSS



Ing. Imrich Béreš wurde am 5. März 1962 in Ružomberok geboren. Er hat das Studium an der Fakultät für Außenhandel der Ökonomischen Hochschule in Bratislava beendet. Bis 1991 war er im Kulturbereich tätig; später war er verantwortlicher Direktor der Gesellschaft M&A Bratislava, s.r.o. (1991 – 1993) und Direktor des Sekretariats und des Protokolls der Kanzlei des slowakischen Präsidenten (1993 – 1994). Im Bankwesen ist er seit 1994 tätig (Berater für Investitionen und Privatisierung der Investment Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria – Creditanstalt Slovakia, a. s.). In den Jahren 2001 – 2003 widmete er sich aktiv der Politik (Abgeordneter des slowakischen Parlaments und Mitglied mehrerer Parlamentsausschüsse); im Herbst 2003 kehrte er jedoch ins Bankwesen zurück. Ab dem 1. September 2003 war er als Prokurist der PSS tätig; seit 1. Februar 2004 ist er Vorsitzender des Vorstands. Herr Béreš ist geschieden und hat drei Kinder.



Mag. Herbert G. Pfeiffer wurde am 30. Oktober 1952 in Wien (Österreich) geboren. Dort hat er das Studium der Betriebswirtschaftslehre als Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften beendet. Er besitzt umfangreiche professionelle Erfahrungen im Bereich des internationalen Marketings, der Wohnungswirtschaft, der Industriepolitik und der direkten Auslandsinvestitionen. Seit dem 6. November 1994 ist er Vorstandsmitglied der PSS. In Oktober 2007 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) gewählt. Er bekleidet daneben wichtige Positionen in mehreren ausländischen Institutionen und Organisationen – er ist Mitglied des HUMAN-Beratungsnetzes der UN-ECE-Kommission in Genf, Mitglied des Aktionsausschusses der International Union for Housing Finance (IUHF) in London, und Mitglied des Verwaltungsrates der slowakischen Bildungsinstitution Academia Istropolitana Nova mit Sitz in Svätý Jur. Herr Pfeiffer ist verheiratet und hat drei Söhne.



Dipl. Ing. Erich Feix wurde am 3. September 1963 in Bratislava geboren. Er hat ein Studium an der Technischen Universität in Karlsruhe – Fachrichtung Informatik und an der Fachhochschule in Aalen – Fachrichtung Wirtschafts-Engineering mit Spezialisierung auf Steuern und Marketing absolviert. Seit Dezember 1991 hat er als Fachberater in der Abteilung Auslandsmärkte – Planung der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG gearbeitet. Er war mitverantwortlich tätig für die Errichtung der Aktiengesellschaften der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG in der Slowakei und der Tschechischen Republik; ebenso war er Projektleiter für Russland, die Ukraine und Kasachstan. Seit September 2001 war er als Leiter der Stabsstelle des Vorstands der PSS tätig. Seit dem 1. Januar 2003 ist er Vorstandsmitglied der PSS. Im Juni 2005 wurde er zum ersten Präsidenten der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer gewählt. Herr Feix ist geschieden und hat eine Tochter.

Organisationsstruktur

Ressort A:	Ressort B:	Ressort C:
Ing. Imrich Béreš Bankdirektor (02/58231452)	Mag. Herbert G. Pfeiffer Bankdirektor (02/58231301)	Ing. Erich Feix Bankdirektor (02/58231404)
Ing. Jozef Bundala Direktor des Fachbereichs Personal (jbundala@pss.sk)	Ing. Soňa Halabrnová Direktorin des Fachbereichs Informationstechnologien (shalabrinova@pss.sk)	Ing. Miloš Blanárik Direktor des Fachbereichs Kommunikation (mblanarik@pss.sk)
JUDr. Katarína Niňajová Direktorin des Fachbereichs Betreuung juristischer Personen (kninajova@pss.sk)	Ing. Roman Macher Direktor des Fachbereichs Einkauf (rmacher@pss.sk)	Ing. Vladimír Klimeš Direktor des Fachbereichs Vertriebsverwaltung und Kooperationspartner (bis 31. 12. 2007)
Ing. Ivan Vozník Direktor des Fachbereichs Kundenbetreuung; Prokurist (ivoznik@pss.sk)	Mgr. Juraj Masár Direktor des Fachbereichs Strategische Planung und Treasury (jmasar@pss.sk)	Martin Ranuša Direktor des Fachbereichs Marketing (mranusa@pss.sk)
JUDr. Irena Wimmerová Direktorin des Fachbereichs Recht und Außenbeziehungen (iwimmerova@pss.sk)	Ing. Martin Mitický Direktor des Fachbereichs Allgemeiner Service (mmiticky@pss.sk)	Ing. Kamil Timura Direktor des Fachbereichs Vertrieb (ktimura@pss.sk)
	Ing. Vladimír Stejskal, PhD. Direktor des Fachbereichs Rechnungswesen; Prokurist (vstejskal@pss.sk)	Ing. Eva Trégerová Leiterin des Fachbereichs Vertriebsanalyse und Informationssteuerung; Prokuristin (etregerova@pss.sk)

Regionalzweigstellen - Regionalzweigstellenleiter:

Bratislava

Ing. Lubomír Matka (02/58231196)

Nitra

Ing. Zuzana Pavlenová (037/6522279)

Banská Bystrica

Jarmila Beňušková (048/4155787)

Trenčín

Anna Botková (032/7441251)

Žilina

Ing. Lenka Dikaczová (041/5624829)

Košice

Ing. Zuzana Mencilová (055/6220935)

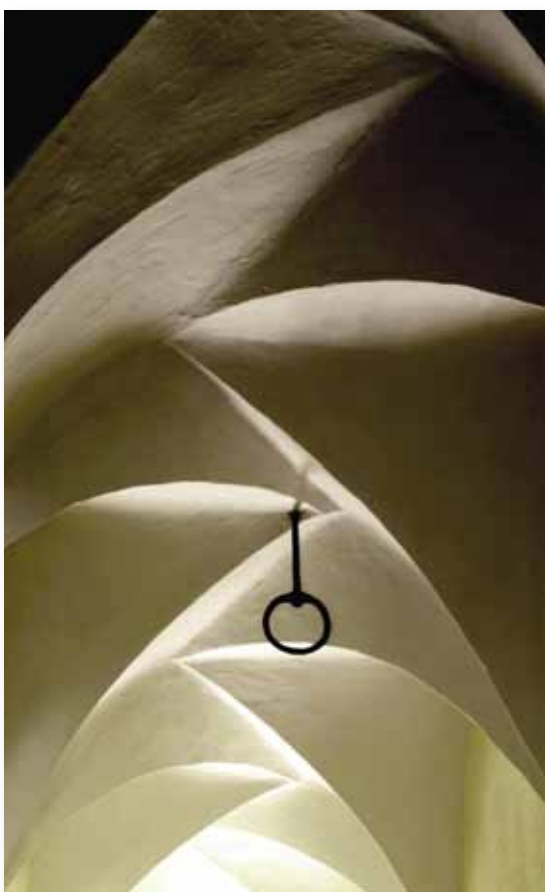
Prešov

Ing. Milena Švecová (051/7722660)

Poprad

Ing. Viliam Markocsy (bis 31. 12. 2007)





*Za 15 rokov činnosti poskytla
Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.,
na bývanie spolu
150 miliárd korún.
Je to takmer polovica všetkých
finančných prostriedkov
poskytnutých po roku 1993
na bývanie na Slovensku...*

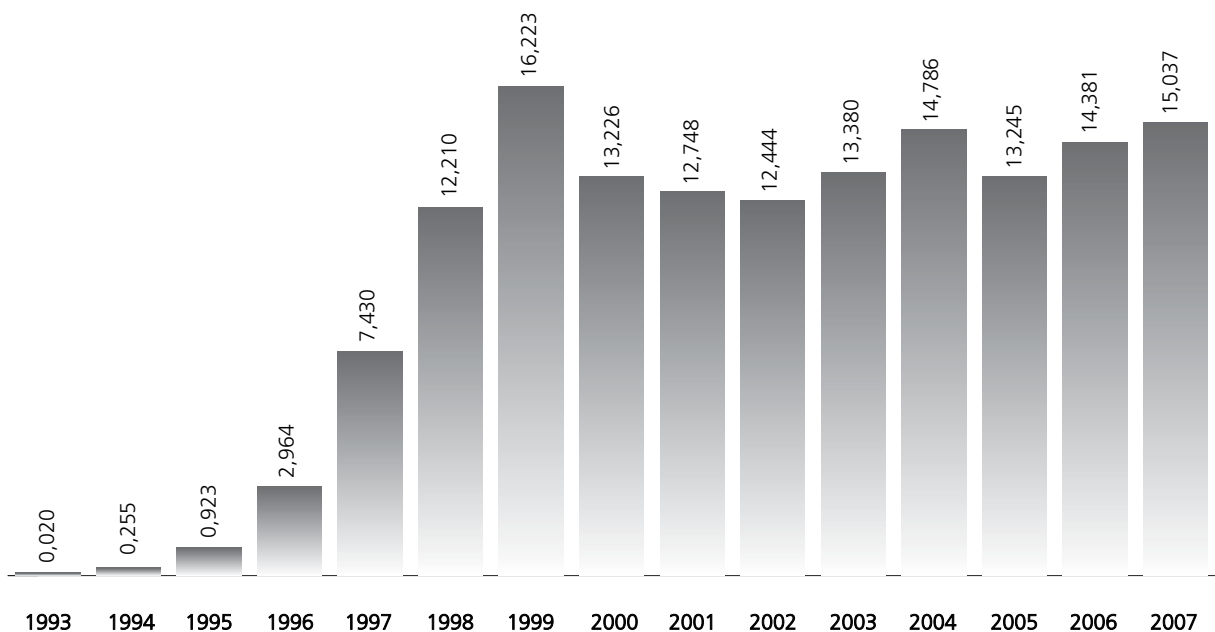
*Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. reichte
in den 15 Jahren ihres Bestehens 150 Milliarden Kronen für das Wohnen aus.
Das ist rund die Hälfte der seit 1993 in der Slowakei in das Wohnen
geflossenen Mittel...*

Wohnungsbau und Bausparen im Jahr 2007

Nach Jahren einer Stagnation brachte das Jahr 2007 eine beträchtliche Wiederbelebung des Wohnungsbaus in der Slowakei. Im vergangenen Jahr wurden nahezu 16.500 Wohnungen gebaut, d.h. um 2.000 mehr als ein Jahr davor. Diese Zahl sagt aber noch mehr: insgesamt wurde im Vorjahr in der Slowakei die größte Anzahl von Wohnungen seit 1994 fertig gestellt. Fast ein Drittel der Neubauten befindet sich in Bratislava und Umgebung. Der Aufbau ging auch in den Landeskreisen Prešov und Košice zügig voran, wo im Jahr 2007 um fast ein Drittel mehr Neubauten gebaut wurden als ein Jahr davor.

Das Jahr 2007 bedeutete zugleich eine Änderung in der Ausrichtung auf die Form des Wohnens. Während in den Vorjahren in der Slowakei mehr Einfamilienhäuser fertig gestellt wurden, überwogen insbesondere in größeren Städten im letzten Jahr mehrgeschössige Wohnbauten.

Wohnbaumittel aus der PSS, gesamt (in Mrd. SKK)

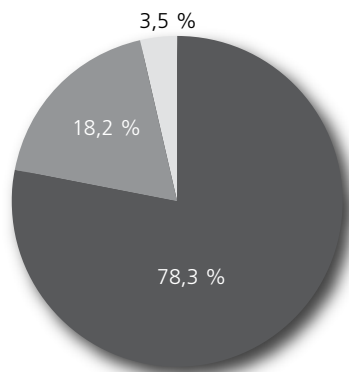


Von den über SKK 53,8 Mrd., die im Jahr 2007 ins Wohnungswesen flossen, gewährten die drei Bausparkassen SKK 21,2 Mrd. Das Bausparen bleibt somit weiterhin der Motor des Wohnungsbaus sowie der Wiederherstellung und Modernisierung des Wohnungsbestands in der Slowakei. Ausdruck der Unterstützung dieses wichtigsten Instruments zur Finanzierung des Wohnungsbaus, die auch in der Regierungserklärung der slowakischen Regierung enthalten ist, war zum Ende des Jahres die Verabschiedung einer Novelle zum Bauspargesetz. Die Novelle erweitert vor allem die Möglichkeiten der Nutzung des Bausparens sowohl aus Sicht der natürlichen als auch der juristischen Personen.

Mit dem Jahr 2007 wurde zugleich die 15-jährige Tätigkeit der PSS erreicht. Auch im Jubiläumsjahr verteidigte die PSS erfolgreich ihre führende Position auf dem Bausparmarkt – sie allein leitete im Jahr 2007 über SKK 15 Mrd. in das Wohnungswesen. An der gesamten Finanzierung des Wohnungswesens beteiligte sie sich somit mit fast 28%. Bei der Anzahl der neu abgeschlossenen Bausparverträge erreichte die PSS einen Marktanteil von 73,9%, und in der Gesamthöhe der Bausparsummen sogar 82,6%. Auch diese Zahlen bestätigen überzeugend die Position und Bedeutung der PSS und des Bausparens selbst bei der Lösung einer so wichtigen Frage, wie es das Wohnungswesen sicher ist.

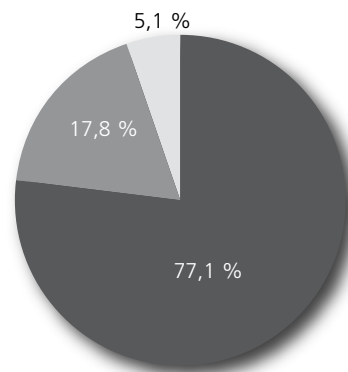
Bausparmarktanteil 2007

Anzahl der Darlehen



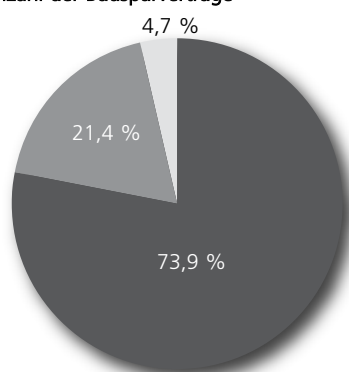
	PSS, a. s.	78,3 %
	Wüstenrot.....	18,2 %
	ČSOB.....	3,5 %

Darlehensvolumen



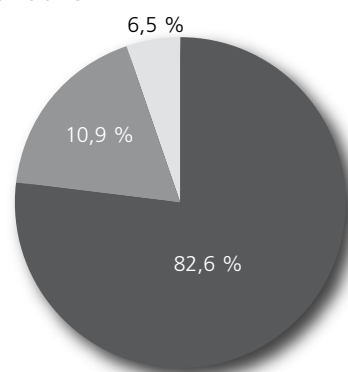
	PSS, a. s.	77,1 %
	Wüstenrot.....	17,8 %
	ČSOB.....	5,1 %

Anzahl der Bausparverträge



	PSS, a. s.	73,9 %
	Wüstenrot.....	21,4 %
	ČSOB.....	4,7 %

BS Volumen



	PSS, a. s.	82,6 %
	Wüstenrot.....	10,9 %
	ČSOB.....	6,5 %

Natürliche Personen im Jahr 2007

Hohe Fachkenntnis und Professionalität, verantwortungsvolle Herangehensweise, transparente Kommunikation, Anpassung an die Bedürfnisse und Anforderungen der Kunden – dies waren die grundlegenden Prinzipien, welche die PSS bei ihrer Tätigkeit auch im Jahr 2007 befolgte. Diese Vorgehensweise geht von den permanenten Bemühungen der PSS aus, die Interessen ihrer Kunden zu wahren, ihre Zufriedenheit mit den erbrachten Dienstleistungen zu erhöhen und gleichzeitig die Möglichkeiten der Nutzung des Bausparens zu erweitern, damit Bausparen grundsätzlich für jeden möglich sein wird. Dies entspricht dem Ziel, mit dem die PSS ihre Tätigkeit ausübt – slowakischen Bürgern eine problemlose Finanzierung bei der Lösung eines der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, zu denen ein eigenes Wohnen bestimmt gehört, anzubieten.

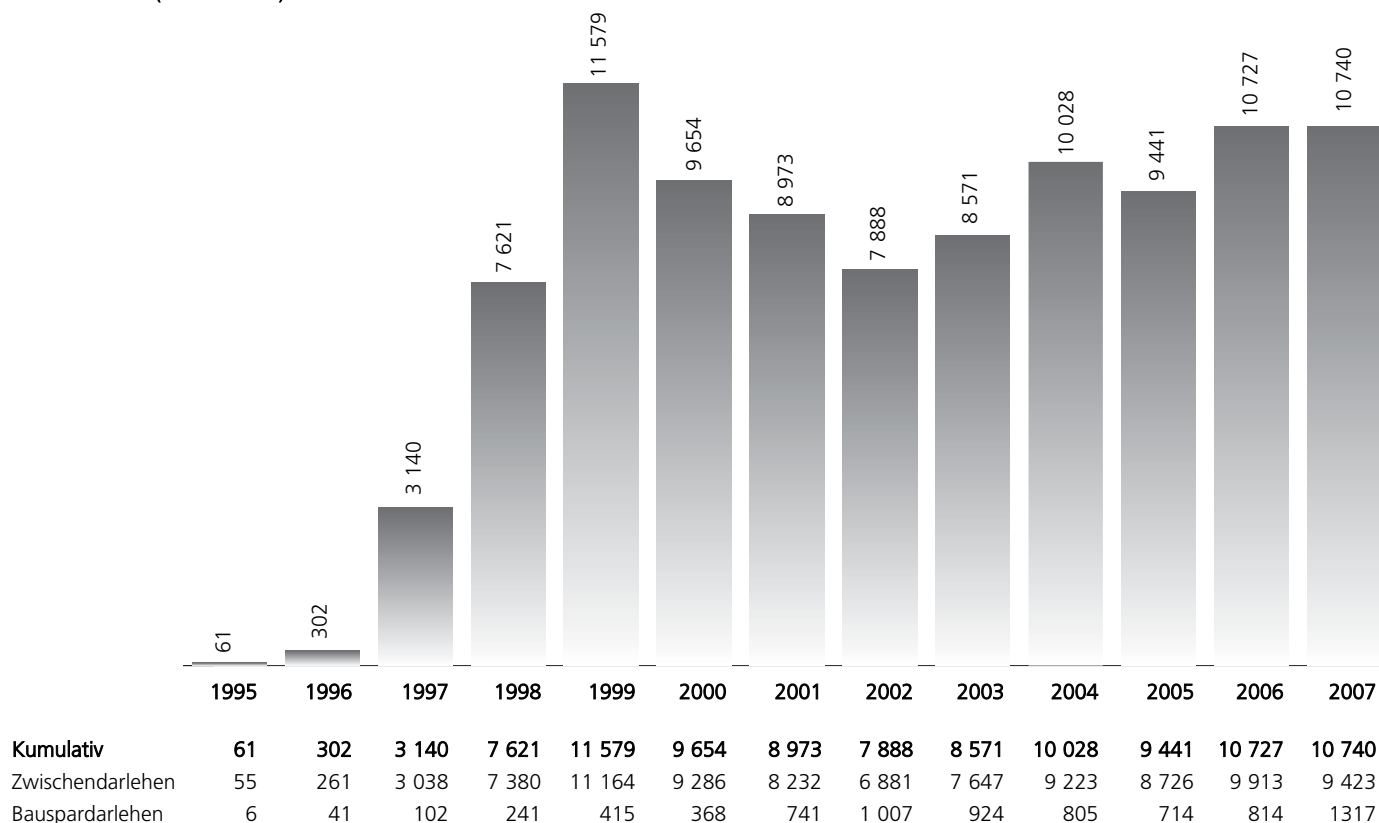
Was das Bausparen natürlicher Personen angeht, brachte das Jahr 2007 insgesamt 169.173 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von SKK 48,83 Mrd., was einer durchschnittlichen Bausparsumme von SKK 288.664 entspricht. Zum Jahresende waren bei der PSS insgesamt 862.972 Bausparer registriert; ihre Einlagen auf Bausparverträge erreich-

ten SKK 43,04 Mrd. Im Jahr 2007 bearbeitete die PSS 34.464 Kündigungen von Bausparverträgen aufgrund zweckgebundener Verwendung der angesparten Finanzmittel. Zum 31. Dezember 2007 verwaltete die PSS insgesamt 953.189 Bausparverträge mit Bausparsummen von insgesamt SKK 306,42 Mrd.

Die Erfüllung der Geschäftsziele der PSS dokumentiert sich in der Darlehensvergabe. Die PSS hat im Jahr 2007 natürlichen Personen 6.620 Bauspardarlehen mit einem Gesamtvolumen von SKK 1,32 Mrd. und 30.088 Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt SKK 9,42 Mrd. gewährt. Das Darlehensvolumen bestätigt die Position der PSS als führenden Wohnbaufinanzierer.

Insgesamt gewährte die PSS im Jahr 2007 natürlichen Personen SKK 13,97 Mrd. für Wohnzwecke (3,5% mehr als im Vorjahr). Den größten Teil davon – SKK 8,11 Mrd. – nutzten die Kunden zur Renovierung und Modernisierung. Weitere SKK 4,59 Mrd. investierten sie in den Kauf einer Wohnung oder eines Hauses; für den Neubau waren es SKK 0,98 Mrd. und für sonstige Bau- bzw. Wohnzwecke SKK 0,29 Mrd.

Anzahl der zugeteilten Bauspar- und Zwischendarlehen (1995 – 2007)



Juristische Personen im Jahr 2007

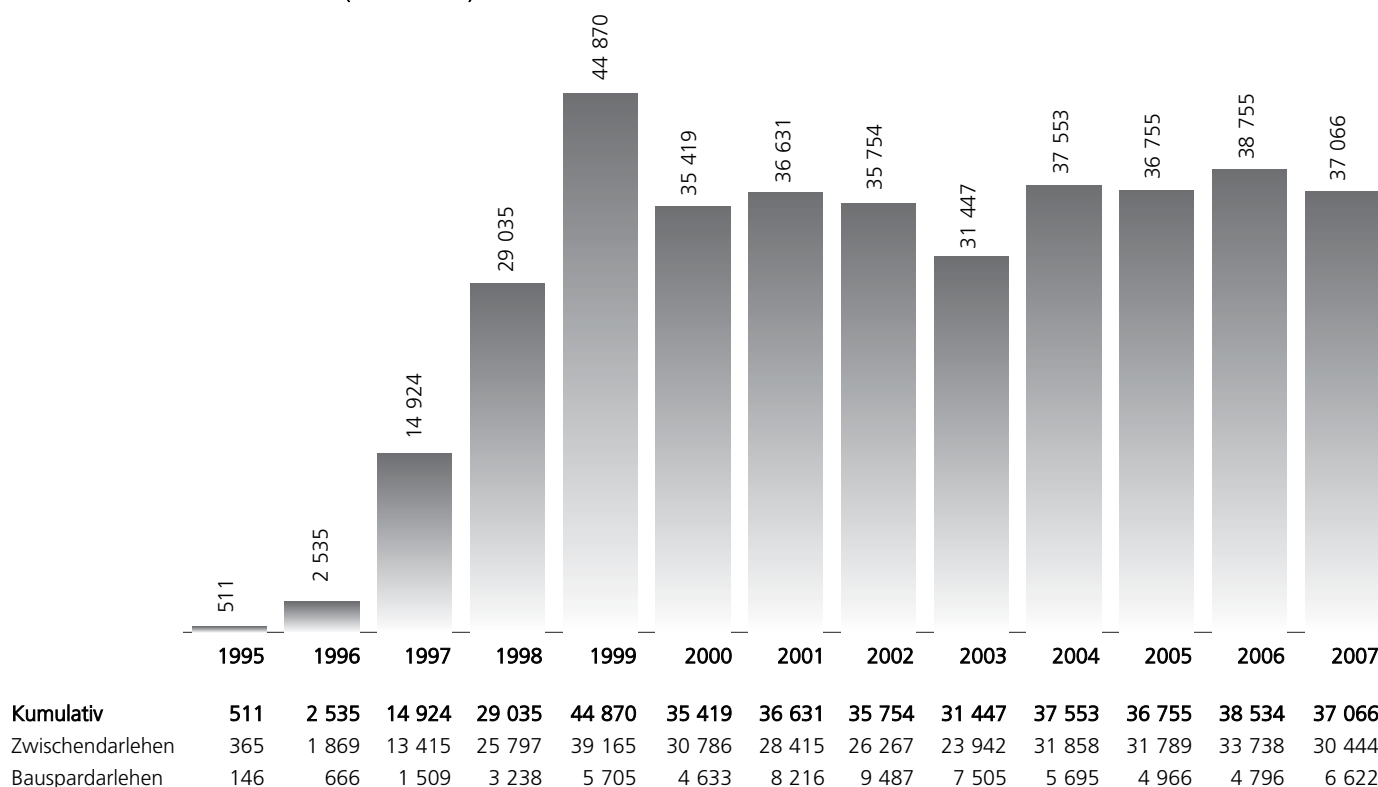
Das Bausparen für juristische Personen bzw. natürliche Personen – Unternehmer basiert auf denselben Grundsätzen und verfolgt dieselben Ziele wie das Bausparen für natürliche Personen. Unter diesem Aspekt ist es daher primäres Ziel, die systematische Erweiterung des Angebots und Verbesserung der Dienstleistungen sowie die daraus resultierende Erhöhung der Zufriedenheit dieser Kundengruppe zu gewährleisten. Neben dem Abschluss von neuen Bausparverträgen konzentrierte sich das Geschäft mit juristischen Personen ebenfalls auf die Darlehensgewährung, vor allem solcher zur Modernisierung und Renovierung von Wohnhäusern.

Auch im Jahr 2007 konzentrierte sich die PSS vor allem auf die Erweiterung des Angebotsumfangs für Wohnungseigentümergeinschaften und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten. Zum Angebot für juristische Personen gehörte im Jahr 2007 auch die Darlehensgewährung aus außerkollektiven Finanzmitteln (diese Geschäftsart hat die PSS in ihr Angebot aufgrund der Novellierung des Bauspargesetzes und der von der NBS im Mai 2006 erhaltenen Genehmigung mit aufgenommen). Bausparverträge für juristische Personen aus außerkollektiven Finanzmitteln sind vor

allem auf den Kauf von Baugrundstücken zwecks nachfolgenden Baus von Wohnhäusern und Eigenheimen, bzw. auf den Bau neuer Wohnhäuser sowie den Umbau von nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten zu Wohnungen ausgerichtet.

Im Jahr 2007 schloss die PSS mit juristischen Personen 628 neue Bausparverträge mit einer Bausparsumme von insgesamt SKK 1,41 Mrd. ab; die durchschnittliche Bausparsumme dieser Verträge betrug SKK 2.248.495. Für denselben Zeitraum teilte sie den juristischen Personen 358 Bauspar- und Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt SKK 913,19 Mio. zu. Dies bedeutet, dass die durchschnittliche Höhe der gewährten Darlehen auf SKK 2,55 Mio. stieg – im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um SKK 610.000; im Vergleich zum Jahr 2004 ist dies ein Anstieg sogar um 108%. Bei den Verwendungszwecken dominierte die Modernisierung und Renovierung, was im Hinblick auf den Zustand des Wohnungsbestands in der Slowakei eine logische Konsequenz ist. Aus außerkollektiven Quellen gewährte die PSS im Jahr 2007 Finanzmittel an juristische Personen in Höhe von insgesamt SKK 154,75 Mio. für Kauf und Bauzwecke.

Die Entwicklung der Zahl und des Volumens der neu abgeschlossenen Bausparverträge in einzelnen Jahren (1992 – 2007)



Produktinnovationen des Jahres 2007

Ausdruck der Kundenorientierung der PSS ist seit jeher die dynamische Produktpolitik. Das Jahr 2007 war in dieser Hinsicht keine Ausnahme – umso mehr, als die PSS 15 Jahre ihrer erfolgreichen Tätigkeit vollendete.

Die Produktinnovation für Bausparer – natürliche Personen startete im Februar 2007 mit dem Zinsbonus. Die Kunden der PSS, die zwischen dem 1. Februar und 31. Dezember 2007 einen Bausparvertrag abgeschlossen haben, konnten zum Basiszinssatz von 2% einen zusätzlichen Zinsbonus von 7% erhalten. Bei gleichzeitiger Nutzung der höchstmöglichen Bausparprämie konnten sie somit im Jahr 2007 einen Ertrag aus Bausparen in Höhe bis zu 18,5% erreichen.

Im April 2007 bot die PSS die Möglichkeit einer Darlehensversicherung für jene Kunden, die bereits ein Bauspar- bzw. Zwischendarlehen zurückzahlen; ebenfalls seit April erfolgte zu Gunsten der Bausparer – natürlichen Personen auch die Änderung der Gewährung von Zwischendarlehen in der Phase der sog. Befragung des Bausparvertrags. Bessere Bedingungen für Kunden resultierten ebenfalls aus der ab 1. Juni 2007 geltenden Anpassung der maximalen Haushaltskennziffern zur Regelung des realen Verkaufswertes bei der allmählichen Finanzierung des Wohnbaus.

Darüber hinaus bietet die PSS seit 1. Juli 2007 für verlässliche Kunden ein sog. Folgedarlehen ohne Pfandrecht und Untersuchung der Kreditwürdigkeit, den Zinsbonus im Falle der Versicherung des Darlehens sowie ein Darlehen mit Pfandrecht ohne Untersuchung der Kreditwürdigkeit, falls der Kunde die verpfändete Immobilie besitzt und in ihr seinen ständigen Wohnsitz hat, und wenn zugleich das Darlehen höchstens 50% des realen Verkaufswertes des verpfändeten Objekts ausmacht. Zu erwähnen sind ebenfalls die neuen Bedingungen, sowie die niedrigeren Zinssätze für das sog. Folgedarlehen seit September 2007.

Was die Bausparer – juristische Personen angeht, bekräftigen die Produktinnovationen des Jahres 2007 die hohe Aufmerksamkeit, welche die PSS bereits seit einiger Zeit den Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten („GEW“), Wohnungsbaugenossenschaften („WBG“) sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten („VWO“) widmet. Gerade diese Gruppen

von Bausparern – juristischen Personen waren die Adressaten der positiven Änderungen und Anpassungen im Produktbereich.

Ab dem 17. April 2007 kam es zu Verbesserungen bei der Darlehensabsicherung für die GEW, WBG und VWO, wobei sich die neuen Bedingungen auf die Absicherung durch das Pfandrecht auf Forderungen des Wohnhauses sowie auf die Absicherung durch die Solidarhaftung der Wohnungseigentümer bezogen. Eine weitere Form der Absicherung, die von den GEW, WBG und VWO im Jahr 2007 genutzt werden konnte, war die Bankgarantie der Slovenská záručná a rozvojová banka, a.s. („SZRB“). Diese wird von der SZRB auf Grund des „Programms der staatlichen Unterstützung der Wiederherstellung des Wohnungsbestands durch die Gewährung von Bankgarantien für Darlehen“ des slowakischen Ministeriums für Aufbau und regionale Entwicklung gewährt. Aufgrund der Änderung dieses Programms konnten die GEW, WBG und VWO auch im Jahr 2007 Darlehen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Wohnhäusern mit Laufzeiten von bis zu 15 Jahren in Anspruch nehmen.

Im Juli 2007 startete für die GEW, WBG und VWO eine neue Darlehensart – das XXL-Darlehen ohne Anfangseinlage mit konstanten Teilzahlungen während der gesamten Rückzahlungsperiode. Die Mindestbausparsumme eines solchen XXL-Darlehens beträgt SKK 350.000; die Rückzahlungsperiode bewegt sich (je nach dem gewählten Spartarif) zwischen 10 und 20 Jahren. Der Juli brachte ebenfalls begünstigte Zinssätze für einige Zwischendarlehen an GEW, WBG und VWO.

Projekte des Jahres 2007

Als eines der wichtigsten Projekte des Jahres 2007 ist die erste Emission von Schuldverschreibungen der PSS anzusehen. Die PSS begann mit der Emission – auf Basis des Beschlusses der Hauptversammlung vom 13. Juni 2007 – am 24. Oktober 2007. Einen Tag danach, am 25. Oktober 2007, hat der Vorstand der Wertpapierbörse in Bratislava beschlossen, die Schuldverschreibungen der PSS in die Börse aufzunehmen, was zur Folge hatte, dass ab dem 29. Oktober 2007 mit der Emission auf dem notierten parallelen Markt der Börse gehandelt wurde. Die erste Emission der Schuldverschreibungen der PSS trug den Namen Dlhopisy PSS 2012. Es sind festverzinsliche Schuldverschreibungen in Form eines verbrieften Wertpapiers. Der Nominalwert jedes Wertpapiers beträgt SKK 2 Mio.; emittiert wurden 500 Stück, so dass der Wert der gesamten Emission SKK 1 Mrd. beträgt. Die Schuldverschreibungen der PSS haben einen festen Zinssatz von 4,90% p. a.; die mit ihnen verbundenen Erträge werden jährlich ausgezahlt. Der Nominalwert der Wertpapiere ist am 24. Oktober 2012 fällig. Die Schuldverschreibungen der PSS sind ausschließlich in slowakischen Kronen, auf den Überbringer und in verbriefter Form emittiert. Die PSS bietet sie vorher bekannten Investoren mit Sitz in der Slowakei an, wobei die Zahl der Anleger nicht größer als 100 sein

wird. Mit den Schuldverschreibungen sind keine Vorkaufs- oder Austauschrechte verbunden und ihre Übertragbarkeit ist nicht eingeschränkt. Die durch die Emission erhaltenen Finanzmittel werden zur Finanzierung von Darlehen für Wohnzwecke an natürliche Personen verwendet, die vor allem durch das Pfandrecht auf eine Immobilie abgesichert werden.

Im Jahr 2007 führte die PSS den standardisierten Ansatz zur Steuerung des Kredit- und Betriebsrisikos nach BASEL II ein. Sie implementierte das System und die Strategie der Auswertung der Angemessenheit des Eigenkapitals und veröffentlicht im Internet nähere Informationen bezüglich des Systems der Risikosteuerung.

Das Jahr 2007 brachte ebenfalls den Start des „Scoring Kunden“- Projekts sowie den Beginn der Zusammenarbeit mit der Sozialversicherungsanstalt ab April 2007; der Pilotbetrieb begann am 1. Juni 2007. Das Hauptziel dieser Zusammenarbeit ist die Reduzierung des Risikos von nicht getilgten Darlehen und somit auch die Verminderung des Anteils der klassifizierten (verlustbringenden) Darlehen sowie größerer Schutz für die Kundengelder

Personal

Zum 31. Dezember 2007 waren bei der PSS 422 Mitarbeiter (einschließlich 29 Frauen im Mutterschaftsurlaub) beschäftigt. Davon entfielen 394 auf die Zentrale in Bratislava und 28 auf acht Regionalzweigstellen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter der PSS im Jahr 2005 betrug 39 Jahre. Fast zwei Drittel, nämlich 278, waren Frauen; diese stellten 41% aller leitenden Mitarbeiter dar. Mehr als die Hälfte – ca. 53% – der Angestellten hat eine Hochschulbildung.

Zu den wichtigsten Grundsätzen, welche die Mitarbeiter der PSS bei ihrer Tätigkeit befolgen, zählen umfassende Fachkenntnisse, Professionalität, Respektierung des Verhaltenskodexes, Hilfsbereitschaft und Schutz der Kundeninteressen. Für die PSS sind ihre Mitarbeiter ein sehr bedeutendes Potential und einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile; der Erhöhung ihres fachlichen Niveaus und ihrer Qualifikation wird daher große Aufmerksamkeit gewidmet. Die systematische Ausbildung von Mitarbeitern ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Qualifikation im Bereich des Bankwesens, der Kommunikationsmethoden und -fähigkeiten sowie die Vertiefung der Sprachkenntnisse ausgerichtet. Im Jahr 2007 hat die PSS für die Ausbildung ihrer Mitarbeiter SKK 5,65 Mio. aufgewendet. Ein weiterer Bereich der Personalbetreuung, dem die PSS große Bedeutung zumisst, ist die Gesundheitsvorsorge. Diese besteht vor allem aus regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen und weiteren medizinischen Vorsorgemaßnahmen, welche zusammen mit renommierten Gesundheitseinrichtungen organisiert werden.

Die Personalpolitik der PSS sowie deren einzelne Aspekte werden durch interne Vorschriften geregelt. Zu den wichtigsten zählen:

- Die Arbeitsordnung der PSS
- Die Lohn- und Gehaltsordnung der PSS
- Das Sozialprogramm der PSS
- Die Förderung der Erhöhung der Qualifikation der Angestellten der PSS
- Das Entwicklungsprogramm für interne Mitarbeiter der PSS

Die Grundsätze der Mitarbeiterführung sind im Artikel 6 der Organisationsordnung der PSS definiert. Zu den verbindlichen Leitungsprinzipien, die alle leitenden Angestellten beachten müssen, zählen vor allem:

Beachtung der allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften, der Regelungen der NBS sowie der internen Vorschriften der PSS,

- ständige, umfassende Kundenbetreuung,
- persönliche Verantwortung,
- Planmäßigkeit in der Tätigkeit,
- regelmäßige Kontrolle der Erfüllung der Arbeitsaufgaben und Einhaltung der Arbeitsdisziplin, sowie
- Information der Mitarbeiter der PSS über die Ziele und Aufgaben der Gesellschaft.

Vertriebsnetz

Der Vertrieb und die Vertriebstätigkeit als Ganzes stellen eine der wichtigsten Bereiche der Geschäftstätigkeit der PSS dar. Durch den Vertrieb werden die primären Geschäftsziele der Gesellschaft realisiert; im wesentlichen Maße beeinflusst er ihre bedeutendsten Tätigkeiten. Die Vertriebstätigkeit bildet den Beginn des Wertschöpfungsprozesses, wobei das Gesamtergebnis der Unternehmens-tätigkeit im Spar- und Darlehensbereich in hohem Maße von der Qualität und Quantität ihres Kräfteinsatzes abhängt.

Der beste Beweis dafür, welche wichtige Rolle die PSS dem Vertrieb zuschreibt, ist ihr eigenes Vertriebsnetz, auf das sie zu Recht stolz sein kann. Die PSS bildet ihr eigenes Vertriebsnetz fast seit Anfang ihrer Geschäftstätigkeit und widmet seiner ständigen Entwicklung größte Aufmerksamkeit. Eine Bestätigung solcher Bemühungen ist die neue Organisation der Vertriebsstruktur, die – unter dem Namen Vertrieboffensive – in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 gestartet wurde. Das Jahr 2007 war das erste Jahr des vollen Einsatzes der Vertrieboffensive in der Vertriebspraxis. Bereits 2007 hat gezeigt, dass der Beschluss, sich in der Organisation des Vertriebsnetzes und der Vertriebstätigkeit „offensiv“ zu verhalten, ein Schritt in die richtige Richtung war.

Organisatorisch ist das neue Vertriebssystem in 11 Stufen aufgeteilt. Die Stufen 1 bis 5 (Kontaktbearbeiter, Kontaktmanager, Repräsentant, Berater und leitender Berater) sind primär auf die Geschäftstätigkeit und den Kundendienst ausgerichtet. Die Stufen 6 bis 11 (Verkaufskoordinator, Verkaufsmanager, Organisationsdirektor, Regionalgruppendifilektor, Regionalteamdirektor und Regionalstrukturdirektor) erfüllen eine wichtige Rolle bei der Errichtung und Steuerung einzelner „territorialer“

Netzstrukturen. Die Tätigkeit des Vertriebsnetzes sowie der Regionalzweigstellen wird vom Direktor des Fachbereichs Vertrieb geleitet. Im Jahr 2007 existierten in der Slowakei sieben Regionalvertriebsstrukturen, deren Tätigkeit von acht Regionalzweigstellen in Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice, Prešov und Poprad unterstützt wurde. Im Jahr 2007 wurde das externe Vertriebsnetz der PSS von 1.124 Handelsvertretern gebildet. Die Dienstleistungen der PSS konnten ihre Kunden landesweit in 331 Büros der Handelsvertreter in Anspruch nehmen.

Im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Vertriebs-offensive (vor allem die permanente Auswertung der Handelsergebnisse) werden den Bedürfnissen des Vertriebsnetzes auch die Ausbildungstätigkeiten angepasst. Diese werden entweder von der Zentrale selbst oder zusammen mit Regionalzweigstellen, bzw. durch Empfehlung der Ausbildungsfirinen und -modulen organisiert, die dann von leitenden Angestellten der Vertriebsstruktur durchgeführt werden. Die Zentrale der PSS realisierte auch im Jahr 2007 Schulungen durch sechs professionelle Fachlehrer, und zwar von der Adaptationsschulung (im Jahr 2007 wurde wieder restrukturiert) bis zu Fachblöcken wie Errichtung des Vertriebsnetzes, Verkaufsystem oder Trainergeschicklichkeiten. Um den Zugang zu neuen Informationen zu ermöglichen, nutzt die PSS für die Ausbildung der Handelsvertreter auch externe Ausbildungsfirinen.

Einen untrennbaren Bestandteil der Vermittlung von Bausparverträgen bildet die Zusammenarbeit der PSS mit ihren Kooperationspartnern. Eine strategische Position hatten dabei die Slovenská sporiteľňa, a.s. und OVB Allfinanz Slovensko, s.r.o.

Humanitäres Programm

Die hervorragenden Ergebnisse der PSS sind nicht nur die Bestätigung der Richtigkeit des beschrittenen Weges und einzelner Entscheidungen. Der PSS selbst ermöglichen sie zugleich, regelmäßig und systematisch dort zu helfen, wo eine hilfreiche Hand oft äußerst wichtig ist. Durch die humanitäre und karitative Tätigkeit gibt die PSS einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Gesellschaft zurück, wodurch sie sich an deren weiterer Entwicklung beteiligt.

Humanitäre und karitative Tätigkeiten, die zum wesentlichen Bestandteil der Tätigkeit der PSS wurden, gehen von den Hauptgrundsätzen aus, die im Statut des Fonds zur Absicherung der karitativen Tätigkeit der PSS zusammengefasst sind. Nach diesen Grundsätzen ist die Hilfe insbesondere Folgenden bestimmt:

- einzelnen Personen in Bedrängnis bzw. in Notsituationen;
- einzelnen Personen für aufwendige und unvermeidliche medizinische Eingriffe und Behandlungen sowohl im In- als auch im Ausland, ohne die ihr Leben bzw. gesellschaftliche Akzeptanz bedroht wären;
- Vereinigungen, Stiftungen, Kirchen und Organisationen, die sich mit der Lösung von benachteiligten gesundheitlichen bzw. sozialen Verhältnissen der Bürger oder mit dem allseitigen Beistand zu Gunsten der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen oder die Fürsorge für körperbehinderte Kinder und Jugendliche sicherstellen;
- Gesundheitseinrichtungen und Stiftungen zur Verbesserung der Heil- und Vorsorgebehandlung der Bürger bzw. zur Wiederherstellung von Einrichtungen, Gebäuden und zu deren Ausstattung mit modernerer und besserer Gesundheitstechnik;
- auf Erziehung, Ausbildung und Kulturtätigkeit ausgerichteten Institutionen, vorwiegend mit landesweitem Wirkungsbereich; sowie
- Kunden der PSS, die sich in einer Notsituation befinden.

Für solche Aktivitäten dienen die Finanzmittel aus dem Fonds für die Sicherstellung der karitativen Tätigkeit der PSS. Über die Verwendung des Fonds bzw. über die Zuteilung und Höhe des finanziellen Beitrags entscheidet der Vorstand aufgrund des Vorschlags und der Empfehlung der vom Vorstand ernannten humanitären Kommission, deren Tätigkeit das Statut der humanitären Kommission zugrunde liegt. Im Jahr 2007 spendete die PSS insgesamt SKK 4,6 Mio. für nahezu 86 Projekte, die von Organisationen, Stiftungen und natürlichen Personen realisiert wurden. Zu den bedeutendsten zählen die Zuschüsse für die Sportklinik in Bratislava (SKK 250.000), KARDIO SANUS, s. r. o., Bratislava (SKK 150.000), die slowakische Antikrebsliga (SKK 150.000), den Nichtinvestitionsfonds Podunajské Biskupice in Bratislava (SKK 150.000), die Bürgervereinigung Lampášik in Prešov (SKK 150.000), das Institut für die Arbeitsrehabilitation von Personen mit geminderter Arbeitsfähigkeit in Bratislava (SKK 150.000), die Bürgervereinigung Pomôž zachrániť ľudský život (Hilf das Menschenleben zu retten) in Bratislava (SKK 100.000), die Vereinigung zur Hilfe für geistig behinderte Menschen, Spišská Nová Ves (SKK 100.000), die Benefizvereinigung von sehbehinderten Kindern in Bratislava (SKK 100.000), das Fakultätskrankenhaus mit Poliklinik Bratislava – Ružinov (SKK 100.000), und die Spezialgrundschule für autistische Kinder in Bratislava (SKK 100.000).

Im Jahr 2007 hat die PSS auch 60 natürlichen Personen geholfen – aus dem Karitativfonds hat sie ihnen fast SKK 2 Mio. für Kuren und Rehabilitationen, den Kauf von Arzneimitteln und Rehabilitationshilfsmitteln und behindertengerechte Bauanpassungen in einem Haus oder einer Wohnung gewährt. Den Betrag von SKK 175.000 in Form eines einmaligen Weihnachtsbeitrags überwies die PSS ihren minderjährigen Kunden, die im Laufe des Jahres ihre Eltern verloren haben. Somit hat die PSS seit 1996 insgesamt SKK 52 Mio. für mehr als 710 humanitäre und karitative Projekte gespendet. Ausdruck der Anerkennung der Tätigkeit der PSS auf dem karitativen und philanthropischen Feld war im Jahr 2007 auch der 2. Rang in der Liste der größten Firmenphilanthropen sowie zwei erste und ein zweiter Platz in einzelnen Kategorien des Philanthropenpreises 2007.

Fonds zum Aufbau einer Wohnungswirtschaft in der Slowakei

Die Förderung des Wohnwesens erfolgt in der PSS auch durch Aktivitäten, die an den Unternehmensgegenstand anknüpfen. Eine dieser Förderformen ist der Fonds zum Aufbau der Wohnungswirtschaft in der Slowakei (im Folgenden „der Fonds“). Er wurde im Jahr 2004 eingerichtet; seit 2005 verwaltet er Finanzmittel in Höhe von SKK 5 Mio. pro Jahr. Die im Fonds befindlichen Finanzmittel sind vor allem für die Finanzierung von Projekten bestimmt, die der Entwicklung einer Wohnungswirtschaft (einschließlich der Denkmalpflege) der Slowakei dienen. Er konzentriert sich ebenfalls auf die Unterstützung des mit dem Wohnwesen zusammenhängenden Universitätsstudiums im Bereich des Bauwesens und der Architektur. Bis Ende des Jahres 2007 genehmigte der Fonds die Unterstützung für 58 Projekte in Höhe von insgesamt SKK 15 Mio.

Die geförderten Projekte können in folgende Gruppen aufgeteilt werden:

1. Renovierung und Verwaltung des Wohnungsbestands
2. Förderung des Wohnungsbaus
3. Förderung des Studiums
4. Projekte bezüglich der Erhöhung der Qualität und Funktionsfähigkeit von Wohnbauten, einschließlich der Reduzierung der Finanzkosten für neu gebaute Wohnobjekte
5. Auf die Fortbildung abzielende Projekte

Grundlegende Informationen über das Interne Kontrollsystem

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. hat Prinzipien des Internen Kontrollsystems definiert. Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist die Zusammenfassung aller Formen von Kontrollmassnahmen, -mechanismen und -vorgehensweisen.

Aufgabe und Ziel des IKS ist sicherzustellen und zu erreichen:

- wirtschaftliches Geschäftsgebahren,
- Einhalten der Grundsätze des umsichtigen Handels,
- ordentlicher, richtiger und effizienter Prozessverlauf,
- Eliminieren, bzw. Minimieren der Risiken,
- Sicherheit, Lebens- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer,
- absichern der Vermögenswerte und der immateriellen Werte.

Die Art und Weise und die Umsetzung des Systems der internen Prozesskontrolle beschreibenden von der gegebenen internen Vorschrift betroffenen separaten Artikel sind auch Pflichtbestandteil aller internen Vorschriften der PSS, a.s. im Rahmen der Applikationen des Internen Kontrollsystems der PSS, a.s. in der Praxis.

Grundlegende Informationen über das System der Risikosteuerung

Die Ausübung der Geschäftstätigkeiten erfordert ebenfalls, ein Risiko kontrolliert einzugehen. In dieser Hinsicht muss die PSS in der Lage sein, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen und zu steuern, sowie das Kapital zu deren Deckung zur Verfügung zu haben.

Das System der Risikosteuerung in der PSS steht im Einklang mit dem slowakischen Bankengesetz und der Verordnung der NBS über Risiken und das System der Risikosteuerung. Durch die Implementierung des Systems der Risikosteuerung legte die PSS die Verantwortung sämtlicher Risikoträger für die Steuerung der Risiken fest, die bei der Ausübung der Banktätigkeiten der PSS entstehen. Der Zweck des Systems der Risikosteuerung ist die Vorbeugung gegen potenzielle eigene Verluste aus Unternehmerrisiken durch die frühzeitige Identifizierung, Überwachung, Messung und Milderung einzelner Risiken. Des Weiteren dient dieses System als Basis für die Unterrichtung der Organe der PSS (der Aktionäre und des Aufsichtsrates) und der NBS über die aktuelle Risikolage der PSS.

Das primäre Ziel der Risikosteuerung ist es, eigene Risikoverluste zu verhindern und somit zur Sicherstellung der Erreichung der langfristigen Geschäftsziele der PSS, insbesondere in Bezug auf Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit, beizutragen.

Zu den wichtigsten Risikogruppen zählen:

- das Kreditrisiko (Risiko aus Darlehen an Kunden, Risiko der Kreditwürdigkeit bei Finanzanlagen, Risiko der Personen mit Sonderstatus gegenüber der PSS),
- das Marktrisiko (Zins- und Währungsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko,
- das Betriebsrisiko, sowie
- sonstige bedeutende Risiken.

Das System der Risikosteuerung umfasst die Methoden, die Strategie und die Organisation der Risikosteuerung, das Informationssystem zur Risikosteuerung, Informationsflüsse sowie das interne Kontrollsystem.

Die Strategie der Risikosteuerung enthält die wichtigsten Ziele und Grundsätze, die bei der Steuerung einzelner Risiken verwendet werden, vor allem aber:

- eine ausführliche Definition des Risikos,
- das akzeptable Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen daraus, dass die PSS dem akzeptablen Risikoausmaß ausgesetzt wird,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur

Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,

- Typen von Limits, welche die PSS verwendet, sowie Grundsätze für die Auswahl und Festlegung weiterer Limits,
- Höhe und Grundsätze für die Bestimmung des zur Deckung des Risikos dienenden Eigenkapitals,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftstypen, sowie
- Grundsätze für die Organisation der Risikosteuerung.

Mit der Koordinierung des gesamten Systems der Risikosteuerung ist das Fachgebiet Betriebs- und Risiko-Controlling beauftragt. Das Fachgebiet Betriebs- und Risiko-Controlling, der Vorstand, der ALCO- Ausschuss, das Fachgebiet Sicherheit, das Fachbereich Interne Revision, die Direktoren einzelner Fachbereiche und die Leiter der selbstständigen Fachgebiete stellen zusammen die Stützpfeiler des Systems der Risikosteuerung in der PSS dar.

Bei der Gestaltung der Risikosteuerung trennt die PSS die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der kompetenten Abteilungen sowohl organisatorisch als auch personell, um im größtmöglichen Maße Interessenkonflikte zu vermeiden. Tätigkeiten, die mit:

- Akquisition,
- Geschäftsabschluss,
- Geschäftsabwicklung, sowie
- Risikosteuerung (insbesondere des Kredit- und Marktrisikos)

verbunden sind, werden strikt getrennt. Dabei werden die mit Geschäftsabschluss zusammenhängenden Tätigkeiten von den mit der Risikosteuerung verbundenen Aktivitäten bis zur höchstmöglichen Ebene getrennt.

Das System der Risikosteuerung wird jährlich auf seine Angemessenheit und Funktionsfähigkeit überprüft und vom Vorstand genehmigt. Im Jahr 2007 führte die PSS als die erste und einzige Bank in der Slowakei einen standardisierten Ansatz zur Steuerung des Kredit- und Betriebsrisikos ein. Sie implementierte das System und die Strategie der Auswertung der Angemessenheit des Eigenkapitals und veröffentlichte im Internet nähere Informationen bezüglich des Systems der Risikosteuerung.

Bestand und Geldmittelbewegung im Bausparfonds (in Tsd SKK)

	2005	2006	2007
I. Bestand der Mittel im Bausparfonds zum 1. Januar	16.202.645	21.286.939	27.568.031
1. Zuführungen der Mittel	15.286.197	15.101.783	16.350.129
A. Zunahme auf den Sparkonten	11.573.774	11.486.254	12.776.037
Spargelder	9.443.995	9.835.381	10.884.687
gutgeschriebene Zinsen	894.527	994.791	1.072.093
gutgeschriebene Staatsprämie	1.235.252	656.083	819.256
B. Reine Bauspardarlehenstilgungen	3.506.865	3.577.935	3.680.808
C. Bestandsänderung der noch nicht ausgezahlten zugeteilten Mittel auf den Sparkonten	215.055	35.277	-96.072
D. Bestandsänderung der Bauspareinlagen über 100 % der Bausparsumme auf den Sparkonten	-9.497	2.317	-10.644
2. Entnahmen der Mittel	-10.201.902	-8.820.691	-12.273.968
A. Auszahlungen des Bausparguthabens bei Kündigungen	-4.360.603	-5.450.974	-6.657.875
Prämienunschädliche Kündigungen	-4.269.133	-5.344.428	-6.548.134
Widmungsgemäß verwendetes Bausparguthaben	-2.530.766	-1.858.658	-1.856.325
Kündigungen nach 6 Jahren	-1.728.266	-3.485.770	-4.691.809
Prämien-schädliche Kündigungen	-91.471	-106.546	-109.742
B. Auszahlungen von Bauspardarlehen	-2.780.596	-1.563.587	-2.710.627
Bauspardarlehensauszahlung	-768.398	-874.798	-1.324.396
Ablösung von Zwischendarlehen mit dem Bauspardarlehen	-2.012.198	-688.788	-1.386.230
C. Auszahlungen von Bausparguthaben bei der Zuteilung	-3.060.703	-1.806.131	-2.905.466
bei der Zuteilung von Darlehen	-3.055.445	-1.798.820	-2.890.211
Darlehensverzichter	-5.258	-7.311	-15.255
II. Bestand der Mittel im Bausparfonds zum 31. Dezember	21.286.939	27.568.031	31.644.192
A. Zuteilungsanwärter	-947.495	-1.445.049	-8.196.533
B. Reserve für die Bausparfortsetzer in Höhe von 50 % des Anspruchsbetrages	-2.088.653	-2.947.984	-4.098.267
III. Freie Mittel des Bausparfonds	18.250.792	23.174.999	25.716.476
IV. Zwischendarlehen und sonstige wohnungsbaubezogene finanzielle Investitionen sowie gesetzliche Mindestreserven bei der Nationalbank der Slowakei (NBS)	22.878.477	31.406.190	37.662.178
A. Bestand der ausbezahlten Zwischendarlehen	20.377.929	28.632.132	34.732.537
B. Bestand der nicht ausbezahlten Restverpflichtungen aus den Zwischendarlehen	1.817.094	2.007.799	2.083.958
C. Bestand der ausbezahlten Darlehen für Großprojekte	15.350	15.350	0
D. Bestand der gebundenen Mittel in Form von gesetzlichen Mindestreserven, in der NBS	668.104	750.910	845.683
V. Überzogene (-), nicht voll asgeschöpfte (+) freie Mittel im Bausparfonds (III. - IV.)	-4.627.685	-8.231.191	-11.945.702
Nutzung der freien Mittel im Bausparfonds für den Wohnungsbau in % (IV. / III.)	125,36	135,52	146,45

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten (in Tsd. SKK)

AKTIVA	2007	2006	2005
Liquide Aktiva und bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	7.203.237	8.062.106	8.820.456
Darlehen an Kunden	45.672.824	40.575.813	34.544.694
Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und als Finanzinstrumente gehaltene Immobilien	1.232.842	1.302.135	1.258.114
Anteile an verbundenen Unternehmen	105.840	101.310	801.310
Sonstige Forderungen	266.577	204.478	181.528
Summe Aktiva	54.481.320	50.245.842	45.606.102
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	418.618	321.372	206.038
Verbindlichkeiten aus emitierten Anleihen	1.005.611	0	0
Kundenspareinlagen	44.107.721	40.826.124	36.601.49
Rückstellungen	284.818	252.667	233.756
Sonstige Passiva	815.827	861.582	626.072
Fremdkapital	46.632.595	42.261.745	37.667.361
Gezeichnetes Kapital	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Kapital- und Gewinnrücklagen	1.270.824	1.270.824	1.270.824
Neubewertungsdifferenz für zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	-11.551	7.707	0
Gewinnvortrag	3.768.566	3.767.917	3.999.146
Jahresüberschuss	820.886	937.649	668.771
Eigenkapital	7.848.725	7.984.097	7.938.741
Passiva gesamt	54.481.320	50.245.842	45.606.102

Übersicht über die Entwicklung der Aufwendungen und der Erträge (in Tsd. SKK)

	2007	2006	2005
Zinsergebnis aus Geschäften mit Kunden und aus Transaktionen auf dem Geldmarkt	1.546.960	1.426.864	1.125.639
Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen	244.215	257.897	492.875
Gebühren- und Provisionsergebnis	652.788	573.638	645.790
Verwaltungskosten	-1.199.175	-1.129.601	-1.292.310
Sonstige betriebliche Erträge	33.200	52.057	56.201
Gewinn aus dem Verkauf von Anteilen an Tochtergesellschaften	51.253	322.022	0
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken	1.329.241	1.502.877	1.028.195
Saldo der Bildung und Auflösung Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Erträge aus deren Abtretung	- 287.505	-267.326	-140.295
Saldo der Bildung und Auflösung Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	-10.139	-31.920	-50.345
Gewinn vor Steuern	1.031.597	1.203.631	837.555
Körperschaftsteuer	-210.711	-265.982	-168.783
Gewinn nach Steuern	820.886	937.649	668.772

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahr 2007

Wie bereits in den Vorjahren, setzte die PSS auch im Jahr 2007 ihre erfolgreiche Geschäftstätigkeit fort. Dies wird auch durch die nachfolgende Darstellung der wesentlichen Posten der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschließlich der Vorjahresvergleichszahlen bestätigt.

Den Einzel- sowie den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 hat die PSS nach den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards („IFRS“) aufgestellt. Erstmals hat sie in diesen Abschlüssen den Standard IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben angewendet, der die Darstellung des Abschlusses sowie den Umfang der Angaben über Finanzinstrumente wesentlich beeinflusst hat.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der PSS erreichte zum 31. Dezember 2007 die Höhe von SKK 54,5 Mrd., was im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um SKK 4,2 Mrd. (+8,4%) bedeutet.

Zur Entwicklung der Bilanzsumme auf der Aktivseite hat im entscheidenden Maße der Anstieg der Forderungen aus Darlehen an Kunden um SKK 5,1 Mrd. (+12,6%) beigetragen, die somit die Höhe von SKK 45,7 Mrd. erreicht haben. Deren Anteil an den gesamten Aktiva der PSS erhöhte sich von 80,8% im Jahr 2006 auf 83,8% im Jahr 2007. Ebenso wie im Vorjahr, hat die PSS auch im Jahr 2007 einerseits einen Rückgang des Anteil der Bauspardarlehen von 31,4% auf 25,8% und andererseits einen Anstieg des Anteils der Zwischendarlehen von 68,5% auf 73,8% verzeichnet. Im Mai 2006 hat die PSS mit der Gewährung von Bauspardarlehen an juristische Personen aus außerkollektiven Mitteln begonnen, deren Anteil zum Jahresende 0,4% aller gewährten Darlehen ausmachte (2006: 0,1%).

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Finanzanlagen auf dem Geldmarkt (Markt der liquiden Aktiva) leicht um SKK 0,9 Mrd. (-10,7%) zurückgegangen, insbesondere infolge der Investition von freien Finanzmitteln in die Darlehensgewährung. Im Hinblick auf die Möglichkeit der künftigen Deckung eines unvorhersehbaren Bedarfs an Liquidität wurde ein Teil der Staatsanleihen als zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere klassifiziert.

Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie an den als Finanzinstrumente gehaltenen Immobilien erreichte die Höhe von SKK 1,2 Mrd., wodurch er, im Vergleich zum Vorjahr, einen leichten Rückgang um SKK 0,1 Mrd. (-5,3%) verzeichnete. Dieser ist der Einlage

einer Immobilie sowie einer Studie als Sacheinlage auf das Stammkapital der am 1. Februar 2007 gegründeten Tochtergesellschaft EURODomBytGlobal, s.r.o. („EDBG“) zuzuschreiben. Am 19. Dezember 2007 hat die Bank ihren Anteil am gezeichneten Kapital der EDBG verkauft. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sonstige Forderungen um SKK 0,1 Mrd. (+30,4%) auf SKK 0,3 Mrd.

Auf der Passivseite verzeichnete die PSS einen geringfügigen Anstieg des Fremdkapitals, und zwar von 84,1% im Jahr 2006 auf 85,6% im Berichtsjahr, bei gleichzeitigem Rückgang ihres Eigenkapitals von 15,9% im Vorjahr auf 14,4% im Jahr 2007.

Beim Fremdkapital wurde im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Bauspareinlagen um SKK 3,3 Mrd. (+8,0%) verzeichnet. Der Anstieg der Bauspareinlagen resultierte aus dem positiven Saldo des Netto-Spargeldeingangs einschließlich der Bausparprämie und Zinsen in Höhe von SKK 13,0 Mrd. (2006: SKK 11,4 Mrd.) und Entnahmen der eingesparten Mittel nach Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen in Höhe von SKK 9,7 Mrd. (2006: SKK 7,2 Mrd.). Zum 31. Dezember 2007 erreichten die Kundenspareinlagen somit SKK 44,1 Mrd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 40,8 Mrd.); ihr Anteil an den gesamten Passiva fiel im Vergleich zum Vorjahr leicht von 81,3% auf 81,0%. Bauspareinlagen bilden somit die Hauptquelle für die Finanzierung des Vermögens der PSS. Der Anteil der gewährten Darlehen (Brutto) an den Spareinlagen erreichte 105,9% zum Ende des Jahres 2007 (2006: 101,6%).

Im Oktober 2007 hat die PSS zum ersten Mal eigene Schuldverschreibungen im Wert von SKK 1 Mrd. emittiert, um Geldmittel zur Finanzierung von Darlehen für Wohnzwecke an natürliche Personen zu gewinnen, die vor allem durch das Pfandrecht auf eine Immobilie abgesichert werden.

Der Saldo der sonstigen Fremdkapitalposten blieb ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2006.

Der leichte Rückgang des Eigenkapitals um SKK 0,1 Mrd. (-1,7%) ist vor allem dem niedrigeren Jahresüberschuss im Vergleich zum ausgewiesenen Gewinn des Vorjahres dessen Höhe durch den Verkauf von Aktien der Tochtergesellschaft Prvá dôchodková sporiteľňa, d.s.s., a.s. („PDS“) wesentlich beeinflusst war, zuzuschreiben.

Finanzlage

Im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit gab die PSS im Jahr 2007 Darlehen in Höhe von SKK 11,3 Mrd. aus, davon entfielen SKK 9,8 Mrd. auf Zwischendarlehen, SKK 1,3 Mrd. auf Bauspardarlehen und SKK 0,2 Mrd. auf gewährte Bauspardarlehen aus außerkollektiven Mitteln. Aufgrund von Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen zahlte die PSS weitere von Bausparern eingesparte Mittel in Höhe von SKK 8,0 Mrd. (einschließlich der Bausparprämie und Zinsen) aus. Somit stellte die PSS den Bausparern Finanzmittel in Höhe von insgesamt SKK 19,3 Mrd. zur Verfügung (2006: SKK 17,5 Mrd.).

Andererseits flossen der PSS Bauspareinlagen von ihren Kunden in Höhe von SKK 12,2 Mrd. sowie Bausparprämien in Höhe von SKK 0,8 Mrd. zu. Zudem wurden Tilgungen von Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und anderen Darlehen im Wert von SKK 7,1 Mrd. entgegengenommen. Somit wies die PSS im Jahr 2007 Geldeingänge in Höhe von insgesamt SKK 20,1 Mrd. aus (2006: SKK 17,9 Mrd.).

Des Weiteren hat die PSS im Berichtsjahr SKK 0,1 Mrd. in die Anschaffung des Anlagevermögens (2006: SKK 0,1 Mrd.) investiert.

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr zeigte die Ertragslage der PSS im Bereich der ordentlichen Banktätigkeit einen leichten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken um SKK 0,2 Mrd. (-11,6%) auf SKK 1,3 Mrd. Diese Tatsache ist vor allem durch den Gewinn aus der Veräußerung der Anteile an verbundenen Unternehmen beeinflusst, der im Jahr 2006 realisiert wurde.

Innerhalb des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken sind im Berichtsjahr die Netto-Zinserträge aus Geschäftsvorfällen mit Kunden sowie aus Operationen auf dem Geldmarkt um SKK 0,1 Mrd. (+8,4%) gestiegen. Dieser Anstieg ist hauptsächlich den um SKK 0,4 Mrd. (+16,9%) höheren Zinserträgen aus Darlehen an Kunden, die im Durchschnitt höher waren, zu verdanken. Der Anstieg der Zinserträge wurde teilweise einerseits durch niedrigere Erträge aus Transaktionen auf dem Finanzmarkt um SKK 0,1 Mrd. (-13,3%) infolge der Investierung freier Finanzmittel in die Darlehensgewährung, und andererseits

durch höhere Zinsaufwendungen zu Kundenspareinlagen kompensiert, die unterjährig um SKK 0,2 Mrd. (+20,1%) höher waren. Der Grund dafür war die höhere Durchschnittshöhe der Kundenspareinlagen im Vergleich zum Vorjahr sowie die zusätzliche Bildung von Rückstellungen für die Zinsbonusse.

Die Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen sanken im Vergleich zum Vorjahr nur leicht. Wegen höherer Erträge aus Gebühren stiegen dagegen die Nettoerträge aus Kundengebühren und Provisionen um SKK 0,1 Mrd. (+13,8).

Die Verwaltungskosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht um SKK 0,1 Mrd. (+6,2%) auf SKK 1,2 Mrd. Dieser Anstieg ist vor allem dem höheren Beitrag in den Einlagensicherungsfonds und der zusätzlichen Bildung der Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit im Berichtsjahr zuzuschreiben. Eines der langfristigen Ziele der PSS ist es, im Rahmen der Entwicklung der Verwaltungskosten das Kosten-Ertrag-Verhältnis unter 60% zu halten. Im Jahr 2007 erreichte diese Kennziffer den Wert von 58,08% (2006: 49,47%).

Der im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete Rückgang des Gewinns aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochterunternehmen um SKK 0,3 Mrd. (-84,1%) ist dem höheren Gewinn aus dem Verkauf der PDS im Jahr 2006 gegenüber dem Gewinn aus dem Verkauf der EDBG im Berichtsjahr zuzuschreiben.

Der Anstieg des Postens „Saldo der Bildung und Verwendung von Wertberichtigungen auf Darlehen und Ausbuchung von Forderungen“ ist vor allem durch das höhere Volumen (SKK 0,27 Mrd.) von ausgebuchten bzw. abgetretenen uneinbringlichen Forderungen aus Darlehen im Jahr 2007 beeinflusst (2006: SKK 0,15 Mrd.).

Der Saldo der fälligen und latenten Körperschaftsteuer für das Jahr 2007 fiel im Vergleich zum Vorjahr um SKK 0,1 Mrd. (-20,8 %) auf SKK 0,2 Mrd. Die von der PSS für das Jahr 2007 bezahlte Körperschaftsteuer betrug SKK 0,24 Mrd. (2006: SKK 0,25 Mrd.).

Interne und externe Kommunikation

Die Kommunikation – sowohl externe als auch interne – bildet bereits einen selbstverständlichen Bestandteil des Lebens der PSS und ihrer Firmenkultur. Zur Kommunikation mit ihren Mitarbeitern, Handelsvertretern sowie ihren Kunden und der breiten Öffentlichkeit verwendet die PSS mehrere Kommunikationskanäle und -möglichkeiten.

Die interne Kommunikation repräsentiert vor allem das Magazin IMPULZ, das für die Mitarbeiter der Zentrale sowie des Vertriebsnetzes der PSS bestimmt ist. Diese Hauszeitschrift ist ein wichtiges Instrument zur Vermittlung der Beschlüsse der Geschäftsleitung und zur Information über Neuigkeiten und sonstige Tätigkeiten, die mit dem Geschehen in der PSS sowie mit dem Leben ihrer Angestellten und Mitarbeiter zusammenhängen. Im Jahr 2007 erschienen sechs Ausgaben dieses Magazins (einschließlich einer Sonderausgabe, die dem 15. Jahrestag der Aufnahme der Geschäftstätigkeit der PSS gewidmet wurde) in einer Auflage von jeweils 2.700 Stück.

Die interne Kommunikation wird ebenfalls durch das Intranet sichergestellt, das für die Mitarbeiter der Zentrale der PSS bestimmt ist. Da jeder Mitarbeiter über seinen eigenen Computer verfügt, sind die wichtigsten Aspekte bei der Nutzung des Intranets dessen Aktualität und sofortige Zugriffsmöglichkeit. Als elektronisches Kommunikationsmittel mit dem Vertriebsnetz dient das Kweria-System, das allen Handelsvertretern der PSS zur Verfügung steht.

Nicht zuletzt gehören zur internen Kommunikation auch Arbeits- und gesellschaftliche Veranstaltungen, die nicht nur zur Information der Angestellten und Mitarbeiter über

das aktuelle Geschehen in der PSS dienen. Eine ebenso wichtige Rolle spielt auch die Unterstützung und Bekräftigung guter gegenseitiger Beziehungen unter den Angestellten und Handelsvertretern der PSS.

In der externen Kommunikation spielt die Kundenzeitschrift DOMa eine wichtige Rolle. Sie ist als einer der Sonderbonusse für die Bausparer der PSS bestimmt und wird kostenlos an ihre Heim- bzw. Korrespondenzadressen verschickt. Inhaltlich konzentriert sich die Zeitschrift auf Informationen über das Bausparen und Ereignisse, die mit der Geschäftstätigkeit der PSS im Zusammenhang stehen; zugleich gibt sie auch praktische Ratschläge, Anweisungen und Tipps, die mit dem Wohnen und dem Wohnungsbau zusammenhängen. Im Jahr 2007 erschienen vier Ausgaben dieser Zeitschrift in einer Auflage von jeweils 650.000 Exemplaren.

Ausdruck der Bemühungen um eine regelmäßige Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist auch die systematische Zusammenarbeit der PSS mit landesweiten und regionalen Print- sowie elektronischen Medien. Informationen über die Wirtschaftsergebnisse, Möglichkeiten und Neuheiten in der PSS sowie über aktuelle Trends des Bausparens selbst waren auch im Jahr 2007 Bestandteil des Inhalts von Periodika sowie der Rundfunk- und Fernsehsendungen.

Kodexe

Die Mitarbeiter und Handelsvertreter der PSS befolgen bei ihrer Tätigkeit den am 24. März 1998 verabschiedeten und für alle Mitarbeiter, Handelsvertreter sowie Bausparvermittler der PSS verbindlichen „Verhaltenskodex der Mitarbeiter der PSS“. Es handelt sich um eine Zusammenfassung grundlegender ethischer Grundsätze, Handlungs- und Verhaltensregeln, die insbesondere den Schutz der Kundeninteressen, das vorrangige Ziel der PSS, vor Augen haben. Der Kodex definiert in seinen einzelnen Artikeln die Grundsätze und Regeln des Verhaltens der Mitarbeiter gegenüber der PSS selbst, den Kunden und der Öffentlichkeit, den eigenen Kollegen sowie gegenüber den sonstigen Banken und Geschäftspartnern.

Im Zusammenhang mit der Notierung der ersten börsengängigen Emission von Wertpapieren der PSS an der Wertpapierbörse in Bratislava Ende 2007 erwägt die Geschäftsleitung der PSS, die Grundsätze des „Unified Code on Good Corporate Governance“ aufzunehmen und die internen Vorschriften im Laufe des Jahres 2008 entsprechend zu harmonisieren.

Ausblick 2008

Eines der Hauptziele der PSS, a.s. für das Jahr 2008 ist das Halten der Marktführerposition in der Wohnungsfinanzierung. Zu den wichtigen Aufgaben zählt auch das Zugänglichmachen von aus der Bauspargesetznovelle möglichen Vorteile für die Klienten, sowie die Umsetzung aller Massnahmen im Interesse der reibungslosen Euroeinführung in den Bedingungen der PSS, a.s. Die Bank unterstrich auch 2008 ihre Kompetenz im Bereich der Wohnungspolitik durch Verträge auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich der Wohnbaufinanzierung und Wohnungsverwaltung.

Für das Jahr 2008 plant die PSS, a.s., den Abschluss von 187 580 Bausparverträgen. Das entspricht bei einer geschätzten durchschnittlichen Bausparsumme von 276 Tsd. SKK einer Zielsumme von 51,8 Mrd. SKK. Sie erwartet Einzahlungen von ihren Bausparern in Höhe von 12,2 Mrd. SKK und rechnet damit, rund 35 000 Bauspardarlehen und Zwischendarlehen und Baudarlehen für juristische Personen aus außerkollektiven Mitteln zu gewähren. Dabei geht die PSS, a.s., von einer Finanzierungsleistung für den Wohnungsbau von insgesamt 14,2 Mrd. SKK aus.





Stavebné sporenie sa nevyhýba ani bytovým domom: každý 15. bytový dom už bol čiastočne alebo úplne obnovený prostredníctvom finančných prostriedkov z Prvej stavebnej sporiteľne, a. s., a každý 10. bytový dom je jej klientom...

Das Bausparen lässt auch die Wohnhäuser nicht unbemerkt: jedes 15. Wohnhaus wurde schon teilweise oder gänzlich mit Hilfe der finanziellen Mittel aus der Prva stavebná sporiteľňa, a.s. renoviert, und jedes 10. Wohnhaus ist ihr Kunde...

Bilanz zum 31. Dezember 2007

BILANZ (in Tsd. SKK)

	<i>Abschnitt im Anhang</i>	2007	2006
AKTIVA			
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	7	2.767.435	2.688.874
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	8	1.540.788	1.558.107
Forderungen an Banken	9	574.431	663.520
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	10	2.320.583	3.151.605
Darlehen an Kunden	11	45.672.824	40.575.813
Anteile an verbundenen Unternehmen	12	101.340	101.310
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Aktien	8	4.500	4.500
Sachanlagen	13	947.091	964.436
Als Finanzinstrumente gehaltene Immobilien	14	25.551	111.760
Immaterielle Vermögenswerte	15	260.200	225.939
Steuerforderungen – fällige Körperschaftsteuer	16	13.662	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	17	23.546	33.985
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	18	229.369	165.993
SUMME AKTIVA		54.481.320	50.245.842
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	19	418.618	321.372
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	20	1.005.611	-
Spareinlagen der Kunden	21	44.107.721	40.826.124
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22	317.067	272.768
Rückstellungen	23	284.818	252.667
Steuerverbindlichkeiten – fällige Körperschaftsteuer		-	71.947
Latente Steuerverbindlichkeit	24	3.723	36.556
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	25	183.406	178.852
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	26	311.631	301.459
Fremdmittel		46.632.595	42.261.745
Grundkapital		2.000.000	2.000.000
Gesetzliche Rücklage		586.996	586.996
Sonstige Rücklagen		683.828	683.828
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren		-11.551	7.707
Gewinnvortrag		3.768.566	3.767.917
Jahresüberschuss		820.886	937.649
Eigenkapital	27	7.848.725	7.984.097
SUMME PASSIVA		54.481.320	50.245.842

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 (in Tsd. SKK)

	Abschnitt	2007	2006
	<i>im Anhang</i>		
Zinserträge	28	3.072.563	2.727.579
Zinsaufwendungen	28	-1.281.388	-1.050.129
Zinsergebnis		1.791.175	1.677.450
Zinsergebnis aus der Realisierung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere		-	7.311
Gebühren- und Provisionserträge	29	656.305	611.309
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	29	-3.517	-37.671
Gebühren- und Provisionsergebnis		652.788	573.638
Bezogene Dienstleistungen und ähnliche Aufwendungen	30	-526.842	-502.675
Personalkosten	31	-427.765	-428.389
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie auf die als Finanzinstrumente gehaltenen Immobilien	32	-109.586	-99.163
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33	-134.982	-99.374
Erträge aus der Veräußerung von Anteilen an Tochtergesellschaften	34	51.253	322.022
Sonstige betriebliche Erträge	35	33.200	52.057
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken		1.329.241	1.502.877
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Darlehensforderungen	35	-287.505	-267.326
Saldo aus Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	36	-10.139	-31.920
Gewinn vor Steuern		1.031.597	1.203.631
Körperschaftsteuer	37	-210.711	-265.982
Gewinn nach Steuern		820.886	937.649

Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals (Eigenkapitalspiegel) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 (in Tsd. SKK)

ÄNDERUNGEN IM EIGENKAPITAL	Grund- kapital	Gesetzliche Rücklage	Sonstige Rücklagen	Bewertungs- differenz aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	Gewinn- vortrag	Jahres- überschuss	Summe Eigen- kapital
Stand zum 1. Januar 2006	2.000.000	586.996	683.828	-	3.999.146	668.771	7.938.741
Bewertungsdifferenz aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	-	-	-	7.707	-	-	7.707
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	937.649	937.649
Ausgewiesener Gesamtgewinn des Jahres 2006	-	-	-	7.707	-	937.649	945.356
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	668.771	-668.771	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-900.000	-	-900.000
Stand zum 31. Dezember 2006	2.000.000	586.996	683.828	7.707	3.767.917	937.649	7.984.097
Stand zum 1. Januar 2007	2.000.000	586.996	683.828	7.707	3.767.917	937.649	7.984.097
Bewertungsdifferenz aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	-	-	-	-19.258	-	-	-19.258
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	820.886	820.886
Ausgewiesener Gesamtgewinn des Jahres 2007	-	-	-	-19.258	-	820.886	801.628
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	937.649	-937.649	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-937.000	-	-937.000
Stand zum 31. Dezember 2007	2.000.000	586.996	683.828	-11.551	3.768.566	820.886	7.848.725

**Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 (in Tsd. SKK)**

POSTEN DER KAPITALFLUSSRECHNUNG	Abschnitt im Anhang	2007	2006
Zahlungswirksame Operationen			
Erhaltene Zinsen		3.191.504	2.683.017
Gezahlte Zinsen		-1.128.283	-1.060.519
Erhaltene Gebühren und Provisionen		627.137	946.020
Gezahlte Gebühren und Provisionen		-1.387	-347.238
Auszahlungen an Arbeitnehmer und Lieferanten		-961.469	-920.501
Sonstige Auszahlungen		-88.973	-46.054
Einzahlungen aus der Veräußerung von Forderungen aus Darlehen	36	24.754	9.638
Einzahlungen aus zuvor abgeschriebenen Forderungen	37	9	8
Gezahlte Körperschaftsteuer einschließlich Steuervorauszahlungen		-324.635	-169.735
Mittelzufluss/-abfluss aus betrieblicher Tätigkeit vor Änderungen der betrieblichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		1.338.657	1.094.636
Zunahme(x)/Abnahme der betrieblichen Aktiva		-4.925.123	-6.666.865
Zunahme/Abnahme des gesetzlich festgelegten Limits des bei der NBS geführten Kontos der Mindestpflichtreserven		457.834	-285.613
Zunahme von Darlehen an Kunden		-5.498.361	-6.280.919
Zunahme/Abnahme der sonstigen Aktiva		116.541	-97.843
Zunahme der transitorischen und antizipativen Aktiva		-1.137	-2.490
Zunahme/Abnahme(x) der betrieblichen Passiva		3.535.876	4.122.095
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.244.445	4.301.829
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten		4.444	20.124
Zunahme/Abnahme der Darlehen von anderen Banken		286.260	-200.000
Zunahme der transitorischen und antizipativen Passiva		727	142
Mittelzufluss/-abfluss aus betrieblicher Tätigkeit		-50.590	-1.450.134
Zunahme/Abnahme von Investitionen			
Auszahlungen für den Erwerb des Anlagevermögens		-134.573	-146.552
Einzahlungen aus der Veräußerung des Anlagevermögens		767	3.705
Einzahlungen aus der Tilgung der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere		791.514	-
Auszahlungen für den Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren		-	-1.500.565
Einlage in das Stammkapital von Tochtergesellschaften		-30	-
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochtergesellschaften	34	144.543	1.022.022
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit		802.221	-621.390
Ausgeschüttete Dividenden	27	-937.000	-900.000
Einzahlungen aus der Emission von Schuldverschreibungen		996.196	-
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit		59.196	-900.000
NETTO-MITTELZUFLUSS/-ABFLUSS		810.827	-2.971.524
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode		1.859.536	4.831.060
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	39	2.670.363	1.859.536
Nettozunahme/-abnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		810.827	-2.971.524

ANHANG ZUM EINZELABSCHLUSS, AUFGESTELLT NACH DEN VON DER EUROPÄISCHEN UNION ANNERKANNTEN INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS

Übersetzung des Bestätigungsvermerks des unabhängigen Abschlussprüfers und des Einzelabschlusses, die ursprünglich in slowakischer Sprache herausgegeben und in Übereinstimmung mit den von der EU anerkannten IFRS erstellt wurden. Im Falle von Unterschieden gilt die Version in slowakischer Sprache.

(1) ALLGEMEINE ANGABEN

Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. („die Bank“) ist eine slowakische Aktiengesellschaft mit Sitz Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava, Slowakei [Identifikationsnummer (IČO): 31 335 004, Steuer-Identifikationsnummer (DIČ): 2020834475]. Sie wurde am 14. Oktober 1992 gegründet und unter dem Datum des 15. Oktober 1992 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sa, Einlage Nr. 479/B) eingetragen. Ihre Geschäftstätigkeit übt sie seit dem 16. November 1992 aus.

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Bank ist gemäß Handelsregisterauszug und in Übereinstimmung mit dem Beschluss Nr. UBD-2114/99 der Nationalbank der Slowakei („die NBS“) vom 6. Dezember 1999:

- a) Entgegennahme von Bauspareinlagen,
- b) Gewährung von Bauspardarlehen,
- c) Gewährung von Garantien an andere Kreditinstitute für Bauspar-, Hypotheken- oder Kommunaldarlehen,
- d) Entgegennahme von Einlagen anderer Kreditinstitute,
- e) Handel auf eigene Rechnung mit Hypothekendarlehen, Kommunalobligationen und Staatsanleihen einschließlich der Schatzscheine oder mit Kassenobligationen der NBS,
- f) Zahlungsverkehr und Verrechnung im Zusammenhang mit dem Bausparen,

- g) Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens, und
- h) Gewährung von Baudarlehen für Bauzwecke aus außerkollektiven Finanzmitteln.

Die Dienstleistungen der Bank werden durch ihr eigenes Vertriebsnetz erbracht, das aus acht Regionalniederlassungen in Bratislava, Nitra, Trenčín, Žilina, Banská Bystrica, Prešov, Poprad und Košice, vier Filialen in Bratislava und einer in Trnava besteht. Daneben hat die Bank ihre Dienstleistungen im Jahr 2007 auch durch ein externes Vertriebsnetz erbracht, zu dem sieben Regionalteamdirektoren, drei Regionalgruppendirektoren, 22 Organisationsdirektoren, 30 Verkaufsmanager, 128 Verkaufskoordinatoren, 450 leitende Berater, 484 Berater, 617 Repräsentanten, 161 Kontaktmanager und 604 Kontaktbearbeiter zählten.

An der Vermittlung des Verkaufs von Bausparverträgen haben sich im laufenden Jahr auch die Gesellschaften Slovenská sporiteľňa, a. s., Tatra banka, a.s., Allianz – Slovenská poisťovňa, a. s., OVB Allfinanz Slovensko, s.r.o., Capitol, a.s., FinCo&Partners, a. s., a. s. sowie andere Kooperationspartner beteiligt.

Anzahl der Mitarbeiter der Bank zum 31. Dezember 2007: 393, davon 54 leitende Angestellte (2006: 390 Mitarbeiter, davon 54 leitende Angestellte).

Struktur der Aktionäre der Bank:

AKTIONÄRE	Sitz	Anteile in %	
		2007	2006
Slovenská sporiteľňa, a. s.	Slowakei	9,98	9,98
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH	Österreich	32,50	32,50
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	Deutschland	32,50	32,50
Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien	Österreich	25,02	25,02
Summe		100,00	100,00

Die Höhe der Stimmrechte der Aktionäre der Bank entspricht der Anzahl ihrer Aktien, die aus der Höhe ihrer Vermögensbeteiligung am Grundkapital der Bank abgeleitet wird (Slovenská sporiteľňa, a.s.: 499 Stimmen, Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH: 1.625 Stimmen, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG: 1.625 Stimmen, Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG: 1.251 Stimmen).

Die Bank stellt ebenfalls einen Konzernabschluss nach den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards (im Folgenden „IFRS“) auf, in den der Einzelabschluss der Bank sowie die Einzelabschlüsse ihrer Tochtergesellschaften mit einbezogen sind. Tochtergesellschaften (d.h. Gesellschaften, an denen die Bank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte besitzt bzw. deren Finanz- und Geschäftspolitik sie anderweitig bestimmen kann) sind im Konzernabschluss voll konsolidiert. Dieser Konzernabschluss ist am Sitz der Bank erhältlich.

Die Hauptversammlung hat die Vorjahresabschlüsse der Bank (d.h. den Einzel- sowie des konsolidierten Abschluss) am 31. Mai 2007 festgestellt.

Vorstand, Aufsichtsrat und Prokuristen der Bank im Geschäftsjahr 2007:

Vorstand	Aufsichtsrat	Prokuristen
<i>Vorsitzender:</i> Ing. Imrich Béreš <i>Mitglieder:</i> Mag. Herbert Georg Pfeiffer Dipl. Ing. Erich Feix	<i>Vorsitzender:</i> Mag. Johann Ertl <i>Mitglieder:</i> Ehrhard Steffen <i>Mitglieder:</i> Mag. Dr. Erich Rainbacher Mag. Regina Ovesny-Straka JUDr. Samuel Vlčan Jochen Maier Ing. Štefan Šterk Ing. Kamil Timura Ing. Zuzana Tománková	Ing. Eva Trégerová Ing. Vladimír Stejskal, PhD. Ing. Ivan Vozník

Tochtergesellschaften der Bank:

TOCHTERGESELLSCHAFTEN	Sitz	Hauptunternehmensgegenstand	Wirtschaftsprüfer
DomBytGLOBAL, spol. s r.o.	Bajkalská 30, 829 48 Bratislava, Slowakei	Ingenieurtätigkeit im Bauwesen, Immobilienverwaltung	PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
DomByt- Development, s.r.o.	Bajkalská 30, 829 48 Bratislava, Slowakei	Bauträgertätigkeit bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten	PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.

(2) GRUNDLAGEN FÜR DIE AUFSTELLUNG DES EINZEL-ABSCHLUSSES

a) Methode und gesetzliche Grundlage für die Aufstellung des Einzelabschlusses

Der Einzelabschluss der Bank wurde unter Beachtung der von der Europäischen Union anerkannten IFRS nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt, mit Ausnahme der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Dieser Einzelabschluss wurde zur Vorlage an die Aktionäre der Bank, den Aufsichtsrat der Bank, die NBS, das slowakische Finanzministerium sowie die Wertpapierbörse in Bratislava aufgestellt.

Der Einzelabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung der Bank nach dem Grundsatz der Periodenabgrenzung aufgestellt, d.h. Geschäftsvorfälle und andere Ereignisse werden in den Büchern im Entstehungszeitpunkt erfasst und im Einzelabschluss in der entsprechenden Periode ausgewiesen.

Der Einzelabschluss ist in slowakischen Kronen („SKK“) aufgestellt, gerundet auf Tausend SKK, und ist nicht konsolidiert.

Die Bank führt ihre Geschäftsbücher entsprechend den Regelungen des slowakischen Gesetzes Nr. 431/2002 GBL über die Buchführung in der geltenden Fassung (im Folgenden „das Rechnungslegungsgesetz“) in Übereinstimmung mit den von der EU anerkannten IFRS. Nach § 17a Abs. (1) des Rechnungslegungsgesetzes stellt die Bank den Einzelabschluss im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in der geltenden Fassung auf.

Auch nach Feststellung kann der Vorstand den Aktionären auf der Hauptversammlung eine Änderung des Jahresabschlusses vorschlagen. Nach § 16, Abs. 9 bis 11 des Rechnungslegungsgesetzes dürfen jedoch die abgeschlossenen Geschäftsbücher nach Aufstellung und Feststellung des Jahresabschlusses nicht mehr geöffnet werden. Falls nach Feststellung des Jahresabschlusses erkannt wird, dass die Vorjahresangaben nicht vergleichbar sind, können sie vom Buchführungspflichtigen in der Berichtsperiode berichtigt werden, in der er diese Sachverhalte identifiziert hat.

b) Erlassene, im Jahr 2007 wirksame Standards, Interpretationen und Ergänzungen zu den erlassenen Standards, welche die Bank angewendet hat

IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben, Ergänzung zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses – Informationen über das

Eigenkapital. IFRS 7 hat die Darstellung des Einzelabschlusses der Bank zum 31. Dezember 2007 und die Offenlegung der Angaben über Finanzinstrumente wesentlich beeinflusst, nicht aber die Buchung und Bewertung. Die von diesem Standard geforderten Angabepflichten über die Sensitivität des Gewinns und des Eigenkapitals auf Änderungen der Parameter des Marktrisikos sowie weitere geforderte Angaben sind in diesem Einzelabschluss aufgeführt.

Die Anwendung der unten aufgeführten neuen Standards, Interpretationen und Ergänzungen zu den erlassenen Standards hat keine wesentliche Auswirkung auf den Einzelabschluss der Bank:

- IFRIC 7 – Anwendung des Anpassungsansatzes unter IAS 29 – Rechnungslegung in Hochinflationländern
- IFRIC 8 – Anwendungsbereich von IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütungen
- IFRIC 9 – Neubeurteilung eingebetteter Derivate
- IFRIC 10 – Zwischenberichterstattung und Wertminderung
- Ergänzung zu IFRS 4 – Versicherungsverträge

c) Erlassene, nach dem 1. Januar 2008 wirksame Standards, Interpretationen und Ergänzungen zu den erlassenen Standards, welche die Bank nicht angewendet hat

Keiner/Keine der unten aufgeführten Standards, Interpretationen und Ergänzungen zu den erlassenen Standards wurde bei der Aufstellung des Einzelabschlusses der Bank zum 31. Dezember 2007 freiwillig angewendet:

Ergänzung zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses (anzuwenden ab 1. Januar 2009). Die wesentliche Änderung im IAS 1 ist der Ersatz der Gewinn- und Verlustrechnung durch die Gesamtgewinn- und Verlustrechnung, die ebenfalls alle Änderungen im Eigenkapital enthalten wird, welche die Anteilseigner des Buchführungspflichtigen nicht betreffen, wie z.B. Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte. Alternativ wird es für die Buchführungspflichtigen auch möglich sein, zwei Rechnungen darzustellen – die separate Gewinn- und Verlustrechnung wie bisher und ebenfalls die Gesamtgewinn- und Verlustrechnung. Die Ergänzung zu IAS 1 führt ebenfalls die Pflicht ein, die Eröffnungsbilanz zu Beginn der Vorperiode darzustellen, falls die Angaben für die Vorperiode wegen Änderungen in Bilanzierungsvorschriften, Umgliederungen und Berichtigungen von Fehlern geändert wurden. Die Bank erwartet, dass der ergänzte Standard die Darstellung ihres Einzelabschlusses zwar beeinflussen, aber keine Auswirkung auf die Bewertung und Erfassung von spezifischen Geschäftsvorfällen haben wird. Die Europäische Union hat die Ergänzung zu IAS 1 noch nicht anerkannt.

Ergänzung zu IAS 27 – Konzernabschlüsse und separate Abschlüsse nach IFRS (erlassen im Januar 2008, anzuwenden für Berichtsperioden, die am 1. Juli 2009 oder später beginnen). Der überarbeitete IAS 27 wird von Buchführungspflichtigen fordern, den gesamten ausgewiesenen Gewinn oder Verlust (einschließlich des außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Gewinns oder Verlusts) den Anteilseignern der Muttergesellschaft und Anteilseignern ohne beherrschenden Einfluss (vorher als Minderheitsbeteiligungen bezeichnet) auch dann zuzuordnen, wenn infolgedessen der Saldo der Anteile der Anteilseigner ohne beherrschenden Einfluss negativ sein wird. Der derzeitige Standard fordert, dass die den Anteil am Eigenkapital überschreitenden Verluste den Anteilseignern der Muttergesellschaft zugeordnet werden, jedoch mit der Ausnahme, wenn die Anteilseigner ohne beherrschenden Einfluss eine verbindliche Verpflichtung haben und in der Lage sind, eine weitere Investition zur Deckung des Verlusts zu tätigen. Des Weiteren besagt der überarbeitete Standard, dass Änderungen in den Geschäftsanteilen der Muttergesellschaft an Tochtergesellschaften, die zu keinem Verlust des beherrschenden Einflusses führen, als Transaktionen im Eigenkapital zu erfassen sind. Er spezifiziert ebenfalls die Methode der Ermittlung von Gewinnen und Verlusten bei Verlust des beherrschenden Einflusses in einer Tochtergesellschaft. Zum Zeitpunkt des Verlustes des beherrschenden Einflusses sind Investitionen in der ehemaligen Tochtergesellschaft zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Der derzeitige Standard fordert, dass der Buchführungspflichtige die in der Tochtergesellschaft gehaltenen Anteile als Anschaffungskosten im Einklang mit IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung betrachtet. Die Bank überprüft derzeit, welche Auswirkung dieser überarbeitete Standard auf ihren Einzelabschluss haben wird. Die Europäische Union hat die Ergänzung zu IAS 27 noch nicht anerkannt.

Ergänzung zu IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütungen (erlassen im Januar 2008, anzuwenden für Berichtsperioden, die am 1. Januar 2009 oder später beginnen). Die Ergänzung erläutert, dass die Ausübungsbedingungen lediglich aus Dienstbedingungen und Leistungsbedingungen bestehen. Keine anderen Bedingungen einer anteilsbasierten Vergütung werden als Ausübungsbedingungen betrachtet. Die Ergänzung spezifiziert, dass alle Kündigungen, sowohl vom Buchführungspflichtigen als auch von anderen Parteien, aus buchhalterischer Hinsicht identisch zu behandeln sind. Die Bank überprüft derzeit, welche Auswirkung dieser überarbeitete Standard auf ihren Einzelabschluss haben wird. Die Europäische Union hat die Ergänzung zu IFRS 2 noch nicht anerkannt.

Ergänzung zu IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse (erlassen im Januar 2008, anzuwenden für Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen der Erwerbszeitpunkt zu oder nach Beginn der ersten Berichtsperiode, die am 1. Juli 2009 oder später beginnt, eintritt). Der überarbeitete Standard ermöglicht dem Buchführungspflichtigen, die

Methode der Bewertung von Anteilen der Anteilseigner ohne beherrschenden Einfluss zu wählen – und zwar entweder anhand der derzeitigen Fassung des IFRS 3 (entsprechender Anteil am identifizierten Reinvermögen des erworbenen Unternehmens) oder auf derselben Basis wie die US GAAP (d.h. zum beizulegenden Zeitwert). Außerdem gibt er ausführlichere Anweisungen zur Anwendung der Akquisitionsmethode bei Unternehmenszusammenschlüssen. Die Anforderung, in jedem Schritt einer graduellen Akquisition bei der Ermittlung des entsprechenden Teils des Goodwills jeden Posten der Aktiva und Passiva zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wurde aufgehoben. Stattdessen wird der Goodwill zum Erwerbszeitpunkt in Höhe der Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert der zum Erwerbszeitpunkt gehaltenen Investition, der Anschaffungskosten und des erworbenen Reinvermögens bewertet. Die zusammenhängenden Erwerbskosten werden separat vom Unternehmenszusammenschluss erfasst und werden als Aufwand, und nicht als Bestandteil des Goodwills, ausgewiesen. Der Erwerber ist verpflichtet, zum Erwerbszeitpunkt eine Eventualverbindlichkeit aus der Akquisition eines Unternehmens zu buchen. Die Änderungen der Höhe dieser Verpflichtung nach dem Erwerbszeitpunkt werden in Übereinstimmung mit den entsprechenden IFRS ausgewiesen, und nicht als Anpassung des Goodwill, wie es bisher der Fall ist. Die Anforderungen an Angaben, die im Zusammenhang mit einer eventuellen Vergütung erforderlich sind, werden erweitert. Der überarbeitete Standard wird sich ebenfalls auf Unternehmenszusammenschlüsse, welche die Form von Selbsthilfegenossenschaften haben, sowie auf Unternehmenszusammenschlüsse nur auf Basis einer vertraglichen Beziehung beziehen. Die Bank überprüft derzeit, welche Auswirkung dieser überarbeitete Standard auf ihren Einzelabschluss haben wird. Die Europäische Union hat die Ergänzung zu IFRS 3 noch nicht anerkannt.

Ergänzung zu IAS 23 – Fremdkapitalkosten (erlassen im März 2007, anzuwenden ab 1. Januar 2009). Nach dieser Ergänzung ist es nicht mehr möglich, Zinsaufwendungen und sonstige Darlehenskosten, die mit solchen Vermögenswerten zusammenhängen, deren Vorbereitung zur Verwendung oder zum Verkauf einen wesentlichen Zeitraum dauert, direkt als Aufwand zu buchen. Die Bank wird diese Aufwendungen als Bestandteil der Anschaffungskosten eines solchen Vermögenswertes aktivieren müssen. Der überarbeitete Standard wird nur auf künftige Darlehenskosten angewendet, die mit der Anschaffung von Vermögenswerten zusammenhängen, deren Aktivierungszeitpunkt am 1. Januar 2009 oder später eintritt. Die Bank überprüft derzeit, welche Auswirkung dieser überarbeitete Standard auf ihren Einzelabschluss haben wird. Die Europäische Union hat die Ergänzung zu IAS 23 noch nicht anerkannt.

Ergänzung zu IAS 32 und IAS 1 – Finanzinstrumente mit Recht auf Rückverkauf und bei der Liquidation entstehende Verpflichtungen (anzuwenden ab 1. Januar 2009). Die Ergänzung fordert, dass bestimmte Finanzinstrumente, welche die Definition einer Verpflichtung erfüllen, als Eigenkapital klassifiziert werden. Sie wurde von der EU noch nicht anerkannt und hat keine Auswirkung auf den Einzelabschluss der Bank.

IFRS 8 – Betriebliche Segmente (anzuwenden ab 1. Januar 2009). Der Standard bezieht sich auf Gesellschaften, deren Schuld- bzw. Anteilspapiere auf einem öffentlichen Markt gehandelt werden, oder die ihren Jahresabschluss an das zuständige Organ zwecks Emission jeglicher Klasse von Wertpapieren am öffentlichen Markt vorgelegt haben bzw. sich im Prozess der Vorbereitung zur Vorlage befinden. Der neue Standard fordert von einer solchen Gesellschaft die Veröffentlichung ihrer finanziellen und sonstigen erläuternden Informationen über betriebliche Segmente und spezifiziert, wie diese Informationen zu veröffentlichen sind. Die Geschäftsleitung beurteilt derzeit die Auswirkung dieses Standards auf die Berichterstattung im Einzelabschluss der Bank.

IFRIC 11 – Konzerninterne Geschäfte und Geschäfte mit eigenen Anteilen nach IFRS 2 (anzuwenden für Berichtsperioden, die am 1. März 2007 oder später beginnen). Da die Bank keine Geschäfte mit eigenen Aktien vornimmt, wird diese Interpretation keine Auswirkung auf ihren Einzelabschluss haben.

IFRIC 12 – Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen (anzuwenden für Berichtsperioden, die am 1. Januar 2008 oder später beginnen). Die Bank erbringt keine Dienstleistungen für den öffentlichen Sektor aufgrund einer Konzession. Diese Interpretation wird daher keine Auswirkung auf den Einzelabschluss der Bank haben. Die Europäische Union hat IFRIC 12 noch nicht anerkannt.

IFRIC 13 – Kundenbindungsprogramme (anzuwenden für

Berichtsperioden, die am 1. Juli 2008 oder später beginnen). Die Bank gewährt ihren Kunden keine Treuevergütungen. Diese Interpretation wird daher keine Auswirkung auf den Einzelabschluss der Bank haben. Die Europäische Union hat IFRIC 13 noch nicht anerkannt.

IFRIC 14, IAS 19 – Obergrenze von Vermögenswerten bei leistungsorientierten Plänen, Mindestfinanzierungsanforderungen und ihre Wechselwirkung (anzuwenden ab 1. Januar 2008). Die Pensionspläne der Bank unterliegen keinen gesetzlichen oder anderen Mindestfinanzierungsanforderungen. Diese Interpretation wird daher keine Auswirkung auf den Einzelabschluss der Bank haben. Die Europäische Union hat IFRIC 14 noch nicht anerkannt.

(3) WESENTLICHE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

a) Segmentberichterstattung

Ein Geschäftssegment ist eine unterscheidbare Teilaktivität der Bank, die sich mit dem Absatz von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen beschäftigt, Risiken ausgesetzt ist und potenzielle Gewinne generiert, die sich von Risiken und potenziellen Gewinnen anderer Geschäftssegmente unterscheiden. Ein geographisches Segment beschäftigt sich mit dem Absatz von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen innerhalb eines bestimmten wirtschaftlichen Umfeldes, das Risiken ausgesetzt ist und potenzielle Gewinne generiert, die sich von Risiken und potenziellen Gewinnen anderer wirtschaftlicher Umfeldes unterscheiden. Separat werden jene Segmente ausgewiesen, welche die meisten Erträge von Dritten erzielen und deren Erträge, Gewinn oder Gesamtaktiva mehr als 10% von allen Segmenten überschreiten.

b) Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles

Der Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles ist insbesondere der Tag, an dem Bargeld ausgezahlt oder entgegengenommen wird, Geldmittel in Fremdwährung angekauft oder verkauft werden, die Zahlungsabwicklung vom Konto des Kunden erfolgt, die Zahlung dem Konto des Kunden gutgeschrieben wird, ein Eigentumsrecht erworben wird oder erlischt bzw. eine Forderung oder Verbindlichkeit entsteht, verändert wird oder erlischt.

Die Bank bucht Wertpapiergeschäfte oder Termingeschäfte auf dem Geldmarkt am Erfüllungstag.

c) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente für Zwecke der Aufstellung der Kapitalflussrechnung umfassen:

- den Kassenbestand,
- den Überschuss des Kontos der Mindestpflichtreserven bei der NBS über das gesetzliche Limit hinaus,
- Darlehen an die NBS im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Darlehen von Handels- und Geschäftsbanken im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Salden der Kontokorrentkonten bei anderen Banken,
- Termineinlagen bei anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Termindarlehen von anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- kurzfristige Schuldverschreibungen mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten.

d) Fremdwährungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden in SKK mit dem Devisenkurs der NBS am Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles umgerechnet, mit Ausnahme von Barkauf und -verkauf von Fremdwährungen für SKK; in diesen Fällen wird der Handelsbankwechselkurs verwendet, zu dem diese Werte gekauft oder verkauft wurden. Zum Abschlussstichtag werden sie mit dem an diesem Tag gültigen Wechselkurs bewertet. Die aus der Neubewertung in slowakischen Kronen resultierenden Gewinne und Verluste werden als Kursverluste bzw. -gewinne ergebniswirksam gebucht.

e) Darlehen und andere Forderungen an die NBS

Der Kassenbestand ist zum Nominalwert bewertet. Die Mindestpflichtreserven bei der NBS sind zum Nominalwert einschließlich der erzielten Zinserträge bewertet. Darlehen und sonstige Forderungen an die NBS werden bei Abschluss zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich der mit der Transaktion unmittelbar zusammenhängenden Transaktionskosten bewertet. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Dieser Wert stellt den Betrag dar, mit dem das Finanzinstrument zum Erwerbsstichtag gebucht wurde, abzüglich Rückzahlungen auf den Nominalwert, zuzüglich abgegrenzte Zinsen und abzüglich etwaige Wertberichtigungen für Wertminderungen des finanziellen Vermögenswerts. Zeitlich abgegrenzte Zinsen umfassen die Abgrenzung der Transaktionskosten und der Differenz zwischen dem Anschaffungspreis und dem Nominalwert anhand der Effektivzinsmethode. Der in dieser Art und Weise abgegrenzte Zins wird in die Bewertung der Finanzinstrumente in der Bilanz der Bank mit einbezogen.

f) Gewährte Darlehen und Forderungen sowie Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste

Gewährte Darlehen und Forderungen sind finanzielle Vermögenswerte mit festgelegten oder bestimmaren Zahlungen ohne Charakter eines derivativen Finanzinstruments, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, außer solchen, welche:

- die Bank sofort oder in naher Zukunft zu veräußern beabsichtigt und solchen, welche sie beim erstmaligem Ansatz als Aktiva klassifiziert, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind,
- beim erstmaligen Ansatz als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind, oder
- solche, bei denen möglicherweise nicht das volle ursprüngliche Investment aus anderen als aus Bonitätsgründen zurückfließen wird und die als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind.

Darlehen werden bei ihrer Gewährung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die direkt mit dem Erwerb der finanziellen Vermögenswerte zusammenhängenden Transaktionskosten (Provision für das Darlehen) erhöht wird. Gewährte Darlehen sind nachfolgend zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in der Bilanz in Nettohöhe, d.h. in Höhe der Forderung abzüglich Wertberichtigung, ausgewiesen. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für die Darlehensverarbeitung während der Laufzeit des Darlehens zeitlich abgegrenzt.

Zum Abschlussstichtag beurteilt die Bank, ob ein objektiver Nachweis für die Wertminderung eines Darlehens vorliegt. Zur Wertminderung eines Darlehens und zu dem daraus resultierenden Verlust kommt es, wenn es einen objektiven Nachweis für die Wertminderung infolge eines oder mehrerer Ereignisse gibt, die nach erstmaligem Ansatz des Darlehens eingetreten sind und falls diese verlustbringenden Ereignisse eine Auswirkung auf die geschätzten künftigen Zahlungsmittelflüsse aus Darlehen haben und zuverlässig geschätzt werden können.

Das wesentliche Kriterium, das auf eine Wertminderung dieses finanziellen Vermögenswerts hinweist, ist der Zahlungsverzug, insbesondere wenn der Schuldner mit der Erfüllung seiner Verpflichtung gegenüber der Bank länger als 30 Tage im Verzug ist. Bei der Ermittlung der Höhe der Wertminderung werden neben dem Zahlungsverzug auch folgende Faktoren berücksichtigt:

- erwartete Rentabilität aus der Realisierung der Absicherung,
- Wahrscheinlichkeit, dass es zur Eintreibung kommen wird,
- voraussichtliche Dauer bis zur Beendigung der Eintreibung, sowie
- der ursprüngliche Zinssatz.

Die Wertberichtigung auf Wertminderungsverluste wird gebildet, wenn es einen objektiven Nachweis gibt, dass die Bank nicht in der Lage sein wird, alle geschuldeten Beträge zu den ursprünglich vereinbarten Teilzahlungsterminen zurückzuerhalten. Die Höhe der Wertberichtigung stellt den Unterschied zwischen dem Buch- und dem Realisationswert dar (der Realisationswert entspricht dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsmittelflüsse einschließlich der eingetribenen Beträge aus Garantien und erhaltenen Sicherheiten, abgezinst mit dem ursprünglichen Zinssatz des Darlehens bei seiner Gewährung).

Die Bank bildet Einzelwertberichtigungen sowohl auf individuell bedeutende Darlehen als auch auf individuell unbedeutende Darlehen, die länger als 90 Tage im Tilgungsverzug sind oder die eingetrieben werden. Als individuell bedeutende Darlehen betrachtet die Bank gewährte Darlehen zur Finanzierung von Großbauprojekten sowie aus außerkollektiven Finanzmitteln gewährte Baudarlehen für Bauzwecke. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen resultiert aus der Analyse des Kreditrisikos sowie der finanziellen Situation jedes einzelnen Schuldners.

Auf sonstige Darlehen wird eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung wird auf das gesamte Darlehensportfolio gebildet und spiegelt die im Portfolio zum Abschlussstichtag bestehende Verluste wider, welche bei der Bildung von Einzelwertberichtigungen nicht berücksichtigt werden. Wenn die Forderungseintreibung erfolglos ist bzw. die Eintreibungskosten höher wären als der eingetribene Betrag, ist es das Bestreben der Bank, solche Forderungen abzutreten.

Die Bank bucht eine Forderung aus, wenn sämtliche, mit deren Eintreibung zusammenhängenden Schritte vorgenommen wurden und der Bank es trotzdem nicht gelungen ist, den Schuldbetrag vom Kunden einzutreiben, oder wenn die Eintreibung ökonomisch nicht mehr sinnvoll wäre. Eine Forderung wird ebenfalls aufgrund des Verzichts auf die Forderungseintreibung nach einer rechtsgültigen Gerichtsentscheidung bzw. nach der Erklärung des Vollstreckers über die Uneinbringlichkeit der Forderung sowie aufgrund interner Vorschriften der Bank ausgebucht.

Wenn die Höhe der Wertminderung des Darlehens in den Folgeperioden vermindert wird und diese Verminderung objektiv einem Ereignis zuzuschreiben ist, das nach ursprünglicher Buchung der Wertberichtigung eingetreten ist, oder wenn die Bank eine vorher ausgebuchte Forderung eintreibt, wird die Wertberichtigung aufgelöst. Die Auflösung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Darlehensforderungen“ erfasst.

g) Wertpapiere

Die Bank erfasst Wertpapiere nach ihrer Absicht beim Erwerb und im Sinne ihrer Anlagestrategie für Wertpapiere in folgenden Portfolios:

- bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere,
- zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere,
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Wertpapiere .

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, welche die Bank bis zur Endfälligkeit zu halten beabsichtigt und kann, und welche auf einem aktiven Markt notiert sind. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten erhöht wird. Nachfolgend werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten, abzüglich Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste, bewertet.

Bestandteil der Bewertung der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere ist ebenfalls der zeitlich abgegrenzte proportionale Zinsertrag sowie die zeitlich abgegrenzte Differenz zwischen den niedrigeren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Diskont) bzw. zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Prämie), die anhand der Effektivzinsmethode berechnet wurden.

Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere sind jegliche finanzielle Vermögenswerte, die weder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete noch als bis zur Endfälligkeit zu haltende Aktiva klassifiziert werden. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der auch die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten enthält. Nachfolgend werden sie mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei die Bewertungsdifferenz aus dieser Neubewertung im Eigenkapital ausgewiesen wird. Die anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsen werden jedoch als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Investitionen in nicht notierte Wertpapiere und Geschäftsanteile, die mit dem Marktwert nicht zuverlässig bewertet werden können, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Wertpapiere sind finanzielle Vermögenswerte, welche die Bank hauptsächlich mit der Absicht des Weiterverkaufs erworben hat, um dabei einen Gewinn aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen im kurzfristigen Investitionshorizont von höchstens sechs Monaten zu erzielen. Zum Erwerbsdatum werden sie zum beizulegenden Zeitwert und nachfolgend zum aktuellen beizulegenden Zeitwert zum Bilanzstichtag bewertet. Die Bank hält keine Wertpapiere in diesem Portfolio.

Die Bank erfasst Wertpapiergeschäfte zum Datum des Erfüllungstages. Sämtliche Wertpapiergeschäfte der Bank sind Transaktionen mit geschäftsüblichem Liefertermin.

Die Bank bucht finanzielle Vermögenswerte in folgenden Fällen aus:

a) der Vermögenswert bzw. die Forderung wurden zurückgezahlt oder das Recht auf Einnahmen aus diesem Vermögenswert ist anderweitig abgelaufen, oder
b) die Bank hat die Rechte auf Geldflüsse aus finanziellen Vermögenswerten abgetreten oder hat eine die festgelegten Bestimmungen erfüllende Vereinbarung über die Übertragung von Einnahmen aus diesen Vermögenswerten gleich nach deren Erhalt abgeschlossen, wobei sie:

- (i) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile übertragen hat, oder
- (ii) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile weder übertragen noch behalten, aber die Kontrolle abgegeben hat.

Die Kontrolle verbleibt bei der Bank, wenn die Gegenpartei praktisch nicht in der Lage ist, die gegebenen Vermögenswerte als Ganzes einem fremden Dritten zu verkaufen, ohne dass die Veräußerung weiteren Einschränkungen unterliegen würde.

h) REPO-Geschäfte

Die Bank macht umgekehrte REPO-Geschäfte mit Kassenobligationen der NBS (klassische umgekehrte REPO-Geschäfte, die aus einer Darlehensgewährung mit einer der Sicherung dienenden Übertragung von Wertpapieren bestehen). Bei dieser Art von Geschäften wird das Darlehen erstmalig zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die mit der Anschaffung des Darlehens direkt zusammenhängenden Transaktionskosten erhöht wird. Nachfolgend wird das Darlehen zu fortgeführten Anschaffungskosten einschließlich der erzielten Zinserträge bewertet.

i) Verrechnung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Schulden werden verrechnet und deren Nettowert in der Bilanz dann ausgewiesen, wenn ein rechtlich eintreibbarer Anspruch auf die Verrechnung der ausgewiesenen Werte existiert und zugleich die Absicht besteht, Transaktionen auf Basis der Nettodifferenz zu begleichen, oder wenn die Absicht besteht, die Schuld gleichzeitig mit dem Verkauf der zusammenhängenden Vermögenswerte zu begleichen.

j) Anteile an verbundenen Unternehmen (Tochtergesellschaften)

Anteile an verbundenen Unternehmen sind in diesem Einzelabschluss zu Anschaffungskosten bewertet. Eine etwaige Wertminderung unter die Anschaffungskosten wird durch eine Wertberichtigung berücksichtigt. Wertberichtigungen werden anhand der Barwertmethode der geschätzten künftigen Geldzuflüsse gebildet.

k) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Das Anlagevermögen, das aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten besteht, wird zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen auf etwaige Wertminderung. Der Grad der Abnutzung wird durch kumulierte Abschreibungen dargestellt. Die Anschaffungskosten bestehen aus dem Anschaffungspreis der Vermögenswerte sowie den Anschaffungsnebenkosten (z.B. Transportkosten, Post- und Zollgebühren, Provisionen, Zinsen auf Investitionsdarlehen, die vom Zeitpunkt der Anschaffung bis zum Tag der erstmaligen Nutzung gebucht wurden).

Sachanlagen sowie immaterielle Vermögenswerte werden ratierlich monatlich gemäß dem genehmigten Abschreibungsplan abgeschrieben, und zwar ab dem Monat, in dem der betreffende Vermögensgegenstand erstmalig genutzt wurde. Sie werden anhand der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben, wobei die Höhe der monatlichen Abschreibung als Quotient des abzuschreibenden Wertes und der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Vermögenswerts bestimmt wird. Der abzuschreibende Wert sind die Anschaffungskosten, vermindert um den Wert, für den der Vermögenswert gegenwärtig verkauft werden könnte, wäre er bereits in dem Zustand, der am Ende seiner wirtschaftlichen Nutzungsdauer erwartet wird. Der Verkaufspreis wird nach Berücksichtigung der Aufwendungen für die Verkaufsabwicklung ermittelt.

Der Abschreibungsplan, aus dem handelsrechtliche Abschreibungssätze abgeleitet sind, ist auf Basis der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Anlagevermögens wie folgt festgelegt:

ART DES VERMÖGENS	ABSCHREIBUNGSDAUER IN JAHREN
Sachanlagen:	
Gebäude, Bauten, kleine Bauten	20, 30, 40, 50
Gebäudekomponenten	6, 8, 12
Maschinen und Einrichtungen	4, 5, 6, 8, 12, 20
Hardware	4, 5, 6, 8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4, 5, 8, 20
Möbel	8
Transportmittel	3, 6
Technische Aufwertung des gemieteten Vermögens	nach der Laufzeit des Leasingvertrags
Sonstige Sachanlagen	2
Immaterielle Vermögenswerte:	
Software, bewertbare Rechte	5, 10*

*soweit die Nutzungsdauer gemäß Vertrag nicht kürzer ist

Die Bank überprüft die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer sowie die Methode der Abschreibung des Anlagevermögens zu jedem Bilanzstichtag.

Bei Indikationen einer Wertminderung des Anlagevermögens schätzt die Bank dessen voraussichtlichen Wert entweder als beizulegenden Zeitwert, vermindert um Aufwendungen für den potenziellen Verkauf, oder als den Wert, der durch seine Nutzung erzielt werden kann, je nach dem, welcher höher ist. Die Bank bildet Wertberichtigungen so, dass der Buchwert des Anlagevermögens den in einer solchen Art und Weise ermittelten Wert nicht überschreitet.

Es bestehen keine Einschränkungen der Eigentumsrechte an dem Anlagevermögen der Bank; es wurden keine Vermögenswerte als Haftung für die Verbindlichkeiten der Bank verpfändet.

l) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien (Grundstücke oder Gebäude bzw. wesentliche Teile von Grundstücken oder Gebäuden), die zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und von der Bank nicht genutzt werden.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden zu Anschaffungskosten bewertet, wobei der Grad der Abnutzung indirekt durch kumulierte Abschreibungen berücksichtigt wird. Die Grundsätze für die Ermittlung der Anschaffungskosten der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind mit den Grundsätzen für die Bewertung des Anlagevermögens identisch. Die Anschaffungskosten von Gebäude- und Grundstücksteilen, die unter den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen sind, werden als Produkt der Relation der Fläche des Gebäude-

bzw. Grundstückteils, der zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Marktwertsteigerung gehalten wird, zur gesamten Nutzfläche des Gebäudes bzw. Grundstücks und der gesamten Anschaffungskosten der Gebäudes bzw. Grundstücks berechnet.

Abschreibungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden in derselben Art und Weise berechnet wie Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Marktwert auf Basis eines Sachverständigengutachtens ermittelt, das anhand der Methode der ortsbezogenen Differenzierung erstellt wird. Der unabhängige Sachverständige verfügt über eine anerkannte und entsprechende professionelle Qualifikation und verfügt über aktuelle Erfahrungen bei der Bewertung von Vermögensgegenständen in ähnlicher Lage und Kategorie.

Die Methode der ortsbezogenen Differenzierung besteht in einer Anpassung des Ausgangswerts des Grundstücks mit einem Koeffizienten der ortsbezogenen Differenzierung, der die Lage und sonstige Faktoren berücksichtigt, welche den Marktwert des Grundstücks am gegebenen Ort und zum gegebenen Zeitpunkt beeinflussen. Der Koeffizient der ortsbezogenen Differenzierung eines Grundstücks wird als Produkt von sechs Koeffizienten berechnet, welche die Gesamtlage des Standortes, die Intensität der Nutzung des Grundstücks, die Verkehrsverhältnisse, die Lage der Immobilie, die bautechnische Infrastruktur sowie andere erhöhende bzw. vermindende Einflüsse berücksichtigen.

m) Leasing

Die Bank ist Leasingnehmer im operativen Leasing, bei dem ein bedeutender Teil des Risikos sowie ein bedeutender Teil der aus dem Eigentum resultierenden Vorteile vom

Leasinggeber getragen wird. Die im Rahmen des operativen Leasing getätigten Zahlungen werden erfolgswirksam gleichmäßig über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst.

Die Bank hat kein Vermögen im Rahmen des Finanzierungsleasings gemietet oder vermietet.

Die in anderen Vereinbarungen enthaltene Miete, einschließlich externer Beschaffung, wird separat ausgewiesen, wenn:

- (a) die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines konkreten Vermögensgegenstands oder Vermögensgegenstände abhängig ist, und
- (b) die Vereinbarung grundsätzlich der Bank das Recht gibt, den Vermögensgegenstand zu nutzen.

n) Vorräte

Vorräte am Lager werden zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, so dass der Wert des Vorratsvermögens seinen Nettorealisationswert nicht überschreitet. Die Anschaffungskosten setzen sich aus sämtlichen Aufwendungen für den Kauf bzw. die Herstellung sowie aus sonstigen Anschaffungsnebenkosten (aufgewendete Kosten, um die Vorräte in derzeitigen Stand auf derzeitigen Ort zu bringen) zusammen.

Bei der Bewertung der Entnahme von am Lager befindlichen Vorräten derselben Art verwendet die Bank die FIFO-Methode, bei welcher der Preis des ersten Lagerzugangs für den ersten Lagerabgang unterstellt wird, d.h. die Lagerentnahme wird stets mit dem Preis der ältesten am Lager befindlichen Vorräte bewertet.

o) Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Verbindlichkeiten gegenüber Banken werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

p) Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen

Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

q) Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich Transaktionskosten, die direkt mit dem Erwerb der Verbindlichkeit zusammenhängen (Provision für den Vertragsabschluss). Nachfolgend werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für den Abschluss des Bausparvertrags über die Spardauer zeitlich abgegrenzt.

r) Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen mit unbestimmter Fälligkeit und/oder Höhe und werden mit dem Barwert der erwarteten Geldzuflüsse bewertet. Für die Ermittlung einer Rückstellung sind sämtliche Risiken und Ungewissheiten zu berücksichtigen, die unvermeidlich von vielen zusammenhängenden Ereignissen und Umständen begleitet werden.

Eine Rückstellung wird gemäß folgender Kriterien gebildet:

- es existiert eine gegenwärtige Verpflichtung (rechtlich oder faktisch), die sich aus einem Ereignis in der Vergangenheit ergibt,
- es ist wahrscheinlich, dass zur Erfüllung dieser Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist,
- es ist eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich.

s) Leistungen an Arbeitnehmer

a) Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der von Bankangestellten geleisteten Arbeit entstehen, werden zum Nominalwert gebucht und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen. Zu kurzfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer zählen Löhne und Gehälter, Urlaubsabgeltung, u.ä.

b) Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

ba) Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die Bank klassifiziert die mit der Altersversorgung ihrer Mitarbeiter zusammenhängenden Leistungen in:

- beitragsorientierte Pläne und
- leistungsorientierte Pläne.

Bei beitragsorientierten Plänen entrichtet die Bank festgelegte Beiträge an eine eigenständige Institution, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen werden. Es handelt sich dabei sowohl um verbindliche, aufgrund der entsprechenden Rechtsvorschriften an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die privaten Rentenverwaltungsgesellschaften gezahlte Sozialversicherungsbeiträge als auch um Beiträge an Zusatzrentenversicherungsanstalten zum freiwilligen zusätzlichen Altersrentensparen, die dann die Verantwortung für die Höhe der ausgezahlten Altersrenten übernehmen. Die Bank ist weder rechtlich noch faktisch zur Zahlung darüber hinausgehender Beiträge verpflichtet, falls der Fonds nicht über ausreichende Vermögenswerte verfügen wird, um die Pensionsansprüche aller Mitarbeiter aus den laufenden und vorherigen Geschäftsjahren zu begleichen.

Bei beitragsorientierten Plänen hat die Bank über die Zahlung der Beiträge hinaus keine weiteren Zahlungsverpflichtungen. Die Beiträge werden als mit Leistungen an Arbeitnehmer zusammenhängender Aufwand zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Dienstzeit des Arbeitnehmers erfasst. Vorauszahlungen von Beiträgen werden nur in dem Umfang als Vermögenswerte angesetzt, in dem ein Recht auf eine Minderung künftiger Beiträge besteht.

Leistungsorientierte Pläne (Pläne mit festgelegter Höhe der Altersrente oder einer anderen Leistung) sind sämtliche anderen Pläne, die nicht zu der ersten Kategorie gehören. Bei leistungsorientierten Plänen haftet die Bank für die Rentenleistung, die von einem oder mehreren Faktoren wie Alter, Dienstzeit und Gehalt, abhängig ist.

Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung für leistungsorientierte Pläne entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung, berechnet für die Dienstzeit zum Bilanzstichtag, zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne und abzüglich (a) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens, (b) nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste und (c) des nicht erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands. Die leistungsorientierte Verpflichtung wird jährlich von unabhängigen Versicherungsmathematikern unter Anwendung der Anwartschaftsbarwertmethode („Projected Unit Credit Method“) ermittelt. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird berechnet, indem die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse mit dem Zinssatz von Industrieanleihen höchster Bonität abgezinst werden, die auf die Währung lauten, in der auch die Leistungen bezahlt werden, und der Pensionsverpflichtung entsprechende Laufzeiten aufweisen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die auf erfahrungsbedingten Anpassungen und Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen basieren, werden erfolgswirksam über die gewogene durchschnittliche Restdienstzeit der Arbeitnehmer erfasst, die einen Anspruch auf eine Leistung aus dem entsprechenden Pensionsplan haben. Die anteilig zu erfassenden versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste stellen den Überhang des Saldos der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Ende der vorherigen Berichtsperiode über den höheren der folgenden Beträge dar:

- 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung für die vorigen Dienstjahre, die zu diesem Zeitpunkt anhand der Anwartschaftsbarwertmethode ermittelt wird (und zwar vor Abzug des Planvermögens); und
- 10% des beizulegenden Zeitwerts eines etwaigen Planvermögens zu diesem Zeitpunkt.

Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst, es sei denn, die Änderungen des Pensionsplans hängen vom Verbleib des Mitarbeiters in der Bank für einen festgelegten Zeitraum ab (Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs). In diesem Fall wird der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand linear über den Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgswirksam erfasst.

Neben Altersrenten wird auch die einmalige Vergütung bei erster Pensionierung als Leistung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses betrachtet.

bb) Sonstige langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Zu sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten der Bank gegenüber ihren Angestellten zählen vor allem:

- Vergütungen aus Anlass eines Lebensjubiläums (bei Erreichung des 50. Lebensjahres),
- Vergütungen aus Anlass eines Dienstjubiläums (bei 10- und 20-jährigem Dienstjubiläum),
- Abfindungen an die Vorstandsmitglieder.

Diese und weitere langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten werden ebenfalls als Rückstellungen gebucht, wobei deren Bewertung ähnlich wie bei Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses festgelegt wird, mit Ausnahme von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten sowie Aufwendungen aus der Erhöhung des Anspruchs auf Vergütungen infolge von Änderungen im Sozialplan der Bank, die sofort bei deren Entstehung als Aufwand erfasst werden. Die Aufwendungen für die Bildung dieser Rückstellungen sind unter dem Posten „Personalkosten“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

t) Eigenkapital

Direkte Kosten für die Emission neuer Aktien sind im Eigenkapital als Herabsetzung seines Zugangs (nach Berücksichtigung des Besteuerungseffekts) ausgewiesen. Dividenden werden als Verminderung des Eigenkapitals erst in dem Bilanzierungszeitraum ausgewiesen, in dem die Hauptversammlung ihre Ausschüttung beschließt. Die von der Hauptversammlung nach dem Bilanzstichtag beschlossene Dividendenausschüttung wird im Anhang zum Einzelabschluss als ein nach dem Bilanzstichtag eingetretenes Ereignis angeführt. Bis zum Tag der Veröffentlichung des Einzelabschlusses wurde noch kein Beschluss über die Dividendenausschüttung für das Jahr 2007 gefasst.

Gesetzliche Rücklage. Nach dem slowakischen Handelsgesetzbuch (Gesetz Nr. 513/1991 GBL in der geltenden Fassung, im Folgenden „HGB“) hat die Bank mindestens 5% ihres Jahresüberschusses zur gesetzlichen Rücklage zuzuführen, bis deren Höhe mindestens 20% des Grundkapitals beträgt. Die gesetzliche Rücklage darf nicht für Dividendenausschüttungen, sondern nur zur Verlustdeckung verwendet werden.

Sonstige Rücklagen. Zu den sonstigen Rücklagen der Bank zählen der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos, der Fonds für karitative Zwecke und der Fonds zur Förderung des Wohnungswesens. Diese Fonds sind nicht für Dividendenausschüttungen bestimmt. Der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos dient zur Deckung unerwarteter Verluste aus dem Kreditrisiko, die bei der Ausbuchung bzw. Abtretung von Forderungen aus Darlehen entstehen können. Der Fonds für karitative Zwecke wurde aufgrund des Beschlusses der Aktionäre gebildet, um Spenden für gemeinnützige Zwecke zu gewähren. Der Fonds zur Förderung des Wohnungswesens wurde zwecks mit dem Wohnungsbau zusammenhängender Spendentätigkeit gebildet.

u) Verfahren zur Bilanzierung von Zinserträgen und Zinsaufwendungen, Methoden für den Ausweis von Einnahmen aus wertgeminderten Aktiva einschließlich der Zinsen

Die Bank erfasst die mit den Aktiva und Passiva zusammenhängenden Zinserträge und Zinsaufwendungen zusammen mit diesen Aktiva und Passiva.

Zinserträge aus Darlehen, auf die eine Wertberichtigung gebildet wurde (im Folgenden „wertgeminderte Darlehen“), werden anhand des Zinssatzes berechnet, der zur Abzinsung künftiger Zahlungsmittelflüsse für die Ermittlung der Höhe der Wertberichtigung verwendet wurde.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Staatsanleihen werden anhand der Effektivzinismethode gebucht. Als Zinserträge bzw. als Minderung der Zinserträge werden der Diskont oder die Prämie, d.h. die aufgelaufene Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Nominalwert der Staatsanleihe, sowie der aufgelaufene Zins aus dem Coupon gebucht. Für die Dauer des Haltens von Staatsanleihen werden Zinserträge aus dem Coupon mit ihrer Bruttohöhe erfasst.

Die von der Bank gebuchten Zinserträge aus Kassenobligationen der NBS werden anhand der Effektivzinismethode berechnet.

v) Bilanzierung von Gebühren und Provisionen

Erhaltene Gebühren für die Darlehensverarbeitung und die an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen für Bauspardarlehen werden sowohl in die Darlehensbewertung als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen. Erhaltene Gebühren für den Abschluss von Darlehensverträgen bzw. für die Erhöhung der Bausparsumme sowie die damit zusammenhängenden, an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen werden sowohl in die Bewertung der Kundeneinlagen als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen.

Sämtliche anderen Gebühren, die mit Bausparen oder mit Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehen zusammenhängen (z.B. die Gebühr für die Kündigung des Bausparvertrags, die Gebühr für die Änderung des Tarifs, die Gebühr für einen Wechsel bzw. die Gebühr für die Übertragung des Bauspardarlehens auf einen Dritten) stellen einen Ertrag zum Zeitpunkt der Dienstleistungserbringung dar und werden nicht in die Bewertung des Bausparens bzw. des Bauspar- und Zwischendarlehens mit einbezogen.

x) Besteuerung

Fällige und latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten werden separat von sonstigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode ausgewiesene Steuer besteht aus der fälligen Steuerschuld für den Bilanzierungszeitraum und aus der latenten Steuer. Die Steuerbemessungsgrundlage für die fällige Körperschaftsteuer wird in zwei Schritten aus dem in diesem Einzelabschluss nach IFRS ausgewiesenen Jahresergebnis der laufenden Periode berechnet, das zuerst anhand der in einer vom slowakischen Finanzministerium erlassenen allgemein verbindlichen Rechtsvorschrift festgelegten Methode, und nachfolgend durch Hinzurechnung der das Jahresergebnis erhöhenden und unter Abzug der das Jahresergebnis vermindernenden Posten angepasst wird.

Latente Steuern (latente Steuerforderung bzw. latente Steuerverbindlichkeit) resultieren aus temporären Differenzen zwischen dem in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren Steuerwert. Eine latente Steuerforderung wird lediglich in der Höhe angesetzt, in der es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar sein wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Latente Steuern werden anhand der Steuersätze berechnet, die zum Zeitpunkt der Begleichung der latenten Steuer (d.h. der Realisierung einer Steuerforderung oder Erfüllung einer Steuerverbindlichkeit) erwartet werden.

y) Tätigkeiten, zu welchen die Bank von anderen juristischen Personen bevollmächtigt ist

Die Bank verwaltet die Auszahlung von Provisionen an Vermittler für den Abschluss von Verträgen über das Altersrentensparen für die Gesellschaft Allianz – Slovenská dôchodková správcovská spoločnosť, a.s. Die Bank bucht einen Ertrag in Höhe der Provision, die ihr für die erbrachte Dienstleistung zusteht, und zwar in der Periode, in der sie diese Dienstleistung erbracht hat.

Die Bank übt keine weiteren Tätigkeiten aus, für welche sie von fremden Dritten bevollmächtigt wäre.

z) Vorjahresangaben

Wenn erforderlich, wurden Vorjahresangaben so angepasst, um sie mit den Angaben der laufenden Berichtsperiode vergleichbar zu machen.

Im Vergleich zum Vorjahresabschluss der Bank kam es daher zu einem Unterschied in folgenden Posten der Bilanz: „Forderungen an Banken“, „Sonstige finanzielle Vermögenswerte“, „Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte“, „Spareinlagen der Kunden“, „Rückstellungen“, „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ und „Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen“, sowie in folgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung: „Gebühren- und Provisionserträge“, „Aufwendungen für Gebühren und Provisionen“ und „Sonstige betriebliche Aufwendungen“.

Die Unterschiede in den Bilanzposten sind im Wesentlichen der Anwendung des IFRS 7 – Finanzinstrumente: Anhangsangaben zuzuschreiben. Die Bank hat nämlich die Bilanzposten nach einzelnen Klassen für Finanzinstrumente gegliedert, wodurch die Posten „Sonstige Vermögenswerte“ und „Sonstige Verpflichtungen“ auf „Sonstige finanzielle Vermögenswerte“ und „Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte“ bzw. „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ und „Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen“ aufgespalten wurden. Als nicht finanziell werden solche Posten betrachtet, auf die sich die Angabepflichten nach IFRS 7 – Finanzinstrumente: Anhangsangaben nicht beziehen.

Ein weiterer Unterschied wird durch die Umgliederung der Forderungen aus dem Bausparen verursacht – und zwar der von Kunden in den letzten Tagen des Kalenderjahres realisierten Spareinlagen, die jedoch dem Konto der Bank erst in den ersten Tagen des nächsten Jahres gutgeschrieben werden. Im Vorjahresabschluss wurden diese Forderungen unter dem Posten „Sonstige Vermögenswerte“ in Höhe von SKK 291.322 Tsd. erfasst; in diesem Einzelabschluss sind sie jedoch unter dem Posten „Forderungen an Banken“ gebucht. Einen weiteren Unterschied gibt es im Posten „Rückstellungen“, der um abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen in Höhe von SKK 27.155 Tsd. herabgesetzt wurde; um denselben Betrag wurde gleichzeitig auch der Bilanzposten „Sonstige finanzielle Vermögenswerte“ gemindert, so wie es im Abschnitt (41) dieses Anhangs dargestellt ist. Der Bilanzposten „Rückstellungen“ wurde auch um die Rückstellung für Zinsbonus in Höhe von SKK 121.317 Tsd. gemindert, die in den Posten „Spareinlagen der Kunden“ umbucht wurde.

Der Unterschied in den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich aus Umgliederungen der Erträge aus Gebühren für den Abschluss des Bausparvertrags und für die Erhöhung der Bausparsumme in Höhe von SKK 334.712 Tsd. aus dem Posten „Erträge aus Gebühren und Provisionen“ sowie den damit zusammenhängenden Aufwendungen für Provisionen an Bausparvermittler aus dem Posten „Aufwendungen für Gebühren und Provisionen“ in den Posten „Zinsaufwendungen“ und ebenfalls aus Umgliederungen der stornierten Gebühren in Höhe von SKK 31.588 Tsd. aus dem Posten „Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva“ in den Posten „Aufwendungen für Gebühren und Provisionen“. Der Posten „Aufwendungen für Gebühren und Provisionen“ wurde weiter um Leistungen der Bank aus Einlagen auf das Produkt Extra-Sicherheit in Höhe von SKK 2.398 Tsd.; um diesen Betrag wurde ebenfalls der Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erhöht.

aa) Wertminderungen bei sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten

Die Bank ermittelt zu jedem Stichtag, ob irgendwelche Indikatoren der Wertminderung von sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten existieren. Wenn solche Anzeichen bestehen, schätzt die Bank den erzielbaren Betrag dieser Vermögenswerte. Der erzielbare Betrag stellt den höheren Betrag aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswertes abzüglich Veräußerungskosten und seinem Nutzungswert dar. Ist der Buchwert des Vermögenswertes höher als der erzielbare Betrag, wird eine Wertberichtigung gebucht.

ab) Eingebettete derivative Finanzinstrumente

Der Zinsbonus und die Gebühr für die vorzeitige Kündigung des Bausparvertrags haben den Charakter von eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten. Ihre wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken sind jedoch ihnen nur sehr ähnlich, daher ist es nicht möglich, sie vom Basisvertrag abzutrennen.

(4) KRITISCHE SCHÄTZUNGEN UND BEURTEILUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bank trifft Einschätzungen und Annahmen, welche die Höhe der Aktiva und Passiva beeinflussen. Diese Einschätzungen und Annahmen, die stets neu beurteilt werden, basieren auf Erfahrungen und sonstigen Faktoren einschließlich der Einschätzung künftiger Ereignisse, welche die Bank unter gegebenen Umständen für angemessen hält.

a) Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsausbuchungen

Die Bank überprüft mindestens einmal monatlich ihr Darlehensportfolio auf eventuelle Wertminderungen. Bei der Entscheidung, ob im Jahresergebnis Wertminderungsverluste berücksichtigt werden sollen, beurteilt die Bank, ob Informationen zur Verfügung stehen, die eine quantifizierbare Wertminderung der erwarteten Geldzuflüsse aus dem Darlehensportfolio indizieren, noch bevor diese Wertminderung auf individueller Basis beurteilt werden kann.

Eine Indikation für eine Wertminderung ist z.B. eine Verschlechterung der Zahlungsdisziplin der Schuldner innerhalb einer Darlehensgruppe oder veränderte nationale Wirtschaftsbedingungen, die direkt Einfluss auf die Zahlungsdisziplin der Schuldner in der Darlehensgruppe haben.

Bei der Ermittlung der künftigen geschätzten Geldzuflüsse nimmt die Geschäftsleitung Einschätzungen vor, die auf historischen Erfahrungen über Verluste vergleichbarer Gruppen von Aktiva der Bank mit demselben Kreditrisiko basieren. Die für die Einschätzung der Höhe und der zeitlichen Planung der künftigen Geldzuflüsse verwendeten Methoden und Annahmen werden regelmäßig überprüft, um die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Verlusten zu minimieren.

Eine Änderung der Einschätzung der erwarteten Rentabilität bei der Forderungseintreibung, die einen Hauptparameter für die Berechnung von Pauschalwertberichtigungen darstellt, um 5% nach unten würde zur Erhöhung von Wertberichtigungen um SKK 18.952,5 Tsd. (+ 1,8%) führen (2006: um SKK 14.464,6 Tsd. oder +1,6%).

b) Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere

Die Bank klassifiziert notierte Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit als bis zur Fälligkeit zu haltende Wertpapiere gemäß IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung. Diese Klassifizierung bedingt eine Einschätzung der Bank, wobei sie ihre Absicht und Möglichkeit beurteilt, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Falls die Bank diese Wertpapiere aus anderen als spezifischen Gründen (z.B. Verkauf eines unwesentlichen Teils des Portfolios kurz vor dem Fälligkeitstermin) nicht bis zur Endfälligkeit halten wird, hat sie diese gesamte Kategorie von Wertpapieren zu den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren umzuklassifizieren. In diesem Fall würde die Bank diese Wertpapiere zum beizulegenden Zeitwert bewerten, was zur Erhöhung des Buchwertes dieser Wertpapiere um SKK 87.082 Tsd. (2006: SKK 156.801 Tsd.) führen würde.

c) Zinsbonus

Der Konzern ermittelt eine Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus gemäß Artikel IXa. der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Bausparverträge in der Fassung vom Februar 2005. Der Zinsbonus wird aus gutgeschriebenen Zinsen an jene Bausparer ausgezahlt, die auf den Anspruch auf das Bauspardarlehen verzichten und den Bausparvertrag nach 6-jähriger Sparperiode im Rahmen der neuen Tarife mit 2%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. Januar 2005 und der klassischen Tarife mit 3%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. März 2000, bzw. Juniortarif Extra bis zum 31. März 2001 kündigen. Der Zinsbonus bezieht sich ebenfalls auf Verträge mit bestimmten Tarifen, die nach Februar 2007 abgeschlossen wurden.

Die Basis für die Berechnung der Verbindlichkeit sind die dem Bausparkonto des Kunden (einer natürlichen Person) tatsächlich gutgeschriebenen Zinsen auf nicht gekündigte Bausparverträge, die in den obigen Zeiträumen abgeschlossen wurden, falls der Bausparer kein Zwischendarlehen in Anspruch genommen hat. Die vertragliche Höhe des Zinsbonus beträgt 30%, 40% oder 50% aus gutgeschriebenen Zinsen je nach Sparperiode und bezieht sich auf Verträge, die vor dem Jahr 2007 abgeschlossen wurden. Für die im Jahr 2007 abgeschlossenen Verträge beträgt der Zinsbonus höchstens 12% aus der eingesparten Summe, wobei dieser erst nach Ablauf der festgelegten Mindestsparperiode gutgeschrieben wird, wenn der Bausparer direkt beim Vertragsabschluss auf die Zuteilung des Bauspardarlehens verzichtet.

Grundlegend für die Schätzung der Höhe der Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus ist der Anteil der Verträge jener Bausparer, die auf die Darlehenszuteilung verzichten werden. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ähnlicher Verträge und unter Berücksichtigung des Alters des Bausparvertrags wurde dieser Anteil zwischen 48% und 90% festgelegt. Wäre der Anteil solcher Verträge um 10% höher/niedriger als die Schätzung des Bankmanagements, wäre der Gewinn für 2007 um SKK 31.036 Tsd. (2006: SKK 24.263 Tsd.) niedriger/höher.

Der Zinsbonus wird in die Bewertung der Bauspareinlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten mit einbezogen, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

d) Rückstellungen

Auch mit Hilfe von Anwälten sowie eines unabhängigen Versicherungsmathematikers nimmt die Bank regelmäßige Analysen und Einschätzungen vor, um so genau wie möglich die Wahrscheinlichkeit, die zeitliche Planung sowie die Beträge bezüglich des voraussichtlichen Abflusses von Ressourcen in einzelnen Fällen zu bestimmen, so wie sie im Abschnitt (23) – Rückstellungen des Anhangs beschrieben sind. Unterscheidet sich die Höhe des tatsächlichen Ressourcenabflusses von der Höhe der betreffenden Rückstellung, wird die Differenz im Jahresergebnis des Bilanzierungszeitraums berücksichtigt, in dem die Schätzung präzisiert wird.

Die vom unabhängigen Versicherungsmathematiker angewandten Annahmen zur Ermittlung der Höhe der Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements sind im Abschnitt (41) – Leistungen an Arbeitnehmer aufgeführt. Der Versicherungsmathematiker erstellt die Bewertung, und die Auswirkung der Änderungen in der Bewertung wird stets zum 1. Januar der laufenden Berichtsperiode gebucht. Bei einer Berechnung unter Anwendung der aktuelleren Annahmen – des Abzinsungssatzes von 5,3%, der erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung für das Folgejahr von 3,0% und der voraussichtlichen Rentenerhöhung für die Folgeperiode von ebenfalls 3,0% – würde sich die Höhe der Rückstellung zwar nicht ändern, jedoch würde dies zur Erhöhung der nicht erfassten kumulativen versicherungsmathematischen Verluste um SKK 3.154 Tsd. führen (2006: bei Anwendung der Annahmen vom 1. Januar 2007 zur Berechnung der Rückstellung zum 31. Dezember 2006 würde sich deren Höhe nicht ändern, jedoch käme es zur Herabsetzung der nicht erfassten kumulativen versicherungsmathematischen Verluste um SKK 17.935 Tsd.).

e) Latente Steuerverbindlichkeit aus Wertberichtigungen auf Forderungen

Bis zum 31. Dezember 2007 waren die in Übereinstimmung mit IAS 39 - Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung erfassten Wertberichtigungen auf Darlehen in voller Höhe steuerlich abzugsfähig. Nach der vor 31. Dezember 2007 verabschiedeten Novelle zum slowakischen Ertragsteuergesetz (Gesetz Nr. 595/2003 GBl. in der geltenden Fassung, im Folgenden „EStG“) werden Wertberichtigungen und die Ausbuchung bzw. Veräußerung von Forderungen nur dann in voller Höhe steuerlich abzugsfähig, wenn sie mehr als 3 Jahre überfällig sind. Nach den Übergangsbestimmungen wird die Bank in den Jahren 2008 und 2009 einen wesentlichen Teil der zum 31. Dezember 2007 gebildeten Wertberichtigungen besteuern und nachfolgend neue Regeln für die Bildung von steuerlich abzugsfähigen Wertberichtigungen anwenden müssen. Die Bank erwartet, dass die Gesetzesnovelle insgesamt steuerlich neutral sein wird, da die künftigen steuerpflichtigen Einkünfte durch den künftigen Steueraufwand zum Zeitpunkt der Ausbuchung oder Veräußerung der Forderungen der Bank, auch wenn wahrscheinlich in anderen Bilanzierungszeiträumen, ausgeglichen werden. Die Bank nimmt an, dass sie in den Folgejahren nur solche Forderungen aus Darlehen ausbuchen bzw. abtreten wird, die älter als 3 Jahre sein werden. Aufgrund dieser Annahme hat die Bank in diesem Einzelabschluss keine latente Steuerverbindlichkeit auf Wertberichtigungen erfasst.

f) Volatilität auf internationalen Finanzmärkten

Im Jahr 2007 kam es in den Vereinigten Staaten zu einem wesentlichen Anstieg der eingetriebenen Hypothekendarlehen, die an Schuldner mit nicht überprüfter Kreditwürdigkeit gewährt wurden. Die negativen Auswirkungen haben sich auch außerhalb des Hypothekenkreditmarktes ausgewirkt und internationale Investoren beeinflusst, die gezwungen wurden, die Risiken, denen sie ausgesetzt wurden, neu zu beurteilen. Dies führte zur Erhöhung der Volatilität und Verminderung der Liquidität auf Finanzmärkten mit Schuldverschreibungen, Aktien und derivativen Finanzinstrumenten. Da Bausparen eine ausreichend lange anfängliche Sparperiode zur Finanzierung der Bauspardarlehen erfordert, kann die angespannte Situation auf den Finanzmärkten mit Darlehensprodukten sowohl die Möglichkeiten der Bank, andere Produkte zu finanzieren, als auch den Wert ihres Darlehensportfolios negativ beeinflussen. Nach den IFRS ist die Verminderung des beizulegenden Zeitwerts eines finanziellen Vermögenswerts unter seine anhand der Effektivzinsmethode ermittelten fortgeführten Anschaffungskosten infolge des Anstiegs des risikofreien Zinssatzes grundsätzlich kein Grund für die Erfassung einer Wertminderung. Die Geschäftsleitung der Bank ist nicht in der Lage, die Auswirkungen einer möglichen weiteren Verschlechterung der Liquidität und Volatilität auf internationalen Finanzmärkten auf die Finanzlage der Bank einzuschätzen.

g) Aufwendungen für die Anpassung der bestehenden Systeme infolge der Euro-Einführung

Die Bank hat die Aufwendungen für die Anpassung der bestehenden Systeme infolge der Euro-Einführung ergebniswirksam erfasst, da die Kosten, die zur Aufrechterhaltung des Zuflusses wirtschaftlicher Nutzen aus bestehenden immateriellen Vermögenswerten aufgewendet wurden, nach Abs. 20 des IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte direkt in die Gewinn- und Verlustrechnung zu buchen sind. Die Bank erwartet keine messbaren zusätzlichen Einkünfte aus der voraussichtlichen Euro-Einführung in der Slowakei.

(5) SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

a) Geschäftssegmente

Zum 31. Dezember 2007 war die Geschäftstätigkeit der Bank in zwei potenzielle Geschäftssegmente aufgeteilt:

- Entgegennahme von Bauspareinlagen und die Gewährung von Bauspardarlehen, und
- Aufbringen von Mitteln und Gewährung von Bauspardarlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln.

Da die Gewährung von Baudarlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln einen unwesentlichen Teil der gesamten Tätigkeit der Bank darstellt (0,44% der Darlehen an Kunden), hat sich die Bank für das Jahr 2007 entschieden, keine Analyse nach Geschäftssegmenten durchzuführen.

b) Geographische Segmente

Da die Bank ihre Tätigkeit ausschließlich in der Slowakei ausübt, hat sie für das Jahr 2007 keine Analyse nach geographischen Segmenten vorgenommen.

(6) ANALYSE FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE UND FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen werden entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten, anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Anschaffungskosten bewertet. Die Übersicht über wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Abschnitt (3) erläutert die Bewertung einzelner Kategorien der Finanzinstrumente. Die folgende Tabelle analysiert den Buchwert der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen nach ihren Klassen und nach einzelnen Kategorien (Darlehen und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen), die in IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung definiert sind.

ABSTIMMUNG DER BILANZ MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	2.767.435	-	-	2.767.435	2.770.385
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	1.540.788	1.540.788	1.540.788
Forderungen an Banken	574.431	-	-	574.431	574.431
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Staatsanleihen	-	2.320.583	-	2.320.583	2.407.665
Bauspardarlehen	11.765.485	-	-	11.765.485	11.438.598
Aus Finanzmitteln außerkollektiven finanzierte Baudarlehen	205.023	-	-	205.023	204.208
Zwischendarlehen	33.686.340	-	-	33.686.340	33.877.089
Sonstige Darlehen	15.976	-	-	15.976	15.067
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	4.500	4.500	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	23.546	-	-	23.546	23.546
Summe finanzielle Vermögenswerte	49.038.236	2.320.583	1.545.288	52.904.107	52.851.777

ABSTIMMUNG DER BILANZ MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	418.618	-	418.618	418.618
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	1.005.611	-	1.005.611	1.003.000
Spareinlagen der Kunden	-	44.107.721	-	44.107.721	44.614.115
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	317.067	-	317.067	317.067
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	183.406	-	183.406	183.406
Darlehenszusagen	-	-	2.458.959	2.458.959	6.147
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	46.032.423	2.458.959	48.491.382	46.542.353

ABSTIMMUNG DER BILANZ MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfällig- keit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräuße- rung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	2.688.874	-	-	2.688.874	2.688.874
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	1.558.107	1.558.107	1.558.107
Forderungen an Banken	663.520	-	-	663.520	663.520
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Staatsanleihen	-	3.151.605	-	3.151.605	3.308.406
Bauspardarlehen	12.732.487	-	-	12.732.487	12.280.172
Aus Finanzmitteln außerkollektiven finanzierte Baudarlehen	49.892	-	-	49.892	47.605
Zwischendarlehen	27.774.413	-	-	27.774.413	28.026.584
Sonstige Darlehen	19.021	-	-	19.021	18.564
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	4.500	4.500	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	33.985	-	-	33.985	33.985
Summe finanzielle Vermögenswerte	43.962.192	3.151.605	1.562.607	48.676.404	48.625.817

ABSTIMMUNG DER BILANZ MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlich- keiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	321.372	-	321.372	321.372
Spareinlagen der Kunden	-	40.826.124	-	40.826.124	39.657.909
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	272.768	-	272.768	272.768
Sonstige Verbindlichkeiten	-	178.852	-	178.852	178.852
Darlehenszusagen	-	-	2.326.868	2.326.868	5.817
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	41.599.116	2.326.868	43.925.984	40.436.718

Die oben ausgewiesenen Darlehenszusagen stellen vorbehaltlose Darlehenszusagen aus den von der Bank genehmigten Darlehensverträgen dar. Bedingte Darlehenszusagen sind im Abschnitt (43) dieses Anhangs angeführt.

(7) DARLEHEN UND ANDERE FORDERUNGEN AN DIE NATIONALBANK DER SLOWAKEI

DARLEHEN UND ANDERE FORDERUNGEN AN DIE NBS (in Tsd. SKK)	2007	2006
Kassenbestand	520	446
Mindestpflichtreserven bei der NBS	649.591	994.380
An die NBS im Rahmen von REPO-Geschäften gewährte Darlehen	1.738.126	1.694.048
Kassenobligationen der NBS	379.198	-
Summe	2.767.435	2.688.874

Kassenobligationen der NBS sind nicht notierte Wertpapiere.

Die Mindestpflichtreserven bestehen aus Einlagen, welche die Bank bei der NBS verbindlich und mit beschränkten Verfügungsrechten zu halten hat. Deren Höhe wird aufgrund des Beschlusses Nr. 7/2003 der NBS über Mindestpflichtreserven in der Fassung des Beschlusses Nr. 6/2004 der NBS ermittelt. Mindestpflichtreserven sind in Höhe von 2% der ausgewählten Passiva der Bank (Spareinlagen der Kunden, sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, emittierte Schuldverschreibungen) festgelegt und werden mit einem jährlichen Zinssatz von 1,5% verzinst.

Während der Laufzeit eines REPO-Geschäfts kann die Bank die erhaltenen Kassenobligationen weiter veräußern oder als Sicherheit verwenden.

(8) ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE WERTPAPIERE

Unter den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren hält die Bank Staatsanleihen und Aktien in Handelsgesellschaften, in denen ihr Anteil am Stamm- bzw. Grundkapital oder an Stimmrechten nicht höher als 20% ist.

a) Staatsanleihen

Zum 31. Dezember 2007 betrug der beizulegende Zeitwert der Staatsanleihen im Portfolio der Bank insgesamt SKK 1.540.788 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 1.558.107 Tsd.). Der ganze Betrag von SKK 1.540.788 Tsd. (2006: SKK 1.558.107 Tsd.) ist mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

b) Aktien

Im Portfolio der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere hält die Bank Aktien der RVS, a.s. (im Folgenden „RVS“) im Wert von SKK 4.500 Tsd. (2006: SKK 4.500 Tsd.), die an keiner in- oder ausländischen Börse bzw. auf keinem öffentlichen Markt gehandelt werden. Unverändert zum Vorjahr, beträgt der Anteil der Bank am Grundkapital der RVS 2,149%. Die Aktien der RVS sind zu Anschaffungskosten bewertet, da sie nicht börsennotiert sind und keine Angaben zur Verfügung standen, auf deren Grund diese Investition zuverlässig zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden könnte. Die Aktien der RVS können realisiert werden, wenn sie von der RVS selbst als eigene Aktien erworben werden, so wie es im Jahr 2005 geschehen ist. Die Bank rechnet mit keiner Realisierung dieser Aktien innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag.

(9) FORDERUNGEN AN BANKEN

Forderungen an Banken bestehen aus Kontokorrentkonten und Termineinlagen bei anderen Banken in folgender Aufgliederung (in Tsd. SKK):

FORDERUNGEN AN BANKEN	2007	2006
Kontokorrentkonten	47.596	66.982
Termineinlagen	403.637	305.216
Sonstige Forderungen an Banken	123.198	291.322
Summe	574.431	663.520

Sämtliche Termineinlagen der Bank bei anderen Finanzinstituten haben eine vertragliche Laufzeit von bis zu 3 Monaten.

Unter dem Posten „Sonstige Forderungen an Banken“ weist die Bank die von Kunden in den letzten Tagen der laufenden Berichtsperiode realisierten Spareinlagen aus, die jedoch dem Konto der Bank erst in den ersten Tagen des nächsten Bilanzierungszeitraums gutgeschrieben wurden. Nach Artikel V, Punkt 2 der Allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge werden diese Finanzmittel den Konten der Bausparer zum 31. Dezember gutgeschrieben, damit die Kunden den Anspruch auf die Staatsprämie für das entsprechende Jahr nicht verlieren.

(10) BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE WERTPAPIERE

BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE WERTPAPIERE (in Tsd. SKK)	2007	2006
Staatsanleihen	2.320.583	3.151.605
Summe	2.320.583	3.151.605

Staatsanleihen sind an der Wertpapierbörse in Bratislava notiert. Sämtliche Schuldverschreibungen sind festverzinsliche Wertpapiere.

Aus dem obigen Buchwert ist ein Betrag von SKK 2.320.583 Tsd. (2006: SKK 2.335.793 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

(11) DARLEHEN AN KUNDEN

Darlehensstruktur nach Darlehensarten und Subjekten, an die sie gewährt wurden (in Tsd. SKK)

DARLEHEN NACH DARLEHENSARTEN	2007	2006
Bauspardarlehen	11.878.207	12.853.438
Baudarlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	205.023	49.892
Zwischendarlehen	34.618.108	28.542.194
Sonstige Darlehen	15.995	33.387
Summe – brutto	46.717.333	41.478.911
Wertberichtigungen auf Darlehen	-1.044.509	-903.098
Summe – netto	45.672.824	40.575.813

Die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von SKK 38.471.790 Tsd. (2006: SKK 34.430.208 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen (in Tsd. SKK):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AUS DARLEHEN	2007	2006
Wertberichtigungen auf Bauspardarlehen	-112.722	-120.951
Wertberichtigungen auf Zwischendarlehen	-931.768	-767.781
Wertberichtigungen auf sonstige Darlehen	-19	-14.366
Summe	-1.044.509	-903.098

Änderungen von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen (in Tsd. SKK):

	Bauspar- darlehen	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2007	120.951	767.781	14.366	903.098
Bildung von Wertberichtigungen	21.664	340.050	941	362.655
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	-21.526	-40.604	-	-62.130
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. -abtretung	-17.299	-221.958	-15.288	-254.545
Wertberichtigung auf Zinsen aus wertgeminderten Darlehen*	16.539	172.236	-	188.775
Zinsen aus wertgeminderten Darlehen	-7.607	-85.737	-	-93.344
31. Dezember 2007	112.722	931.768	19	1.044.509

	Bauspar- darlehen	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2006	150.034	544.080	14.369	708.483
Bildung von Wertberichtigungen	82.832	454.364	5	537.201
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	-113.592	-209.436	-7	-323.035
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. -abtretung	-7.650	-75.802	-	-83.452
Wertberichtigung auf Zinsen aus wertgeminderten Darlehen*	26.868	133.175	-	160.043
Zinsen aus wertgeminderten Darlehen	-17.541	-78.601	-	-96.142
31. Dezember 2006	120.951	767.780	14.367	903.098

*Im Bruttowert der Darlehen erfasst die Bank den Nominalwert der Zinsen aus wertgeminderten, aber nicht ausgebuchten Darlehen. Diese Zinsen in Höhe von SKK 188.775 Tsd. (2006: SKK 160.043 Tsd.) sind in der Berichtsperiode in der Bilanz mit den entsprechenden Wertberichtigungen verrechnet. Der Posten „Zinsen aus wertgeminderten Darlehen“ in Höhe von SKK 93.344 Tsd. (2006: SKK 96.142 Tsd.) stellt die Auflösung eines Teils der Wertberichtigung anhand der Effektivzinismethode aufgrund der Abzinsung erwarteter Geldflüsse aus wertgeminderten Darlehen dar. Dieser aufgelöste Teil der Wertberichtigung wird nach Abs. AG 93 des IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung als Zinsertrag gebucht.

DARLEHEN NACH SUBJEKTEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Natürliche Personen	44.186.497	39.859.736
Juristische Personen und natürliche Personen – Unternehmer	2.530.836	1.619.175
Summe	46.717.333	41.478.911

Zum 31. Dezember 2007 wurden 94,58% sämtlicher Darlehensmittel natürlichen Personen (zum 31. Dezember 2006: 96,10%) und 5,42% juristischen Personen und natürlichen Personen – Unternehmern (zum 31. Dezember 2006: 3,90%) eingeräumt.

(12) ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN (TOCHTERGESELLSCHAFTEN)

ANTEILE AM EIGENKAPITAL VON TOCHTERGESELLSCHAFTEN

ZU ANSCHAFKUNGSKOSTEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
DomBytGLOBAL, spol. s r. o.	101.310	101.310
DomBytDevelopment, s.r.o.	30	-
Summe	101.340	101.310

a) DomBytGLOBAL, spol. s r.o.

DomBytGLOBAL, spol. s r.o. („DBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 13. November 1997 gegründet und unter dem Datum des 30. Januar 1998 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 16673/B) eingetragen. Die Bank ist der alleinige Gesellschafter der DBG.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBG ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Immobilienverwaltung sowie die Vermittlung des Ankaufs, Verkaufs und der Vermietung von Immobilien.

Struktur des Eigenkapitals der DBG (in Tsd. SKK):

KOMPONENTEN DES EIGENKAPITALS DER DBG	2007	2006
Stammkapital	100.310	100.310
Gesetzliche Rücklage	1.800	1.664
Gewinnvortrag	2.693	103
Jahresüberschuss	11.989	2.726
Summe Eigenkapital	116.792	104.803
Nettobuchwert der Anlage – Anschaffungskosten	101.310	101.310

b) DomBytDevelopment, s.r.o.

DomBytDevelopment, s.r.o. („DBD“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 19. Juli 2007 gegründet und unter dem Datum des 12. September 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 47838/B) eingetragen.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBD ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Bauträgertätigkeit bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten, die Realisierung von Bauten und deren Änderungen, sowie die Beratungstätigkeit im Bauwesen.

Struktur des Eigenkapitals der DBD (in Tsd. SKK):

KOMPONENTEN DES EIGENKAPITALS DER DBD	2007	2006
Stammkapital	600	-
Jahresfehlbetrag	-570	-
Summe Eigenkapital	30	-
Nettobuchwert der Anlage – Anschaffungskosten	30	-

Zum 31. Dezember 2007 hält die Bank einen direkten 5%-igen Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital der DBD. Indirekt, durch die DBG, hält sie auch die restlichen 95% am gezeichneten Kapital dieser Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag verfügt die Bank über 40% der Stimmrechte in der DBD, wobei die übrigen 60% der Stimmrechte von der DBG gehalten werden.

c) EURODomBytGlobal, s.r.o.

EURODomBytGlobal, s.r.o. („EDBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 1. Februar 2007 gegründet und unter dem Datum des 22. März 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 45210/B) eingetragen.

Die Bank hat auf das Stammkapital der EDBG eine Bareinlage in Höhe von SKK 30 Tsd. und eine Sacheinlage (eine Immobilie in Höhe von SKK 85.437 Tsd. sowie eine Studie in Höhe von SKK 7.823 Tsd.) eingelegt.

Am 19. Dezember 2007 hat die Bank ihren 100%-igen Anteil am gezeichneten Kapital der EDBG (70% direkt und 30% indirekt durch die DBG) an die Gesellschaft LOCUS, a.s. mit Sitz Mlynské Nivy 63, 821 09 Bratislava (siehe Abschnitt (34) – Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Tochtergesellschaften) verkauft.

Am 20. Dezember 2007 wurde die EDBG in LOCUS PLUS, s.r.o. (Sitz Dr. VI. Clementisa 10, 821 02 Bratislava) umfirmiert.

(13) SACHANLAGEN

Zugänge und Abgänge von Sachanlagen (in Tsd. SKK):

SACHANLAGEN	Immobilien ¹	Maschinen und Einrichtungen ²	Betriebs- und Geschäftsausstattung ³	Transportmittel	Summe
Anschaffungskosten					
1. Januar 2006	977.981	586.866	184.445	36.438	1.785.730
Zugänge	497	57.323	8.523	900	67.243
Umbuchung zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 72.048	-	-	-	- 72.048
Umbuchung aus den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	102.657	-	-	-	102.657
Abgänge	-7.562	-43.579	-10.566	-10.896	-72.603
31. Dezember 2006	1.001.525	600.610	182.402	26.442	1.810.979
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2006	-169.484	-498.123	-164.459	-16.162	-848.228
Abschreibungen	-22.633	-32.109	-4.044	-4.576	-63.362
Abgänge und Umbuchungen	-8.637	43.380	10.472	7.822	53.037
31. Dezember 2006	-200.754	-486.852	-158.031	-12.916	-858.553
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar 2006	43	21.915	335	-	22.293
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember 2006	8.075	3.782	153	-	12.010
Nettobuchwert					
1. Januar 2006	808.540	110.658	20.321	20.276	959.795
31. Dezember 2006	808.846	117.540	24.524	13.526	964.436
Anschaffungskosten					
1. Januar 2007	1.001.525	600.610	182.402	26.442	1.810.979
Zugänge	2.045	46.432	7.476	4.077	60.030
Umklassifizierungen	332	-	-	-	332
Abgänge	-1.257	-18.003	-15.336	-3.937	-38.533
31. Dezember 2007	1.002.645	629.039	174.542	26.582	1.832.808
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2007	-200.754	-486.852	-158.031	-12.916	-858.553
Abschreibungen	-22.424	-38.216	-4.145	-4.092	-68.877
Abgänge	762	17.868	15.159	3.722	37.511
31. Dezember 2007	-222.416	-507.200	-147.017	-13.286	-889.919
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar 2007	8.075	3.782	153	-	12.010
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember 2007	-	4.187	15	-	4.202
Nettobuchwert					
1. Januar 2007	808.846	117.540	24.524	13.526	964.436
31. Dezember 2007	780.229	126.026	27.540	13.296	947.091

¹ Gebäude, technische Aufwertung von gemieteten Gebäuden und Grundstücke

² Technische Einrichtungen, Bürotechnik, Hardware, Kommunikationsmittel

³ Kunstwerke, Möbel, Inventar

Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von Sachanlagen (in Tsd. SKK):

	2007	2006
1. Januar	12.010	22.293
Anschaffung	65.217	56.960
Umbuchung zu Sachanlagen	-60.030	-67.243
Einlage in die EDBG	-7.823	-
Umbuchung zu immateriellen Vermögenswerten	-5.172	-
31. Dezember	4.202	12.010

Die Versicherung von Anlagevermögen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfasst die Versicherung gegen Feuergefahr, Naturkatastrophen, Wasser aus Wasseranlagen, Diebstahl und Raub, die allgemeine Haftpflichtversicherung sowie die Versicherung elektronischer Geräte.

Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind bis zu SKK 2.454.368 Tsd. versichert. Im Berichtsjahr hat die Bank Versicherungsprämien in Höhe von SKK 2.629 Tsd. (2006: SKK 2.553 Tsd.) bezahlt.

Zum 31. Dezember 2007 hat die Bank eine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von Sachanlagen in Höhe von SKK 7.178 Tsd. (2006: SKK 850 Tsd.) und zur Reparatur und Instandhaltung von Sachanlagen in Höhe von SKK 262 Tsd. (2006: SKK 0 Tsd.).

(14) ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Zugänge und Abgänge von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (in Tsd. SKK):

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN	Gebäude	Grundstücke	Summe
Anschaffungskosten			
1. Januar 2007	130.181	18.462	148.643
Zugänge wegen geänderter Vermietungsfläche	-	72.048	72.048
Abgänge wegen geänderter Vermietungsfläche	-102.657	-	-102.657
31. Dezember 2006	27.524	90.510	118.034
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2007	-22.046	-	-22.046
Abschreibungen	-428	-	-428
Abgänge wegen geänderter Vermietungsfläche	16.200	-	16.200
31. Dezember 2006	-6.274	-	-6.274
Nettobuchwert			
1. Januar 2006	108.135	18.462	126.597
31. Dezember 2006	21.250	90.510	111.760
Anschaffungskosten			
1. Januar 2007	27.524	90.510	118.034
Abgänge wegen Einlage auf das Stammkapital der Tochtergesellschaft EDBG und deren nachfolgender Verkauf	-	-85.437	-85.437
Abgänge wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-332	-332
31. Dezember 2007	27.524	4.741	32.265
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2007	-6.274	-	-6.274
Abschreibungen	-440	-	-440
31. Dezember 2007	-6.714	-	-6.714
Nettobuchwert			
1. Januar 2007	21.250	90.510	111.760
31. Dezember 2007	20.810	4.741	25.551

Im Jahr 2006 hat die Bank die Ausnutzung der zur Vermietung verfügbaren Fläche neu beurteilt. Infolgedessen wurde der Gesamtbuchwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien herabgesetzt.

Zum 31. Dezember 2007 belief sich der Marktwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf SKK 23.997 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 107.094 Tsd.).

Zum 31. Dezember 2007 hat die Bank eine vertragliche Verpflichtung zur Reparatur und Instandhaltung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Höhe von SKK 108 Tsd. (2006: SKK 303 Tsd.).

Im Jahr 2007 beliefen sich die betrieblichen Aufwendungen auf SKK 632 Tsd. (2006: SKK 376 Tsd.); Mieterträge betrugen SKK 1.215 Tsd. (2006: SKK 1.306 Tsd.). Einnahmen aus nicht kündbaren Mietverträgen sind in folgenden Perioden fällig (in Tsd. SKK):

EINNAHMEN AUS NICHT KÜNDBAREN MIETVERTRÄGEN	Fällig bis zu 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach mehr als 5 Jahren
Zum 31. Dezember 2007 beendetes Geschäftsjahr	283	1.416	-
Zum 31. Dezember 2006 beendetes Geschäftsjahr	283	1.416	283

(15) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Zugänge und Abgänge von immateriellen Vermögenswerten (in Tsd. SKK):

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	Erworbene Software	Sonstige immaterielle Aktiva	Summe
Anschaffungskosten			
1. Januar 2006	467.451	12.092	479.543
Zugänge	84.802	498	85.300
Abgänge	1.307	-668	639
31. Dezember 2006	553.560	11.922	565.482
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2006	-340.517	-9.374	-349.891
Abschreibungen	-34.308	-1.065	-35.373
Abgänge	-	681	681
31. Dezember 2006	-374.825	-9.758	-384.583
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar 2006	42.058	12	42.070
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember 2006	43.709	1.331	45.040
Nettobuchwert			
1. Januar 2006	168.992	2.730	171.722
31. Dezember 2006	222.444	3.495	225.939
Anschaffungskosten			
1. Januar 2007	553.560	11.922	565.482
Zugänge	67.052	2.099	69.151
Abgänge	-1.074	-590	-1.664
31. Dezember 2007	619.538	13.431	632.969
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2007	-374.825	-9.758	-384.583
Abschreibungen	-39.145	-1.124	-40.269
Abgänge	875	590	1.465
31. Dezember 2007	-413.095	-10.292	-423.387
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar 2007	43.709	1.331	45.040
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember 2007	50.618	-	50.618
Nettobuchwert			
1. Januar 2007	222.444	3.495	225.939
31. Dezember 2007	257.061	3.139	260.200

Zum 31. Dezember 2007 hat die Bank eine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von SKK 16.590 Tsd. (2006: SKK 10.040 Tsd.) und zur Reparatur und Instandhaltung von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von SKK 30.094 Tsd. (2006: SKK 839 Tsd.).

Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von immateriellen Vermögenswerten (in Tsd. SKK):

	2007	2006
1. Januar	45.040	42.070
Anschaffung	70.254	88.270
Umbuchung zu Sachanlagen	-69.151	-85.300
Umbuchung von Sachanlagen zu immateriellen Vermögenswerten	4.475	-
31. Dezember	50.618	45.040

(16) STEUERFORDERUNGEN

STEUERFORDERUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Geleistete Anzahlungen auf die Körperschaftsteuer	13.662	-
Summe	13.662	-

(17) SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. SKK)	2007	2006
Forderungen aus ausstehenden Gebühren für den Abschluss von Bausparverträgen sowie aus ausstehenden Kontoführungsgebühren	42.794	44.407
Verschiedene Schuldner	7.223	18.357
Summe	50.017	62.764
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren	-23.715	-26.521
Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner	-2.756	-2.258
Summe netto	23.546	33.985

Die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von SKK 2.843 Tsd. (2006: SKK 5.064 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner (in Tsd. SKK):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF VERSCHIEDENE SCHULDNER	2007	2006
1. Januar	-2.258	-2.141
Bildung von Wertberichtigungen	-859	-333
Verbrauch von Wertberichtigungen	361	216
31. Dezember	-2.756	-2.258

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren (in Tsd. SKK):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AUS GEBÜHREN	2007	2006
1. Januar	-26.521	-31.327
Bildung von Wertberichtigungen	-18.520	-
Verbrauch von Wertberichtigungen	21.326	4.806
31. Dezember	-23.715	-26.521

(18) SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. SKK)	2007	2006
Vorräte	17.653	19.497
Geleistete betriebliche Anzahlungen	19.490	19.583
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	284	1.116
Rückkaufwert der Altersversorgungsverträge für die Mitglieder des Bankmanagements	181.027	116.018
Transitorische und antizipative Aktiva (Aufwendungen und Einnahmen künftiger Perioden)	10.915	9.779
Summe – netto	229.369	165.993

Der bedeutendste Posten, den die Bank unter Aufwendungen künftiger Perioden abgrenzt, ist die im Voraus für künftige Bilanzierungszeiträume bezahlte Miete, die sich zum 31. Dezember 2007 auf SKK 3.452 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 3.321 Tsd.) belief.

(19) VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN

Verbindlichkeiten gegenüber Banken bestehen aus Termineinlagen anderer Geldinstitute einschließlich der anteiligen abgrenzten Zinsen in folgender Struktur nach der vertraglichen Laufzeit:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Bis zu 3 Monaten	122.790	321.372
Über 3 Monate bis zu 1 Jahr	295.828	-
Summe	418.618	321.372

(20) VERBINDLICHKEITEN AUS EMITTIERTEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

VERBINDLICHKEITEN AUS EMITTIERTEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN (IN TSD. SKK)	2007	2006
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen – Nominalwert	1.000.000	-
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen – Coupon	9.119	-
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen – Diskont	-3.508	-
Summe	1.005.611	-

Am 24. Oktober 2007 hat die Bank an der Wertpapierbörse in Bratislava 500 Stück von festverzinslichen Schuldverschreibungen zum Nominalwert von SKK 2 Mio. pro Schuldverschreibung emittiert, die im Jahr 2012 fällig sein werden. Der Coupon beträgt 4,90% p.a.

(21) SPAREINLAGEN DER KUNDEN

Die Spareinlagen der Kunden setzen sich aus folgenden Posten zusammen (in Tsd. SKK):

SPAREINLAGEN DER KUNDEN	2007	2006
Spareinlagen natürlicher Personen	42.985.808	40.052.663
Spareinlagen juristischer Personen, davon:	868.286	652.144
- Spareinlagen von Wohnungsgenossenschaften	497.898	399.466
Zinsbonus	253.627	121.317
Summe	44.107.721	40.826.124

Die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von SKK 32.813.977 Tsd. (2006: SKK 30.517.763 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

(22) SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus gekündigten Bausparverträgen	111.793	78.703
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus zugeteilten Bausparverträgen	79.835	65.739
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125.439	128.326
Summe	317.067	272.768

Die zugeteilten Bausparverträge sind Verträge, bei denen die Bausparer im Sinne der Allgemeinen Bausparbedingungen die Zuteilung der Bausparsumme akzeptiert haben und die eingesparten Finanzmittel aus diesen Verträgen an die Bausparer ausgezahlt werden.

(23) RÜCKSTELLUNGEN

Die Bank hat zum Bilanzstichtag folgende Rückstellungen gebildet:

a) Rückstellungen für kurzfristige Verbindlichkeiten, die innerhalb eines Jahres beglichen werden

Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler

Die Bank bildet diese Rückstellung für die Auszahlung von Provisionen an Vermittler für den Abschluss eines Bausparvertrags. Die Basis für die Berechnung der Rückstellung ist der Provisionsanspruch der Vermittler unter Berücksichtigung einer effektiven Schätzung des Anteils der stornierten Bausparverträge an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Verträge.

Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten

Die Bildung dieser Rückstellung ergibt sich aus den anhängigen Rechtsstreitigkeiten der Bank. Die Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten bildet die Bank für die Verfahren, bei denen es wahrscheinlich ist, dass die Bank die Zahlung aufgrund der gerichtlichen Entscheidung leisten muss. Die Höhe dieser Rückstellung hängt von der voraussichtlichen Höhe der Ansprüche aus Rechtsstreitigkeiten ab. Gerichtsstreitigkeiten werden vorwiegend gegen ehemalige Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes sowie gegen ehemalige Beschäftigte geführt. Die Höhe der Rückstellung stellt den zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

b) Rückstellungen für langfristige Verbindlichkeiten, die erst nach einem Jahr beglichen werden

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit im Tarif Junior Extra

Gemäß den Bedingungen der Extra-Sicherheit für die im Tarif Junior Extra abgeschlossenen Bausparverträge bildet die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung ihrer künftigen Verpflichtungen, die ihr aus der Extra-Sicherheit entstehen. (Das Extra-Sicherheit- Programm gibt den Kindern eine Absicherung bei den im Tarif Junior Extra abgeschlossenen Bausparverträgen, auf die regelmäßige Einlagen gezahlt werden. Wenn die gesetzlichen Vertreter eines minderjährigen Bausparers versterben, verpflichtet sich die Bank, die Verantwortung für die Geldeinlagen auf dem Bausparkonto zu übernehmen.)

Grundlage für die Berechnung dieser Rückstellung ist sowohl der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, bei denen die Bank bereits verpflichtet ist, für den minderjährigen Bausparer nach dem Versterben seines gesetzlichen Vertreters bis zum bestimmten Prozentsatz der Bausparsumme anzusparsen (der konkrete Prozentsatz ist von der gewählten optionalen Zuteilung abhängig), als auch der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, bei denen die Bank die wahrscheinliche künftige Übernahme der Verantwortung für die Geldeinlagen auf dem Bausparkonto des minderjährigen Bausparers nach dem Versterben seines gesetzlichen Vertreters erwartet (der konkrete Prozentsatz der anzusparenden Bausparsumme ist von der gewählten optionalen Zuteilung abhängig). Für jeden Vertrag wurde eine Schätzung der voraussichtlichen Vertragsentwicklung bis zum Ansparsen der Mindestsparsumme (höchstens jedoch bis zu SKK 280 Tsd.) vorgenommen. Bei einer möglichen Extra-Sicherheit wird die Wahrscheinlichkeit der Kündigung des Vertrags mit dem Tarif Junior Extra, die Wahrscheinlichkeit des Versterbens des gesetzlichen Vertreters je nach Geschlecht sowie die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung der Bedingungen für die Entstehung des Anspruchs aus dem Extra-Sicherheit- Programm geschätzt. Diese Annahmen wurden in der versicherungsmathematischen Berechnung der Rückstellung für voraussichtliche künftige Leistungen berücksichtigt.

Rückstellung für Abfindungen an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes

Gemäß § 669 ff. HGB sowie dem zwischen der Bank und dem Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes geschlossenen Vertrag über die Handelsvertretung bildet die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung ihrer künftigen Verbindlichkeiten aus Abfindungszahlungen an die Bausparberater des externen Vertriebsnetzes. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf eine Abfindung an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes entsteht mit Beendigung des Vertragsverhältnisses seitens der Bank (mit Ausnahme eines sofortigen Zurücktretens vom Vertrag, nachdem der Handelsvertreter seine vertragliche Verpflichtung verletzt hat); seitens des Handelsvertreters nur wegen seines Alters, Invalidität oder Krankheit.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung

Gemäß § 76 des Arbeitsgesetzbuches (Gesetz Nr. 311/2001 Gbl. in der geltenden Fassung) bildet die Bank eine Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung, die zur Abdeckung künftiger Verbindlichkeiten aufgrund des Erreichens der Altersgrenze derzeitiger Mitarbeiter dient. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

Rückstellung für Abfindungen an die Mitglieder des Vorstands

Gemäß dem Vertrag über die Ausübung der Funktion des Vorstands bildet die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung der künftigen Verbindlichkeiten aufgrund der Abfindungen an die Vorstandsmitglieder. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf die Abfindung entsteht für jedes Vorstandsmitglied nach Ablauf seiner 5-jährigen Amtsperiode.

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements

Gemäß den Verträgen über die Altersversorgung des Bankmanagements bildet die Bank eine Rückstellung für Verbindlichkeiten, die ihr nach Erfüllung der vorher vereinbarten Bedingungen entstehen können. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Gutachten eines Versicherungsmathematikers, das anhand der Anwartschaftsbarwertmethode in Übereinstimmung mit IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer erstellt wurde.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen

Die Bank bildet diese Rückstellung zur Abdeckung ihrer künftigen Verbindlichkeiten, die sich aus dem Sozialprogramm der Bank ergeben, wonach Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen vorgesehen sind. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

KURZFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	34.039	27.092
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	5.045	11.846
Summe	39.084	38.938
LANGFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	24.279	7.090
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	26.800	37.700
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	5.965	8.135
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	10.931	3.974
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	166.020	144.022
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	11.739	12.808
Summe	245.734	213.729
Summe Rückstellungen	284.818	252.667

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2006 – kurzfristige Rückstellungen

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	1. Januar 2006	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember 2006
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	27.614	77.716	-51.895	-26.343	27.092
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	16.192	7	-140	-4.213	11.846
Rückstellung für Tantiemen an die Aufsichtsratsmitglieder	1.606	-	-1.606	-	-
Summe	45.412	77.723	-53.641	-30.556	38.938

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2006 – langfristige Rückstellungen

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	1. Januar 2006	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember 2006
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	6.626	2.398	-1.934	-	7.090
Rückstellung für die Unfallversicherung der Kunden	300	-	-	-300	-
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	37.500	6.412	-6.212	-	37.700
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	7.767	427	-59	-	8.135
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	3.148	826	-	-	3.974
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	147.142	26.252	-2.217	-	171.177
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements – vermindert um das Planvermögen*	-27.220	65	-	-	-27.155
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst - oder Lebensjubiläen	13.081	1.026	-1.299	-	12.808
Summe	188.344	37.406	-11.721	-300	213.729

*siehe Abschnitt (41) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit.

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2007 – kurzfristige Rückstellungen

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	1. Januar 2007	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember 2007
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	27.092	112.602	-76.132	-29.523	34.039
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	11.846	-	-2.432	-4.369	5.045
Summe	38.938	112.602	-78.564	-33.892	39.084

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2007 – langfristige Rückstellungen

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. SKK)	1. Januar 2007	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember 2007
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	7.090	19.394	-2.205	-	24.279
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	37.700	-	-2.290	-8.610	26.800
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	8.135	-	-291	-1.879	5.965
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	3.974	6.957	-	-	10.931
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	171.177	24.783	-2.310	-	193.650
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements - vermindert um das Planvermögen*	-27.155	-475	-	-	-27.630
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst - oder Lebensjubiläen	12.808	1.708	-2.777	-	11.739
Summe	213.729	52.367	-9.873	-10.489	245.734

*siehe Abschnitt (41) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit.

(24) LATENTE STEUERVERBINDLICHKEIT

Die latente Körperschaftsteuer wird aus sämtlichen temporären Differenzen unter Anwendung des für den nächsten Bilanzierungszeitraum geltenden Körperschaftsteuersatzes von 19% berechnet.

LATENTE STEUERFORDERUNG (in Tsd. SKK)	2007	2006
Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	-524	-429
Nicht ausgezahlte Provisionen	-79	-4.883
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	-2.709	-
Ausgaben künftiger Perioden	122	-
Rückstellungen und Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus	-64.950	-43.723
Summe	-68.384	-49.035

LATENTE STEUERVERBINDLICHKEIT (in Tsd. SKK)	2007	2006
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	52.278	44.286
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	-	1.808
Nicht erhaltene Säumniszinsen	15	7
Nicht erhaltene Vertragsstrafen und Säumniszuschläge	97	57
Rückstellungen	19.717	39.433
Summe	72.107	85.591
Latente Steuerverbindlichkeit – netto	3.723	36.556

LATENTE STEUERVERBINDLICHKEIT NETTO (in Tsd. SKK)	2007	2006
1. Januar	36.556	20.856
Latente Steuer in der Gewinn- und Verlustrechnung	-28.315	13.892
In der Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals ausgewiesene und mit der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere zusammenhängende Änderung der latenten Steuer	-4.518	1.808
31. Dezember	3.723	36.556

Die latente Steuerforderung in Höhe von SKK 68.384 Tsd. (2006: SKK 49.035 Tsd.) entsteht aufgrund der Tatsache, dass einige Verbindlichkeiten (z.B. aus dem Zinsbonus, Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler, Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen) bis zum Zeitpunkt ihrer Begleichung nicht steuerlich abzugsfähig sind.

Bis zum 31. Dezember 2003 bildete die Bank gemäß dem Gesetz Nr. 368/1999 Gbl. über Rückstellungen und Wertberichtigungen zur Ermittlung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage eine Rückstellung für Forderungen aus Darlehen mit einer vereinbarten Laufzeit von über einem Jahr. Wegen der geänderten Methode der Bilanzierung von Rückstellungen in der slowakischen Gesetzgebung wurde diese Rückstellung zum 1. Januar 2004 zugunsten des Gewinnvortrags aufgelöst, wobei nach dem EStG der Buchsaldo der Rückstellung zum 31. Dezember 2003 in Höhe von SKK 518.852 Tsd. gleichmäßig über fünf Jahre besteuert wird. Die Bank bucht daher eine latente Steuerverbindlichkeit, die in Höhe von SKK 19.717 Tsd. (2006: SKK 39.433 Tsd.) unter dem Posten „Rückstellungen“ angeführt ist.

Die Körperschaftsteuer und der entsprechende Steueraufwand sind im Abschnitt (38) erläutert.

(25) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Verschiedene Schuldner, davon:	183.406	178.852
- überfällige Verbindlichkeiten	800	3.087
Summe	183.406	178.852

Der Posten „Verschiedene Gläubiger“ enthält insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten zum 31. Dezember 2007 in Höhe von SKK 99.853 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 136.970 Tsd.).

(26) SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Verrechnung mit Mitarbeitern	12.573	10.390
Sozialfonds aus Gehältern und dem Gewinn	3.590	4.871
Erhaltene betriebliche Anzahlungen	3.234	15.807
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	196.007	178.990
Verrechnung mit Sozialinstitutionen	7.540	7.316
Ausgaben und Erträge künftiger Perioden	88.687	84.085
Summe	311.631	301.459

Nicht finanzielle Verpflichtungen sind Verpflichtungen, auf die sich die Angabepflichten nach IFRS 7: Finanzinstrumente: Anhangsangaben nicht beziehen.

Einen wesentlichen Teil des Postens „Verrechnung mit dem Staatshaushalt“ bilden Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt bezüglich der Abzugsteuer auf Zinsen aus Bausparkonten in Höhe von SKK 185.075 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 173.546 Tsd.).

Den bedeutendsten Teil des Postens „Ausgaben und Erträge künftiger Perioden“ bilden Ausgaben für Zielprämien an Mitarbeiter der Bank in Höhe von SKK 56.110 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 52.997 Tsd.), für Prämien an Bankdirektoren in Höhe von SKK 10.200 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 10.200 Tsd.) und für Urlaubsabgeltung in Höhe von SKK 9.863 Tsd. (zum 31. Dezember 2005: SKK 11.667 Tsd.).

Übersicht über die aufwandswirksame Bildung (aus Löhnen und Gehältern) und Verwendung des Sozialfonds (in Tsd. SKK):

SOZIALFONDS AUS LÖHNEN UND GEHÄLTERN	2007	2006
1. Januar	4.694	2.941
Zuführung	4.204	4.321
Verwendung	-5.308	-2.568
31. Dezember	3.590	4.694

Übersicht über die Bildung (aus dem Gewinn) und Verwendung des Sozialfonds (in Tsd. SKK):

SOZIALFONDS AUS DEM GEWINN	2007	2006
1. Januar	177	4.115
Zuführung	-	-
Verwendung	-177	-3.938
31. Dezember	-	177

(27) EIGENKAPITAL

Zum 31. Dezember 2007, unverändert zum Vorjahr, besteht das Grundkapital der Bank aus 5.000 voll eingezahlten Aktien, wobei der Nominalwert einer Aktie SKK 400 Tsd. beträgt. Die Aktien werden beim slowakischen Zentraldepositor von Wertpapieren (Centrálny depozitár cenných papierov SR, a.s.) registriert.

NEUBEWERTUNG DER ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN WERTPAPIERE (in Tsd. SKK)	2007	2006
1. Januar	7.707	-
Gewinn/(Verlust) aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	-23.776	16.864
Latente Steuern	4.518	-3.204
In den Jahresüberschuss aus Veräußerung übertragene Nettoerträge	-	-7.350
Latente Steuern	-	1.397
31. Dezember	-11.551	7.707

Im Jahr 2007 hat die Bank eine Dividende in Höhe von SKK 187,4 Tsd. pro Aktie (2006: SKK 180,0 Tsd. pro Aktie) ausgeschüttet. Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses und Verwendung des Gewinnvortrags (in Tsd. SKK):

GEWINNVERWENDUNG	2007	2006
Jahresüberschuss nach Steuern	820.886	937.649
Gewinnvortrag	3.768.566	3.767.917
Verteilungsfähiger Gewinn	4.589.452	4.705.566
Dividendenausschüttung	900.000	-937.000
Gewinnvortrag	13.689.452	3.768.566

(28) ZINSERGEBNIS

ZINSERGEBNIS (in Tsd. SKK)	2007	2006
Zinserträge		
- aus Darlehen an Kunden	2.743.133	2.347.418
- aus Kontokorrentkonten und Termineinlagen bei anderen Banken	19.737	23.667
- aus Darlehen an die NBS	56.063	105.908
- aus Kassenobligationen der NBS	7.752	6.819
- aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Schuldverschreibungen	181.591	200.049
- aus zur Veräußerung verfügbaren Schuldverschreibungen	64.287	43.718
Summe Zinserträge	3.072.563	2.727.579
Zinsaufwendungen		
- aus Spareinlagen	-1.245.958	-1.037.252
- aus Termineinlagen anderer Banken	-26.015	-12.877
- aus emittierten Schuldverschreibungen	-9.415	-
Summe Zinsaufwendungen	-1.281.388	-1.050.129
Zinsergebnis	1.791.175	1.677.450
ZINSERTRÄGE AUS DARLEHEN AN KUNDEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Zinserträge aus Zwischendarlehen	2.108.023	1.624.693
Zinserträge aus Bauspardarlehen	628.396	721.631
Zinserträge aus Baudarlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	5.984	251
Zinserträge aus Darlehen an Mitarbeiter	730	843
Summe	2.743.133	2.347.418

Im Jahr 2007 beliefen sich die Zinserträge aus wertgeminderten Darlehen auf SKK 93.344 Tsd. SKK (2006: SKK 96.142 Tsd.).

(29) GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS

GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS (in Tsd. SKK)	2007	2006
Kontoführungsgebühr	496.895	460.759
Sonstige Gebühren	159.410	150.550
Summe Gebühren- und Provisionserträge	656.305	611.309
Summe Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-3.517	-37.671
Gebühren- und Provisionsergebnis	652.788	573.638

(30) BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Mietaufwendungen	-83.678	-75.747
Wirtschaftsprüfung, Beratungs- und Konsultationsdienstleistungen	-15.907	-32.805
Sonstige bezogene Dienstleistungen	-427.257	-394.123
Summe	-526.842	-502.675

Einen wesentlichen Teil des Postens „Sonstige bezogene Dienstleistungen“ bilden Vertriebs- und Marketingkosten in Höhe von SKK 241.111 Tsd. (2006: SKK 234.404 Tsd.).

(31) PERSONALKOSTEN

PERSONALKOSTEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Löhne und Gehälter, davon:	-317.410	-324.206
- Vergütungen an die Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrates sowie der Leitungsorgane	-3.129	-3.056
- Tantiemen an die Aufsichtsratsmitglieder	-1.606	-1.557
Sozial- und Krankenversicherung und Fondsbeiträge, davon:	-75.191	-72.093
- Beiträge zur ersten und zweiten Säule des Altersversorgungssystems, d.h. zum staatlichen beitragsorientierten Pensionsplan	33.568	31.727
Leistungsorientierte Pensionspläne	-24.783	-26.253
Beitragsorientierte Pläne – Zusatzrentensparen	-3.594	-3.558
Kosten für sonstige langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Mitarbeitern	-6.787	-2.279
Summe	-427.765	-428.389

(32) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE UND SACHANLAGEN SOWIE AUF DIE ALS FINNAZINSTRUMENTE GEHALTENEN IMMOBILIEN

ABSCHREIBUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Abschreibungen auf Sachanlagen	-68.877	-63.362
Abschreibungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-440	-428
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	-40.269	-35.373
Summe	-109.586	-99.163

(33) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
Kursverluste	-857	-731
Beitrag an den Einlagensicherungsfonds	-81.443	-73.452
Steuern, Gebühren und Gerichtskosten	-20.430	-8.323
Spenden für karitative Zwecke und für die Förderung des Wohnungswesens	-9.252	-9.709
Extra-Sicherheit- Einlagen	-19.394	-2.398
Andere betriebliche Aufwendungen	-3.606	-4.761
Summe	-134.982	-99.374

(34) GEWINN AUS DER VERÄUSSERUNG VON ANTEILEN AN TOCHTERGESELLSCHAFTEN

GEWINN AUS DER VERÄUSSERUNG VON ANTEILEN AN TOCHTERGESELLSCHAFTEN (in Tsd. SKK)	2007	2006
In der Kapitalflussrechnung ausgewiesene Einzahlungen aus dem Verkauf	144.543	1.022.022
Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen zum Zeitpunkt der Veräußerung	-93.290	-700.000
Summe	51.253	322.022

Am 9. Januar 2006 hat die Bank 100% der Aktien an der Prvá dôchodková sporiteľňa, d.s.s., a.s. (im Folgenden „PDS“) an die Allianz - Slovenská poisťovňa, a.s. veräußert. Die PDS wurde am 24. Juni 2004 als eine Aktiengesellschaft mit Sitz Bajkalská 30, Bratislava gegründet. Ins Handelsregister wurde sie am 8. Oktober 2004 eingetragen und ihre Geschäftstätigkeit nahm sie am 1. November 2004 auf. Die PDS wurde zum 28. Februar 2006 ohne Liquidation aufgelöst und ist mit Allianz - Slovenská dôchodková správcovská spoločnosť, a.s. mit Sitz Obchodná 43-45, 811 06 Bratislava verschmolzen.

Der Verkauf der EDBG am 19. Dezember 2007 ist im Abschnitt (12) des Anhangs dargestellt.

(35) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE (in Tsd. SKK)	2007	2006
Kursgewinne	356	801
Gewinn aus dem Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	389	606
Mieterträge	7.601	8.267
Projekt Front Office	55	13.087
Andere betriebliche Erträge	24.799	29.296
Summe	33.200	52.057

Einen bedeutenden Teil des Postens „Andere betriebliche Erträge“ bilden Erträge aus der Aufwertung der Forderung aus der Altersversorgung des Bankmanagements in Höhe von SKK 2.730 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 5.375 Tsd.).

(36) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN, AUSBUCHUNG VON FORDERUNGEN AUS DARLEHEN, VERLUSTE AUS ABTRETUNG VON DARLEHENSFORDERUNGEN

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Zwischenfinanzie- rungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Bildung von Wertberichtigungen	-21.664	-340.050	-941	-362.655
Auflösung von Wertberichtigungen	21.526	40.604	-	62.130
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-50	-142	-	-192
Gewinn aus abgetretenen Forderungen	737	12.475	-	13.212
Summe Bildung/Verbrauch von Wertberichtigungen	549	-287.113	-941	-287.505

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Zwischenfinanzie- rungsdarlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Bildung von Wertberichtigungen	-82.832	-454.364	-5	-537.201
Auflösung von Wertberichtigungen	113.592	209.436	7	323.035
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-1.129	-10.027	-	-11.156
Verlust aus abgetretenen Forderungen	-3.917	-38.087	-	-42.004
Summe Bildung/Verbrauch von Wertberichtigungen	25.714	-293.042	2	-267.326

Im Berichtsjahr hat die Bank Forderungen aus nicht getilgten Darlehen in Brutto-Höhe von SKK 246.745 Tsd. (2006: SKK 120.280 Tsd.) abgetreten, wobei das Entgelt für diese abgetretenen Forderungen SKK 24.754 Tsd. (2006: SKK 9.638 Tsd.) betragen hat.

(37) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE, AUSBUCHUNG SONSTIGER FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE

WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. SKK)	2007	2006
Bildung von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren (siehe Abschnitt (17) des Anhangs)	-194	-
Bildung von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	-859	-333
Verbrauch von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren	21.326	4.806
Verbrauch von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	361	216
Ausbuchung von Forderungen aus sonstigen finanziellen Vermögenswerten	-30.782	-36.609
Erträge aus ausgebuchten Forderungen aus sonstigen finanziellen Vermögenswerten	9	8
Summe Bildung/Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige finanzielle Vermögenswerte	-10.139	-31.920

(38) KÖRPERSCHAFTSTEUER

Überleitung von der theoretischen zur ausgewiesenen Körperschaftsteuer (in Tsd. SKK):

KÖRPERSCHAFTSTEUER	2007	2006
Jahresüberschuss nach IFRS vor Steuern, davon:	1.031.597	1.203.631
- theoretische Körperschaftsteuer in Höhe von 19%	196.004	228.690
Nicht steuerpflichtige Erträge (permanente Differenzen)	-4.771	-13.966
Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen (permanente Differenzen)	19.478	51.258
Summe ausgewiesene Körperschaftsteuer	210.711	265.982
Fällige Körperschaftsteuer	-239.026	-252.688
Latente Steuer	28.315	-13.892
Zusätzliche Körperschaftsteuerabgaben	-	598
Summe Körperschaftsteueraufwand	-210.711	-265.982

Der Körperschaftsteuersatz für das Jahr 2008, unverändert zu Jahren 2007 und 2006, liegt bei 19% .

Verschiedene mögliche Auslegungen der für die Tätigkeit der Bank geltenden Steuervorschriften können zu Schätzungen führen, die keiner objektiven Quantifizierung unterliegen. Der Vorstand der Bank schätzt die Aufwendungen, die in diesem Zusammenhang entstehen könnten, als unwesentlich ein. Die Geschäftsjahre 2003 bis 2007 unterliegen der Möglichkeit einer körperschaftsteuerlichen Betriebsprüfung.

(39) ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

In der Kapitalflussrechnung zum 31. Dezember ausgewiesene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente bestehen aus folgenden Posten (in Tsd. SKK):

ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE	2007	2006
Kassenbestand	520	446
Überschuss des Kontos der Mindestpflichtreserven bei der NBS über das gesetzliche Limit hinaus	228.100	115.177
Darlehen an die NBS im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	1.736.677	1.692.931
Kontokorrentkonten	47.596	66.982
Termineinlagen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	403.600	305.000
Terminarlehen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	-122.400	-321.000
Kassenobligationen der NBS mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	376.270	-
Summe	2.670.363	1.859.536

(40) OPERATIVES LEASING

Summe der künftigen Mindestleasingraten für nicht kündbare operative Leasingverträge, bei denen die Bank der Leasingnehmer ist (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Bis zu 1 Jahr	59.820	68.257
Von 1 bis zu 5 Jahren	14.356	74.180
Summe	74.176	142.437

Die Bank hat einen Lkw mit Anhänger, Zahlungsendgeräte und Mobilkomplete auf Basis von operativen Leasingverträgen gemietet.

(41) LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

a) Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Im Rahmen von leistungsorientierten Plänen leistet die Bank eine Altersversicherung für das Bankmanagement, für die eine Rückstellung gebildet wird. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus einem Sachverständigengutachten, das von einem Versicherungsmathematiker anhand der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet wird. Der Versicherungsmathematiker erstellt die Bewertung und die Auswirkung der Änderungen in der Bewertung wird stets zum 1. Januar der laufenden Berichtsperiode gebucht. Die Beträge zum Ende der Berichtsperiode werden aufgrund einer versicherungsmathematischen Berechnung zu Beginn des Bilanzierungszeitraums ermittelt und um voraussichtliche Aufwendungen und tatsächlich getätigte Zahlungen während der Berichtsperiode angepasst.

In der Bilanz ausgewiesene Beträge (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan	203.091	198.553
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende nicht ausgewiesene Verluste	-9.441	-27.376
Summe	193.650	171.177
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen	-27.630	-27.155
Summe Rückstellung in der Bilanz	166.020	144.022

In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Beträge (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Laufender Dienstzeitaufwand	16.707	18.463
Zinsaufwand	8.076	6.969
Gebuchte versicherungsmathematische Verluste	-	820
Summe Aufwendungen	24.783	26.252
Erträge aus dem Vermögen, durch das der Plan finanziert wird	-2.712	-5.375
Summe des unter Personalkosten erfassten Betrags	22.071	20.877

Änderungen im Barwert der außerhalb des Pensionsplans finanzierten Verbindlichkeiten (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 1. Januar	198.553	143.366
In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesener Aufwand	24.783	26.252
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende Verluste/(Gewinne)	-17.935	31.606
Ausgezahlte Altersrenten	-2.310	-2.671
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 31. Dezember	203.091	198.553

Grundsätzliche versicherungsmathematische Annahmen zum 1. Januar (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Diskontsatz	4,0%	5,0%
Erwartete Gehaltssteigerung für die nächste Periode	4,5%	2,5%
Erwartete Altersrentensteigerung für die nächste Periode	4,5%	2,4%

Im Jahr 2007, so wie auch im Vorjahr, gab es keine versicherungsmathematischen Verluste/(Gewinne) wegen der Differenz zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den festgelegten Annahmen. Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne) aus Änderungen in den versicherungsmathematischen Annahmen betrugen SKK -17.935 Tsd. (2006: SKK 31.606 Tsd.).

Änderungen im Wert der Ansprüche aus Versicherungsverträgen (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Forderung gegen Versicherungsanstalten zum 1. Januar	116.019	106.870
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	63.930	5.379
Ertrag	1.078	3.770
Forderung gegen Versicherungsanstalten zum 31. Dezember – als Vermögenswert gebucht	181.027	116.019
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit	27.630	27.155
Summe	208.657	143.174

Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Forderung gegen Versicherungsanstalten zum 1. Januar	27.155	27.220
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	1.152	1.001
Ausgezahlte Altersrenten	-2.310	-2.671
Ertrag	1.633	1.605
Forderung gegen Versicherungsanstalten zum 31. Dezember	27.630	27.155

Die Aktiva des Pensionsplans stellen Ansprüche aus Versicherungsverträgen dar. Die Versicherungsverträge, welche die Bank kündigen und deren Rückkaufwert sie zurückfordern kann, werden als Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert erfasst und erfolgswirksam neu bewertet, so wie es der IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer fordert. Zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs tritt die Bank die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag an den betreffenden, in Ruhestand gehenden Mitarbeiter ab. Die Bank bucht weiterhin ihre Pensionsverbindlichkeit gegenüber ihrem ehemaligen Mitarbeiter, weist aber den Versicherungsvertrag als Minderung ihrer Verbindlichkeiten aus, da der Vertrag die im IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer angeführten Bedingungen für eine solche Erfassung erfüllt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus den Verpflichtungen des Pensionsplans werden nicht gebucht, wenn sie nicht höher als 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung oder des höheren beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens sind. Falls die kumulativen nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zu Beginn der laufenden Berichtsperiode dieses Limit überschreiten, wird die Differenz für die restliche Dienstzeit der an diesem Pensionsplan beteiligten Mitarbeiter zeitlich abgegrenzt. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Ansprüchen gegen die Versicherungsanstalten werden sofort gebucht.

Neben der Altersversorgung des Bankmanagements leistet die Bank festgelegte Beiträge zur zusätzlichen Altersversicherung ihrer Mitarbeiter. Die zusätzliche Altersversicherung ist freiwillig und basiert auf einem zwischen dem Arbeitnehmer, der Bank und der Zusatzrentenversicherungsanstalt abgeschlossenen Vertragsverhältnis.

Für die zusätzliche Rentenversicherung ihrer Mitarbeiter hat die Bank im Berichtsjahr einen Betrag von SKK 3.594 Tsd. (2006: SKK 3.558 Tsd.) und ihre Mitarbeiter selbst einen Betrag von SKK 3.866 Tsd. (2006: SKK 3.886 Tsd.) gezahlt. Im Berichtsjahr hat die Bank ebenfalls Arbeitgeberbeiträge in den verbindlichen Pensionsfonds der staatlichen Sozialversicherungsanstalt sowie in die Fonds der privaten Rentenverwaltungsgesellschaften in Höhe von SKK 33.568 Tsd. (2006: SKK 31.727 Tsd.); die Arbeitnehmerbeiträge beliefen sich auf SKK 7.496 Tsd. (2006: SKK 7.185 Tsd.).

(42) GESCHÄFTSVORFÄLLE MIT NAHE STEHENDEN PERSONEN

Zu den nahe stehenden Personen der Bank zählen:

a) Aktionäre der Bank und deren Tochtergesellschaften

- Slovenská sporiteľňa, a.s.,
- Bausparkasse Schwäbisch Hall, AG,
- Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH,
- Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG

b) Tochtergesellschaften der Bank

- DomBytGLOBAL, spol.s r.o.,
- DomBytDevelopment, s.r.o.
- EURODomBytGLOBAL, s.r.o. (vom 22. März 2007 bis zum 19. Dezember 2007)

c) Bestimmte Mitglieder des Bankmanagements, der Aktionäre der Bank oder der Tochtergesellschaften der Bank sowie deren Familienangehörige:

- Vorstandsmitglieder, Bankdirektoren,
- Aufsichtsratsmitglieder,
- Fachbereichsleiter der Bank, und
- Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse der Bank.

Die Bank geht im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit in diverse Transaktionen mit nahe stehenden Personen ein.

a) Aktionäre der Bank und deren Tochtergesellschaften

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Aktionären der Bank und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
Forderungen an Banken in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 0,2% (2006: 0,3%)	2.977	11.391
Immaterielle Vermögenswerte (Restwert der von einem Aktionär der Bank erworbenen Software)	112.144	97.340
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	228
Summe	115.121	108.959
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Banken in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 4,2%	327.186	-
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	480.682	-
Sonstige Verbindlichkeiten in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 0% (2006: 0%)	22.638	19.711
Summe	830.506	19.711

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge der Bank, die aus Transaktionen mit ihren Aktionären und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	10	111
Zinsaufwendungen	-16.120	-4.015
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-35	-41
Bezogene Dienstleistungen	-14.395	-9.584
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-274	-
Sonstige betriebliche Erträge	334	575
Summe	-30.480	-12.954

b) Tochtergesellschaften der Bank

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Tochtergesellschaften der Bank resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
An Kunden in SKK gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 4,67% (2006: 0%)	62.904	-
Sachanlagen	-	16
Anteile an verbundenen Unternehmen	101.340	101.310
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	21	15
Summe	164.265	101.341
Passiva		
Sonstige Verbindlichkeiten	-	144
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	40	33
Summe	40	177

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge der Bank, die aus Transaktionen mit ihren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	7	-
Erträge aus Gebühren und Provisionen	2	-
Bezogene Dienstleistungen	-493	-655
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-158	-9
Sonstige betriebliche Erträge	542	1.034
Summe	-100	370

Am 1. Februar 2007 hat die Bank die EDBG mit 100%-em Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital (70% direkt und 30% indirekt durch die DBG) gegründet.

Die Bank hat auf das Stammkapital der EDBG eine Bareinlage in Höhe von SKK 30 Tsd. und eine Sacheinlage (eine Immobilie in Höhe von SKK 85.437 Tsd. (siehe Abschnitt (14)) sowie eine Studie in Höhe von SKK 7.835 Tsd.) eingelegt.

Am 19. Dezember 2007 hat die Bank ihren 100%-igen Anteil am gezeichneten Kapital der EDBG an die Gesellschaft LOCUS, a.s. (siehe Abschnitt (12) – Anteile an verbundenen Unternehmen) verkauft.

c) Bestimmte Mitglieder des Bankmanagements

ca) Vorstandsmitglieder und Bankdirektoren

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Vorstandsmitgliedern und Bankdirektoren der Bank resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
An Kunden in SKK gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 3,39% (2006: 3,39%)	20.038	21.093
Summe	20.038	21.093
Passiva		
Spareinlagen der Kunden in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,11% (2006: 2,66%)	3.645	441
Summe	3.645	441

Diese Geschäftsvorfälle stellen gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von Vorstandsmitgliedern und Bankdirektoren der Bank dar, die mit folgenden, in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträgen verbunden sind (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	687	722
Zinsaufwendungen	-53	-9
Summe	634	713

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die Vorstandsmitglieder und Bankdirektoren der Bank (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-28.413	-30.853
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung des Bankmanagements	-87	-
Altersversorgung des Bankmanagements	-12.188	-12.763
Summe der Leistungen an die Vorstandsmitglieder und Bankdirektoren der Bank	-28.500	-43.616

cb) Aufsichtsratsmitglieder

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Aufsichtsratsmitgliedern der Bank resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
An Kunden in SKK gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 4,92% (2006: 5,05%)	2.538	2.896
Summe	2.538	2.896
Passiva		
Spareinlagen der Kunden in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,55% (2006: 2,75%)	3.864	3.246
Summe	3.864	3.246

Diese Geschäftsvorfälle stellen gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von Aufsichtsratsmitgliedern der Bank dar, die mit folgenden, in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträgen verbunden sind (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	128	149
Zinsaufwendungen	-94	-90
Summe	34	59

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die Aufsichtsratsmitglieder der Bank (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-8.338	-7.085
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung des Bankmanagements	-61	-59
Altersversorgung des Bankmanagements	-820	-787
Summe der Leistungen an die Aufsichtsratsmitglieder	-9.219	-7.931

cc) Fachbereichsleiter

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Direktoren einzelner Fachbereiche der Bank resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
An Kunden in SKK gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 3,18% (2006: 3,21%)	25.343	27.175
Summe	25.343	27.175
Passiva		
Spareinlagen der Kunden in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,56% (2006: 2,49%)	12.438	11.294
Summe	12.438	11.294

Diese Geschäftsvorfälle stellen gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von Fachbereichsleiter dar, die mit folgenden, in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträgen verbunden sind (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	857	746
Zinsaufwendungen	-294	-398
Summe	563	348

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die Fachbereichsleiter der Bank (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-42.061	-39.192
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung des Bankmanagements	-514	-477
Altersversorgung des Bankmanagements	-5.554	-5.551
Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	-20	-
Summe der Leistungen an Fachbereichsdirektoren	-48.149	-45.220

cd) Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse

Zu den in der Bilanz zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva der Bank zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Mitgliedern anderer Lenkungsausschüsse der Bank resultieren (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Aktiva		
An Kunden in SKK gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 4,57% (2006: 4,25%)	1.229	1.242
Summe	1.229	1.242
Passiva		
Spareinlagen der Kunden in SKK beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,42% (2006: 2,71%)	910	398
Summe	910	398

Diese Geschäftsvorfälle stellen gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von Mitgliedern anderer Lenkungsausschüsse der Bank dar, die mit folgenden, in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträgen verbunden sind (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Zinserträge	61	64
Zinsaufwendungen	-21	-11
Summe	40	53

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse der Bank (in Tsd. SKK):

	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-3.124	-3.156
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung des Bankmanagements	-53	-59
Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	-116	-54
Summe der Leistungen an die Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse der Bank	-3.293	-3.269

(43) EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ZUSAGEN

Für Gerichtsprozesse, die überwiegend gegen ehemalige Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes sowie ehemalige Beschäftigte geführt werden, bildet die Bank eine Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten (siehe Abschnitt (23) – Rückstellungen dieses Anhangs).

Die Bank hat ebenfalls das mögliche Risiko potenzieller, jedoch noch nicht begonnener Rechtsstreitigkeiten gegen sie identifiziert, dessen Gesamthöhe von SKK 0 bis zu SKK 65.030 Tsd. (2006: SKK 0 – 65.030 Tsd.) geschätzt wird. Die Bank nimmt jedoch nicht an, dass es zu Rechtsstreitigkeiten und zum nachfolgenden Abfluss von Ressourcen der Bank kommen wird; daher hat sie keine Rückstellung für das identifizierte Risiko gebildet.

Zum 31. Dezember 2007 erfasst die Bank Darlehenszusagen aus genehmigten Bauspardarlehensverträgen in Höhe von SKK 2.458.959 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 2.326.868 Tsd.).

Die Bank registriert ebenfalls eventuelle Darlehenszusagen. Mit dem Abschluss des Bausparvertrags erhält der Kunde den Anspruch auf die Gewährung eines Bauspardarlehens, falls er bestimmte festgelegte Bedingungen erfüllt (insbesondere die Mindestsparperiode, das Ansparen des geforderten Mindestbetrags und Nachweis einer hinreichenden Kreditwürdigkeit). Sollten sich alle Bausparer für diese Möglichkeit entscheiden, würden sie die festgelegten Bedingungen (einschließlich der hinreichenden Kreditwürdigkeit) erfüllen und würden sie in der Zukunft ein Bauspardarlehen beantragen, könnte sich der Wert der zugeteilten Bauspardarlehen bis auf SKK 113.010.311 Tsd. (2006: SKK 112.642.296 Tsd.) belaufen.

(44) FINANZINSTRUMENTE - MARKTRISIKO

Das System der Risikosteuerung in der Bank steht im Einklang mit dem Bankengesetz und der Verordnung der NBS über Risiken und dem System der Risikosteuerung.

Das Marktrisiko stellt ein sich aus der Position der Bank sowie den Wertänderungen der Risikofaktoren ergebendes Verlustrisiko dar, wobei diese Werte im Wesentlichen auf dem Markt bestimmt werden.

Zu den Hauptbestandteilen des Marktrisikos der Bank zählen:

- a) das Zinsrisiko, unter dem das aus der Sicht der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Zinssätze ergibt, und
- b) das Währungsrisiko, unter dem das aus der Sicht der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Währungsumrechnungskurse ergibt.

Aufgrund der erteilten Lizenz beschränkt sich das Marktrisiko der Bank auf das Zins- und das Währungsrisiko.

a) Zinsrisiko

Zu den wesentlichen Bilanzposten der Bank, die auf die Zinssatzentwicklung auf dem Interbanken-Markt empfindlich reagieren, zählen Bauspareinlagen, Bauspardarlehen sowie aktive und passive Finanzmarktinstrumente. Da es sich um Zinsinstrumente handelt, entsteht für die Bank das Zinsrisiko. Dieses Risiko kann nicht völlig eliminiert werden, da es sich aus dem Charakter der Banktätigkeit ergibt. Das Ziel der Zinsrisikosteuerung der Bank ist die Minimierung der Auswirkung einer etwaigen negativen Entwicklung der Zinssätze auf die Rentabilität der Bank.

Nach der erteilten Lizenz ist die Bank nicht berechtigt, Derivate zu verwenden und mit ihnen zu handeln. Aufgrund dieser Tatsache sind die Möglichkeiten der Bank zur Absicherung gegen den Einfluss von Änderungen der Marktzinssätze begrenzt.

Durch feste Zinssätze für Bauspareinlagen (3%, 2% bzw. 0,1%) und für Bauspardarlehen (6%, 4,7% bzw. 2,9%) ist jedoch der bedeutende Teil des Zinsrisikos eliminiert, das sich aus Änderungen der Zinsgeldflüsse infolge der Änderungen der Marktzinssätze ergibt.

Zinssätze für Zwischendarlehen hängen ebenfalls von der Entwicklung der Zinssätze auf dem Interbanken-Markt ab. Die Bank verwendet die Methode der GAP-Analyse zur rechtzeitigen Identifizierung, Überwachung, Messung, Minimierung und Kontrolle des Zinsrisikos und die Methode der Standardabweichungen zur Berechnung des konkreten Werts des Zinsrisikos. Die Bank führt vierteljährig Stresstests durch, die als Vorbeugung gegen außerordentliche negative Einflüsse auf das finanzielle Wohlergehen der Bank dienen. Die Bank ermittelt die Auswirkung verschiedener Szenarios einer voraussichtlichen Entwicklung der Zinssätze auf das Zinsergebnis und die Rentabilitätsindikatoren im mittel- und langfristigen Horizont. Aufgrund dieser Auswertung werden Maßnahmen zur Verminderung negativer Auswirkungen des Zinsrisikos im Rahmen der Möglichkeiten, welche die erteilte Banklizenz zulässt, vorgeschlagen und getroffen. Die Effektivität des Systems zur Steuerung des Zinsrisikos in der Bank wird regelmäßig durch Vergleich der voraussichtlichen Entwicklung mit der Wirklichkeit (Rücktests) ausgewertet.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um 100 Punkte (um 1%) zum 31. Dezember 2007 würde zur Änderung des ausgewiesenen Jahresergebnisses nach Steuern um SKK 10,6 Mio. (zum 31. Dezember 2006: um SKK 43,7 Mio.) führen. Die Auswirkung auf das Eigenkapital würde aus der Auswirkung auf den Gewinn und der Auswirkung aus der Neubewertung der Portfolios der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere resultieren, und der Wert des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2007 würde sich um SKK 48,0 Mio. (zum 31. Dezember 2006: um SKK 26,0 Mio.) ändern. Die Auswirkung auf das Eigenkapital unterscheidet sich von der Auswirkung auf den Gewinn wegen der Auswirkung der Änderung des Marktzinssatzes auf die Neubewertung der Portfolios der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die ergebnisneutral (d.h. direkt ins Eigenkapital) gebucht wird.

Die Bank verwendet die Methode der GAP-Analyse. In der folgenden Tabelle wird die Zinsempfindlichkeit der Aktiva und Passiva der Bank zum 31. Dezember 2007 auf Basis der an die Geschäftsleitung der Bank vorgelegten Unterlagen analysiert.

ZINSEMPFINDLICHKEIT DER AKTIVA UND PASSIVA ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	1 Monat	>1 Monat ≤3 Monate	>3 Monate ≤1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	2.767.435	-	-	-	-	-	2.767.435
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	23.542	29.182	-	293.514	1.194.550	-	1.540.788
Forderungen an Banken	574.431	-	-	-	-	-	574.431
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	-	62.275	28.885	2.083.625	145.798	-	2.320.583
Darlehen an Kunden	606.993	2.623.102	4.356.078	28.822.910	9.263.741	-	45.672.824
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	101.340	101.340
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Aktien	-	-	-	-	-	4.500	4.500
Sachanlagen	-	-	-	-	-	947.091	947.091
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-	-	-	-	-	25.551	25.551
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	260.200	260.200
Steuerforderungen	-	13.662	-	-	-	-	13.662
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.022	-	19.079	-	-	3.445	23.546
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	84	-	6.051	-	-	223.234	229.369
Summe Bilanzaktiva	3.973.507	2.728.221	4.410.093	31.200.049	10.604.089	1.565.361	54.481.320
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	329.594	63.513	25.511	-	-	-	418.618
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	-	9.119	996.492	-	-	1.005.611
Spareinlagen der Kunden	816.062	2.420.570	7.867.030	26.381.687	6.368.745	253.627	44.107.721
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	276.207	-	-	-	-	40.860	317.067
Rückstellungen	-	-	-	-	-	284.818	284.818
Latente Steuerverbindlichkeit	-	-	-	-	-	3.723	3.723
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	161.409	21.564	-	-	-	433	183.406
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	215.533	56.785	30.145	-	-	9.168	311.631
Summe Fremdmittel	1.798.805	2.562.432	7.931.805	27.378.179	6.368.745	592.629	46.632.595
Zinsempfindlichkeit zum 31. Dezember 2007	2.174.702	165.789	-3.521.712	3.821.870	4.235.344	972.732	7.848.725

Die folgende Tabelle zeigt die Effektivzinssätze der monetären Finanzinstrumente nach einzelnen Währungen:

EFFEKTIVZINSSATZ ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in %)	SKK	EUR
Aktiva		
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	3,50	-
Forderungen an Banken	2,25	0,86
Forderungen an Kunden	6,41	-
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	4,29	-
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	5,70	-
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	4,14	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,58	-
Emittierte Schuldverschreibungen	4,99	0

In der folgenden Tabelle wird die Zinsempfindlichkeit der Aktiva und Passiva der Bank zum 31. Dezember 2006 auf Basis der an die Geschäftsleitung der Bank vorgelegten Unterlagen analysiert.

ZINSEMPFINDLICHKEIT DER AKTIVA UND PASSIVA ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	1 Monat	>1 Monat ≤3 Monate	>3 Monate ≤1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	2.688.874	-	-	-	-	-	2.688.874
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	23.542	29.182	-	-	1.505.383	-	1.558.107
Forderungen an Banken	663.520	-	-	-	-	-	663.520
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	-	62.275	844.697	1.505.096	739.537	-	3.151.605
Darlehen an Kunden	1.606.987	797.281	4.001.929	25.917.083	8.252.533	-	40.575.813
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	101.310	101.310
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Aktien	-	-	-	-	-	4.500	4.500
Sachanlagen	-	-	-	-	-	964.436	964.436
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-	-	-	-	-	111.760	111.760
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	225.939	225.939
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	33.985	33.985
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	165.993	165.993
Summe Bilanzaktiva	4.982.923	888.738	4.846.626	27.422.179	10.497.453	1.607.923	50.245.842
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	321.372	-	-	-	-	-	321.372
Spareinlagen der Kunden	689.023	1.977.202	7.520.817	24.463.580	6.054.185	121.317	40.826.124
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-	-	272.768	272.768
Rückstellungen	-	-	-	-	-	252.667	252.667
Steuerverbindlichkeiten – fällige Steuer	-	-	-	-	-	71.947	71.947
Latente Steuerverbindlichkeit	-	-	-	-	-	36.556	36.556
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	178.852	178.852
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	301.459	301.459
Summe Fremdmittel	1.010.395	1.977.202	7.520.817	24.463.580	6.054.185	1.235.566	42.261.745
Zinsempfindlichkeit zum 31. Dezember 2006	3.972.528	-1.088.464	-2.674.191	2.958.599	4.443.268	372.357	7.984.097

Die folgende Tabelle zeigt die Effektivzinssätze der monetären Finanzinstrumente nach einzelnen Währungen:

EFFEKTIVZINSSATZ ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in %)	SKK	EUR
Aktiva		
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	3,62	-
Forderungen an Banken	4,25	0,89
Forderungen an Kunden	6,37	-
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	4,29	-
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	6,53	-
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	4,91	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,65	-

b) Währungsrisiko

Zum 31. Dezember 2007 beliefen sich die in Fremdwährung geführten Aktiva auf SKK 1.627 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 2.397 Tsd.) und die in Fremdwährung geführten Passiva auf SKK 26.911 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 29.751 Tsd.). Daher unterliegt die Bank weder zum 31. Dezember 2007 noch zum 31. Dezember 2006 einem bedeutenden Währungsrisiko. Bei Änderung des Umrechnungskurses zwischen dem Euro und der slowakischen Krone um 2 SKK pro Euro würde sich der Gewinn der Bank um ca. SKK 1.500 Tsd. (2006: SKK 1.600 Tsd.) ändern.

(45) LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko spiegelt die Möglichkeit wider, dass die Bank die Fähigkeit verliert, ihren Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquiditätssteuerung der Bank umfasst sämtliche Tätigkeiten, die mit dem Ziel realisiert werden, wesentliche und unerwartete Überschüsse bzw. Mangel an Geldmitteln zu vermeiden und dabei die erforderliche wirtschaftliche Effektivität zu garantieren. Zu den grundlegenden Zielen der Liquiditätssteuerung der Bank zählen:

- Minimierung des Liquiditätsrisikos, d.h. Sicherstellung der dauerhaften Fähigkeit, finanzielle Verpflichtungen ordentlich und rechtzeitig zu erfüllen,
- Im Zusammenhang mit der Sicherstellung des geforderten Liquiditätsflusses, Minimierung der Verluste bei Umwandlung der nicht finanziellen Aktiva in die Geldmittel bzw. Vermeidung von unnötigen Aufwendungen für die Einholung von zusätzlichen Geldmitteln,
- Sicherstellung der Zuführung zu den festgelegten verbindlichen Mindestreserven,
- Sicherstellung der Einhaltung der von der NBS festgesetzten Regelungen und Limits, und
- Sicherstellung der Einhaltung interner Regelungen und Limits.

Das Liquiditätsrisiko ist für die Bank ein bedeutendes Risiko, auf dessen Steuerung angemessene Aufmerksamkeit gerichtet wird. Obwohl ein Ziel der Liquiditätssteuerung die Verringerung des Liquiditätsrisikos ist, sind Liquiditätssteuerung und Steuerung des Liquiditätsrisikos zwei organisatorisch getrennte Tätigkeiten.

Folgende wesentliche Prinzipien gelten für die Steuerung des Liquiditätsrisikos in der Bank:

- Regelmäßige Unterrichtung des Vorstands über die Entwicklung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos;
- Regelmäßige Überwachung, Messung und Auswertung des Liquiditätsrisikos. Zu diesem Zweck verwendet die Bank im Wesentlichen folgende Instrumente: Liquiditätspläne, Analyse der Fälligkeit der Aktiva und Passiva, regelmäßige

Meldungen und System von internen Limits. Die begründete Anwendung einzelner Instrumente wird überprüft und bei Bedarf werden diese neuen Anforderungen zeitnah angepasst.

- Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses sowohl im Rahmen der Organisationsstruktur der Bank als auch zwischen der Bank und anderen Subjekten (Finanzmarkt, die NBS, Aktionäre, usw.) zur Steuerung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos;
- Aufrechterhaltung einer Struktur von Aktiva und Passiva, die den Liquiditätsanforderungen entspricht;
- Erstellung eines langfristigen Plans der Bank, in den mehrere Szenarios der Entwicklung der Finanzflüsse und der Aktiva und Passiva im langfristigen Horizont eingearbeitet sind;
- Steuerung der Struktur der Aktiva, permanente Aufrechterhaltung des Portfolios von hochliquiden Wertpapieren und Überwachung der Möglichkeiten für die Umwandlung in Geldmittel;
- Ständige Tätigkeiten zur Stabilisierung des wichtigsten Teils der Finanzierungsquellen der Bank – der Kundeneinlagen, daneben Sicherstellung des Zugriffs auf zusätzliche Finanzierungsquellen durch Kreditrahmen von anderen Finanzinstituten bzw. Überwachung der Möglichkeiten zur Identifizierung anderer Quellen;
- Erstellung eines Notfallplans zur Identifizierung und Behandlung etwaiger Liquiditätsprobleme (vorübergehende Knappheit an Geldmitteln, Liquiditätskrise).

Die Hauptwährung, in der die Bank den größten Teil ihrer Geschäftstätigkeit abwickelt, ist die slowakische Krone (SKK). Der Umfang der Geschäfte in Fremdwährungen ist minimal. Die Bank hält es daher für nicht notwendig, sich mit der Liquiditätssteuerung in mehreren Fremdwährungen zu befassen.

Eine wichtige Rolle bei der Liquiditätssteuerung in der Bank spielt der Planungsprozess. Der Plan als Instrument für die Liquiditätssteuerung wird insbesondere bei der Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität verwendet, dient aber als eine der Unterlagen für die Steuerung der täglichen Liquidität.

Ausgangspunkt für die Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität ist die voraussichtliche Entwicklung der Aktiva und Passiva sowie der jährlichen Geldflüsse. Er basiert einerseits auf dem voraussichtlichen Verhalten der Bausparer bei der Einzahlung ihrer Einlagen und der Rückzahlung der Darlehen und andererseits auf den voraussichtlichen Ansprüchen der Kunden sowohl auf die Zuteilung und nachfolgende Gewährung von Darlehen als auch auf die Einlagenabhebung. Das Ziel der Liquiditätssteuerung auf dieser Ebene ist es, künftige Finanzflüsse optimal zu planen – und zwar sowohl die Platzierung freier Geldmittel unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Möglichkeiten des Finanzmarktes ohne Erfordernis eines größeren Verkaufs der Aktiva, als auch die Nutzung potenzieller Fremdmittel. Die Bank erstellt Szenarios für mittel- und langfristige Pläne.

Im laufenden Geschäftsjahr erstellt und aktualisiert die Bank den jährlichen Liquiditätsplan, der monatliche bzw. wöchentliche Geldflüsse enthält. In diesem Plan werden die erwarteten Geldflüsse unter Berücksichtigung ihrer üblichen Struktur im Rahmen des Berichtszeitraums sowie auf Basis der Daten aus dem Kundeninformationssystem ermittelt. Damit wird der Liquiditätsplan zum wichtigen Ausgangspunkt für die Steuerung der täglichen Liquidität und der Mindestpflichtreserven.

Zur Messung und Überwachung der tatsächlichen Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln bzw. zur Ermittlung des Geldflussergebnisses in festgelegten Zeitabständen verwendet die Bank die Methode der Analyse der Restlaufzeit der Aktiva und Passiva. Einzelne Posten der Bilanzaktiva sowie der unter der Bilanz stehenden Aktiva werden auswählbaren Zeitabständen nach deren aktueller bzw. geschätzter Restlaufzeit zugeordnet. Bei dieser Methode werden die aus dem Liquiditätsplan resultierenden Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln nicht berücksichtigt. Aus der Differenz zwischen den Aktiva und Passiva in einzelnen Zeitabständen kann eine Übersicht über die bilanzielle und bilanzneutrale Position der Bank im Bereich der Liquidität gewonnen werden.

Für Zwecke der Liquiditätssteuerung untergliedert die Bank einzelne Posten der Aktiva und Passiva in Gruppen – Aktiva nach dem Grad ihrer Liquidität und Passiva nach dem Grad ihrer Stabilität, d.h. ihrer Herkunft.

Die folgenden Tabellen zeigen die Restlaufzeit der finanziellen Verpflichtungen der Bank. Sie wurden auf Basis der nicht abgezinsten Geldflüsse von finanziellen Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung der baldmöglichsten Termine, wenn die Begleichung dieser Verbindlichkeiten von der Bank gefordert werden kann, erstellt. Die Tabellen enthalten Geldflüsse aus Zinsen und dem Nominalbetrag.

LIQUIDITÄTSRISIKO ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	330.060	63.807	26.106	-	-	-	419.973
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	49.000	1.196.000	-	-	1.245.000
Spareinlagen der Kunden	5.577.226	32.234.635	786.010	4.997.907	613.861	-	44.209.639
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	317.067	-	-	-	-	-	317.067
Sonstige Verbindlichkeiten	161.409	21.564	-	-	-	433	183.406
Darlehenszusagen	2.458.959	-	-	-	-	-	2.458.959
Vertragliche Laufzeit	8.844.721	32.320.006	861.116	6.193.907	613.861	433	48.834.044
Erwartete Laufzeit*	1.898.755	2.502.171	10.069.868	27.619.754	6.359.600	41.235	48.491.383

* Abgezinsten Wert nach der Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	321.705	-	-	-	-	-	321.705
Spareinlagen der Kunden	4.478.829	31.267.650	759.789	3.962.766	557.096	-	41.026.130
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	272.768	-	-	-	-	-	272.768
Sonstige Verbindlichkeiten	178.852	-	-	-	-	-	178.852
Darlehenszusagen	2.326.868	-	-	-	-	-	2.326.868
Vertragliche Laufzeit	7.579.022	31.267.650	759.789	3.962.766	557.096	-	44.126.323
Erwartete Laufzeit*	1.386.965	1.977.203	9.618.116	24.693.150	6.054.184	196.366	43.925.984

* Abgezinsten Wert nach der Bilanz

(46) FINANZINSTRUMENTE - KREDITRISIKO

a) Strategie zur Steuerung des Kreditrisikos

Die Bank hat eine Kreditrisikosteuerungsstrategie ausgearbeitet, die vor allem folgende Informationen enthält:

- eine umfängliche Definition des Risikos,
- das zu tolerierende Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich die Bank dem tolerierten Risikoausmaß aussetzt,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,
- Typen von Limits, welche die Bank verwendet und Grundsätze für die Auswahl und Festlegung anderer Limits,
- Das Volumen des zur Deckung des Risikos bestimmten wirtschaftlichen Kapitals und Grundsätze für die Ermittlung dieses Volumens,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftsfelder,
- Grundsätze für die Organisation der Risikosteuerung.

Die Strategie zur Steuerung des Kreditrisikos ist in folgenden Dokumenten enthalten:

- interne Richtlinie „System und Strategie der Risikosteuerung“, und
- interne Richtlinie „Steuerung des Kreditrisikos“.

Zur Messung des Kreditrisikos verwendet die Bank ihr eigenes internes Modell, das auf der Berechnung der Wahrscheinlichkeit der Eintreibung der Forderung und der Ermittlung des voraussichtlichen erzielbaren Betrags basiert.

Die grundlegenden Ziele der Bank im Bereich der Steuerung des Kreditrisikos sind:

- Verringerung des Kreditrisikos und Erfüllung der strategischen Ziele durch die Entwicklung eines Systems zur Steuerung des Kreditrisikos und Verbesserung der Kontrollen im Prozess der Darlehenszuteilung, sowie
- Erfüllung und Einhaltung qualitativer und quantitativer Anforderungen des Standardansatzes zur Steuerung des Kreditrisikos, insbesondere Einhaltung der personellen und organisatorischen Trennung der mit dem Abschluss und der Abwicklung von Kreditgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos verbunden sind, sowie die Einhaltung von Regelungen zur Ermittlung der Kapitalangemessenheit in Zusammenhang mit dem Darlehensportfolio.

Entsprechend dem Umfang und der Komplexität ihrer Tätigkeiten trennt die Bank, sowohl organisatorisch als auch personell, die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der zuständigen Abteilungen, um jegliche Interessenkonflikte zu vermeiden; insbesondere ist die Abteilung für den Abschluss von Kreditgeschäften getrennt von Tätigkeiten, die mit deren Abwicklung und mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen.

Die Trennung der Tätigkeiten beim Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen, ist bis zur höchstmöglichen Führungsebene sichergestellt.

Bei der Steuerung des Kreditrisikos beachtet die Bank nicht nur die gesetzlichen Limits in diesem Bereich, sondern auch ihre internen Limits zur Sicherstellung der Qualität und Quantität des Kreditgeschäfts. Sowohl die gesetzlichen als auch die internen Limits werden monatlich überprüft. Über die Ergebnisse wird der Vorstand unterrichtet.

Für Zwecke der Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten und Absicherungen hat die Bank interne Vorschriften ausgearbeitet, die regelmäßig aktualisiert werden.

b) Prozesse bei der Steuerung des Kreditrisikos

Der Abschluss von Kreditgeschäften mit Kunden wird von den zuständigen Abteilungen nach der aktuellen Kompetenzordnung abgewickelt.

Die Bank hat ein System für den Abschluss von Kreditgeschäften. Die ausgeübten Tätigkeiten stehen im Einklang mit der genehmigten Strategie der Steuerung des Kreditrisikos und der ausgewählten Methode der Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos.

Das System zur Steuerung des Kreditrisikos bei Abschluss von Kreditgeschäften ist durch entsprechende interne Regelungen und Arbeitsvorgänge der zuständigen Abteilungen definiert und umfasst im Wesentlichen:

- a) die Spezifizierung von Ländern und Währungen, geographischen Gebieten, Industriezweigen und Vertragsparteien, mit denen Kreditgeschäfte abgewickelt werden können, sowie
- b) die Regelungen zur Genehmigung von Kreditgeschäften, die insbesondere Folgendes enthalten:

- i. Untersuchung des Zwecks des abzuschließenden Geschäfts,
- ii. Analyse der Finanzlage des Kunden vor Geschäftsabschluss und während der Laufzeit des Geschäfts,
- iii. Analyse des Industriezweiges des Kunden und seine Position innerhalb dieses Industriezweiges,
- iv. Beurteilung der Qualität, Angemessenheit und Vollstreckbarkeit der Absicherung,
- v. Analyse der Quellen für die Darlehenstilgung,
- vi. Festlegung von Bedingungen für den Geschäftsabschluss und für die Tilgung der Forderung, die durch den Geschäftsabschluss entsteht,
- vii. Regelungen über die Änderung der vereinbarten Geschäftsbedingungen,
- viii. Anforderungen an die Vorlage der Unterlagen durch Kunden je nach der Geschäftsart und Typ der Vertragspartei,
- ix. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit Personen mit Sonderstatus gegenüber der Bank und über die Identifizierung einer solchen Beziehung, sowie
- x. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit wirtschaftlich verbundenen Kundengruppen und über die Identifizierung solcher Gruppen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften erfolgt durch zuständige Abteilungen, die personell und organisatorisch von jenen Abteilungen getrennt sind, die sich am Abschluss dieser Kreditgeschäfte in der aktuellen Kompetenzordnung angeführten Art und Weise beteiligen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften ist in den entsprechenden internen Richtlinien und Arbeitsvorgängen des Fachbereichs Kundenbetreuung sowie des Fachbereichs Betreuung juristischer Personen definiert; darunter werden insbesondere folgende Tätigkeiten verstanden:

- Kontrolle der formellen Dokumentation des abgeschlossenen Geschäfts,
- Kontrolle der Erfüllung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der zugeteilten Geldmittel,
- Inanspruchnahme des Darlehens,
- Ausstellung der Buchungsbelege und Erfassung des Geschäfts (ist voll automatisch),
- Erstellung und Führung der Vertragsdokumentation nach Geschäftsabschluss, und
- Überwachung der Erfüllung der Vertragsbedingungen.

Die Steuerung des Kreditrisikos aus Kreditgeschäften umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

- a) Genehmigung der Limits für Geschäfte, welche die Bank dem Kreditrisiko aussetzen, und Kontrolle ihrer Einhaltung,
- b) Analyse der Finanzlage des Kunden oder der Vertragspartei – für die Klassifizierung der Forderungen erforderlich,
- c) Genehmigung der Methoden und Vorgänge zur Steuerung des Kreditrisikos,
- d) Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Absicherungen,
- e) Ermittlung von Quellen zur Deckung des identifizierten Kreditrisikos und der voraussichtlichen Verluste,
- f) Eintreibung der nicht getilgten Forderungen,
- g) Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos, sowie
- h) Verarbeitung und Erteilung von Auskünften über das Kreditrisiko für Zwecke der Steuerung und Beschlussfassung.

c) Konzentration des Kreditrisikos

Eine Konzentration des Kreditrisikos entsteht, wenn Darlehensforderungen mit ähnlichen wirtschaftlichen Merkmalen bestehen, welche die Fähigkeit des Schuldners beeinflussen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Als bedeutendes Kreditengagement betrachtet die Bank eine Forderung gegen Schuldner bzw. eine wirtschaftlich verbundene Gruppe von Schuldnern, die 10% ihrer Eigenmittel übersteigt.

Nach dem Bauspargesetz (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung) kann die Bank ein Bauspardarlehen nur folgenden Bausparern einräumen:

- natürlichen Personen mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei,
- juristischen Personen mit Sitz in der Slowakei oder natürlichen Personen – Unternehmern mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei.

Daraus ergibt sich eindeutig, dass die Bank ihre Geschäftstätigkeit ausschließlich auf dem Gebiet der Slowakei ausübt. Die Tätigkeit der Bank ist auf die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Bauspardarlehen und auf die Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens ausgerichtet. Andere Banktätigkeiten werden nur in minimalem Umfang ausgeübt. Damit ist das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Ländern und Bereichen eliminiert. Das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Schuldern ist durch die festgelegten Limits der Bank auf ein Minimum reduziert.

Neben gesetzlichen Regelungen ist die Konzentration des Kreditrisikos auch durch interne Limits über die maximale Höhe der Risikoaussetzung gegenüber einem individuellen Schuldner begrenzt; diese Limits werden regelmäßig aktualisiert und neu beurteilt.

Zum Abschlussstichtag hat die Bank eine bedeutende Konzentration des Kreditrisikos weder gegenüber einem einzelnen Schuldner noch einer wirtschaftlich verbundenen Gruppe von Schuldnern gehabt.

d) Eingeleitete Maßnahmen aufgrund der Analyse des Darlehensportfolios

Aufgrund der Erfahrungen aus der bisherigen Erfüllung der Verpflichtungen der Darlehensschuldner hat die Bank folgende Maßnahmen eingeleitet und realisiert:

- Intensivierte Untersuchung einzelner Darlehensabsicherungsarten,
- Verschiedene Zinssätze bei den Zwischendarlehen in Abhängigkeit von den Sicherungsarten,
- Änderungen in den Bedingungen für die Darlehensgewährung, die auf die Beschränkung der Zugänglichkeit zu Darlehen mit günstigen Bedingungen für Kunden mit risikoreichen Charakteristiken gerichtet sind.

e) Grundsätze und Verfahren der Bank bei der Forderungseintreibung gegenüber Schuldnern

Bei der Forderungseintreibung richtet sich die Bank nach folgenden Kriterien bzw. Grundsätzen:

- Effektivität der Forderungseintreibung,
- Individuelle Beurteilung jedes einzelnen Eintreibungsfalls,
- Eliminierung der ausgefallenen Forderungen durch eine rechtzeitige Durchführung der notwendigen, mit der Forderungseintreibung zusammenhängenden Schritte, Eintreibung ohne unnötigen Verzug,
- Auswahl der richtigen Art der Forderungseintreibung,
- Forderungseintreibung im Einklang mit der geltenden slowakischen Rechtsordnung.
- Nutzung der Möglichkeit der Fremdvergabe (Outsourcing) und der Veräußerung von uneinbringlichen Forderungen mit Schwerpunkt auf maximale Rentabilität.

Die Bank löst die Fälle durch Eintreibung, in denen Schuldner auf die Aufforderungen zur Begleichung des Darlehensrestbetrags aufgrund des Tilgungsverzugs oder einer anderen Verletzung der Darlehensvertragsbedingungen nicht reagieren und die fälligen restlichen Beträge in der ihnen zur Verfügung gestellten Zeit nicht zurückzahlen. Dabei werden folgende Methoden verwendet:

Außerordentlicher Tilgungsplan außerhalb eines Gerichtsverfahrens bzw. einer Zwangseintreibung

Wenn unmittelbar nach dem Rücktritt vom Darlehensvertrag bzw. nach der Versendung der Aufforderung zur sofortigen Rückzahlung der fälligen Darlehensmittel der Schuldner den Willen äußert, den Vertrag zu erfüllen, aber seine finanzielle Situation ihm es nicht ermöglicht, diese Summe auf einmal zu bezahlen, kann auf Antrag des Schuldners ein Tilgungsplan erstellt werden. Falls er diesen neuen Tilgungsplan nicht einhält, wird die Bank von ihm zurücktreten und ihre Forderung beim Gericht bzw. durch Zwangsvollstreckung eintreiben oder den Absicherungswechsel (siehe unten) geltend machen.

Gerichtsverfahren

Die Bank geht nur dann zum Gericht, wenn dem Schuldner der außerordentliche Tilgungsplan nicht bewilligt wurde und keine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel bzw. kein Blanko-Wechsel vorhanden ist. In diesem Fall sendet die Bank an das zuständige Gericht einen Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls. Die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Bei einigen Gerichtsverfahren lässt sie sich durch Anwälte vertreten.

Absicherungswechsel

Falls nach Rücktritt vom Darlehensvertrag der Kunde die Forderung der Bank nicht befriedigt und das Darlehen durch einen Blanko-Wechsel abgesichert ist, füllt die Bank den leeren Wechsel aus. In der Mitteilung über die Ausfüllung des Wechsels fordert sie den Kunden auf, den Wechselbetrag zu bezahlen; hierbei wird die Höhe der Schuld, Ort und Zeit der Leistung angegeben.

Wechselprozess

Falls der Kunde den Wechselbetrag innerhalb der festgelegten Frist nicht bezahlt, macht die Bank ihren Anspruch durch Einreichung des Antrags auf die Ausstellung eines Wechselzahlungsbefehls beim örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend. Die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Ein rechtsgültiger Wechselzahlungsbefehl ist ein Vollstreckungstitel für das Vollstreckungsverfahren.

Versuch einer außergerichtlichen Schlichtung

In Ausnahmefällen, nach dem Inkrafttreten der Gerichtsentscheidung, wenn es aufgrund des Verlaufs des Gerichtsverfahrens wahrscheinlich ist, dass die Forderung auch ohne Zwangsvollstreckung zurückgezahlt wird, kann die Bank den Schuldner zu einer außergerichtlichen Einigung auffordern. Wenn der Schuldner einwilligt, kann ein Sondertilgungsplan schriftlich vereinbart werden.

Zwangsvollstreckungsverfahren

Die Bank führt eine Forderungseintreibung durch Gerichtsvollzieher nach der Vollstreckungsordnung durch. Die Bank stellt einen Antrag auf eine Zwangsvollstreckung, wenn eine gerichtliche Entscheidung zugunsten der Bank rechtskräftig und durchführbar ist bzw. wenn im gegebenen Fall, im Einklang mit der slowakischen Rechtsordnung, eine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel vorhanden ist.

Freiwillige Versteigerung

Seit 2004 führt die Bank die Forderungseintreibung durch einen Versteigerer gemäß dem Gesetz über freiwillige Versteigerungen durch. Dieses Verfahren wird bei fälligen, durch Pfandrecht zugunsten der Bank abgesicherten Forderungen angewandt. Die Versteigerung erfolgt aufgrund des zwischen der Bank und dem Versteigerer abgeschlossenen Vertrags über deren Vollzug, der die vom Gesetz geforderten Bedingungen erfüllen muss. Der Zeitpunkt der Versteigerung muss im zentralen notariellen Versteigerungsregister veröffentlicht werden.

Fremdvergabe (Outsourcing)

Seit Mai 2005 nutzt die Bank externe Dienstleister bei der Eintreibung von Forderungen aus gewährten Darlehen, wobei sie die methodische Regelung Nr. 6/2004 der NBS zur Nutzung von externen Dienstleistern durch Banken befolgt. Die zum Erhalt der Forderungen von Schuldnern führenden Tätigkeiten werden im Namen und auf Rechnung der Bank von fremden Dritten – Mandataren – auf Basis von Mandatsverträgen ausgeübt. Den Inhalt ihrer Arbeit bilden systematische schriftliche und telefonische Aufforderungen der Schuldner zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber der Bank, und bei Bedarf auch persönliche Besuche.

f) Höchstes Kreditrisiko

HÖCHSTES KREDITRISIKO (in Tsd. SKK)	2007	2006
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	2.767.435	2.688.874
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	1.540.788	1.558.107
Forderungen an Banken	574.431	663.520
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	2.320.583	3.151.605
Bauspardarlehen	11.765.485	12.732.487
Bauspardarlehen aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	205.023	49.892
Zwischendarlehen	33.686.340	27.774.413
Sonstige Darlehen	15.976	19.021
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	23.546	33.985
Darlehenszusagen	2.458.959	2.326.868
Summe	55.358.566	50.998.772

Neben den obigen Darlehenszusagen führt die Bank in ihren Geschäftsbüchern auch eventuelle Darlehenszusagen – siehe Abschnitt (43) dieses Anhangs.

g) Darlehen und Forderungen

DARLEHEN NACH FÄLLIGKEIT UND WERTMINDERUNG (in Tsd. SKK)	2007	2006
Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen	42.861.246	38.656.996
Überfällige und nicht wertgeminderte Darlehen	1.256.492	934.494
Wertgeminderte Darlehen	2.599.595	1.887.421
Summe Darlehen - brutto	46.717.333	41.478.911
Wertberichtigungen auf Darlehen	-1.044.509	-903.098
Summe Darlehen - netto	45.672.824	40.575.813

ga) Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen

Die Geschäftsleitung der Bank ist überzeugt, dass die Analyse der Absicherungsart eine relevante Übersicht über die Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten Forderungen aus Darlehen gibt:

QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspardar- lehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	6.968.475	-	6.968.475
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	70.142	117.531	846.182	-	1.033.855
Pfandrecht an einer Immobilie	1.743.434	87.492	6.662.798	-	8.493.724
Bürge, Solidarhaftung	6.838.721	-	14.532.489	14.048	21.385.258
Nicht abgesichert	2.748.760	-	2.229.246	1.928	4.979.934
Summe	11.401.057	205.023	31.239.190	15.976	42.861.246

Die Höhe der im Jahr 2007 restrukturierten Forderungen aus Darlehen beträgt SKK 106.936 Tsd.

QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspardar- lehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	5.556.869	-	5.556.869
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	50.022	49.892	476.336	-	576.250
Pfandrecht an einer Immobilie	2.230.406	-	5.513.185	-	7.743.591
Bürge, Solidarhaftung	7.647.653	-	13.594.163	15.609	21.257.425
Nicht abgesichert	2.409.174	-	1.111.276	2.411	3.522.861
Summe	12.337.255	49.892	26.251.829	18.020	38.656.996

Die Höhe der im Jahr 2006 restrukturierten Forderungen aus Darlehen beträgt SKK 74.595 Tsd.

Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte, mit Ausnahme von Forderungen aus Darlehen:

	Zum 31. Dezember 2007		Zum 31. Dezember 2006	
	in Tsd. SKK	Bewertung	in Tsd. SKK	Bewertung
<i>Darlehen und andere Forderungen an die NBS, davon:</i>				
Konto der Mindestpflichtreserven bei der NBS	649.591	*2	994.380	*2
Darlehen an die NBS – REPO-Geschäft	1.738.126	*2	1.694.048	*2
Kassenobligationen der NBS	379.198	*2	-	*2
<i>Forderungen an Banken, davon:</i>				
Kontokorrentkonten – SLSP	2.977	P1	11.391	P1
Kontokorrentkonten – Tatra banka	3.537	P1	3.749	P2
Kontokorrentkonten – Unicredit Bank Slovakia	2.475	-	4.061	-
Kontokorrentkonten – Poštová banka	38.608	-	47.783	-
Termineinlagen – Tatra banka	3.600	P1	5.000	P1
Termineinlagen – SZRB	-	P1*1	300.000	P1
Termineinlagen – OTP Banka Slovensko	400.000	P2	-	P1
Sonstige Forderungen an Banken, bezahlt kurz nach Ende des Bilanzierungszeitraums – Abschnitt (9) des Anhangs	123.198	*3	291.322	*3
<i>Zur Veräußerung verfügbare Staatsanleihen</i>	1.540.788	A1	1.558.107	A1
<i>Bis zur Engfälligkeit zu haltende Staatsanleihen</i>	2.320.583	A1	3.151.605	A1
<i>Sonstige finanzielle Vermögenswerte</i>	23.546	ohne Bonität	33.985	ohne Bonität

Die angeführten Bewertungen entsprechen den Kategorien der Rating-Agentur Moody's.

*1 Am 4. Mai 2007 wurde die Bewertung abgenommen.

*2 Die Risikoaussetzungen gegenüber der NBS unterliegen keinem Kreditrisiko

*3 Nicht analysierte Forderungen aus den zum 31. Dezember 2007 realisierten Kundeneinlagen

gb) Überfällige und nicht wertgeminderte Darlehen

Zahlungsverzug bei überfälligen und nicht wertgeminderten Darlehen (in Tsd. SKK):

ÜBERFÄLLIGE UND NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	215.138	-	1.041.325	-	1.256.463
Überfällig zwischen 30 – 90 Tagen	29	-	-	-	29
Überfällig zwischen 90-180 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 180 – 360 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2007	215.167	-	1.041.325	-	1.256.492
Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	80.325	-	393.121	-	473.446

ÜBERFÄLLIGE UND NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	269.161	-	665.213	-	934.374
Überfällig zwischen 30 – 90 Tagen	-	-	120	-	120
Überfällig zwischen 90-180 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 180 – 360 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2006	269.161	-	665.333	-	934.494
Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	115.123	-	210.112	-	325.235

*Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert (in Tsd. SKK):

ÜBERFÄLLIGE UND NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN - QUALITÄT DES DARLEHENS-PORTFOLIOS ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	151.860	-	151.860
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	25	-	7.716	-	7.741
Pfandrecht an einer Immobilie	25.636	-	249.918	-	275.554
Bürge, Solidarhaftung	126.747	-	431.621	-	558.368
Nicht abgesichert	62.759	-	200.210	-	262.969
Summe	215.167	-	1.041.325	-	1.256.492

ÜBERFÄLLIGE UND NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN - QUALITÄT DES DARLEHENS-PORTFOLIOS ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	95.423	-	95.423
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	25	-	-	-	25
Pfandrecht an einer Immobilie	25.636	-	143.356	-	168.992
Bürge, Solidarhaftung	126.747	-	386.051	-	512.798
Nicht abgesichert	116.753	-	40.503	-	157.256
Summe	269.161	-	665.333	-	934.494

gc) Individuell wertgeminderte Darlehen

Der Zahlungsverzug ist wie folgt (in Tsd. SKK):

WERTGEMINDERTE DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 30 – 90 Tagen	108.560	-	1.073.075	-	1.181.635
Überfällig zwischen 90-180 Tagen	16.458	-	171.191	-	187.649
Überfällig zwischen 180 – 360 Tagen	30.638	-	525.066	-	555.704
Überfällig mehr als 360 Tage	106.327	-	568.261	19	674.607
Summe zum 31. Dezember 2007	261.983	-	2.337.593	19	2.599.595
Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	34.082	-	337.760	-	371.842

WERTGEMINDERTE DARLEHEN ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK)	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 30 – 90 Tagen	73.006	-	532.297	-	605.303
Überfällig zwischen 90-180 Tagen	20.203	-	187.008	-	207.211
Überfällig zwischen 180 – 360 Tagen	51.529	-	431.925	-	483.454
Überfällig mehr als 360 Tage	102.283	-	473.803	15.367	591.453
Summe zum 31. Dezember 2006	247.021	-	1.625.033	15.367	1.887.421
Beizulegender Zeitwert der Absicherung*	46.605	-	203.002	-	249.607

*Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert (in Tsd. SKK):

QUALITÄT DES DARLEHENS ZUM 31. DEZEMBER 2007 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	193.173	-	193.173
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	29	-	29.596	-	29.625
Pfandrecht an einer Immobilie	32.418	-	340.650	-	373.068
Bürge, Solidarhaftung	199.754	-	1.542.845	-	1.742.599
Nicht abgesichert	29.782	-	231.329	19	261.130
Summe	261.983	-	2.337.593	19	2.599.595

QUALITÄT DES DARLEHENS ZUM 31. DEZEMBER 2006 (in Tsd. SKK) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Bauspar- darlehen aus außerkollektiven Finanzmitteln	Zwischen- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	82.803	-	82.803
Bankgarantie einschließlich vinkulierte Einlagen bei anderen Banken	-	-	-	-	-
Pfandrecht an einer Immobilie	34.359	-	238.709	14.000	287.068
Bürge, Solidarhaftung	188.702	-	1.126.674	17	1.315.393
Nicht abgesichert	23.960	-	176.847	1.350	202.157
Summe	247.021	-	1.625.033	15.367	1.887.421

Die Bank erfasst unter der Bilanz Kassenobligationen der NBS als erhaltene Sicherheiten in einem umgekehrten REPO-Geschäft, die zum 31. Dezember 2007 mit dem beizulegenden Zeitwert von SKK 1.738.021 Tsd. (zum 31. Dezember 2006: SKK 1.693.816 Tsd.) bewertet wurden (siehe Abschnitt (7) des Anhangs).

gd) Bei der Berechnung der Wertberichtigungen angewandte Annahmen

Die durchschnittliche Barwertminderung der Geldzuflüsse aus einzelnen auf Wertminderung getesteten Darlehensportfolien hängt von folgenden Faktoren ab:

- a) der Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund des identifizierten Wertminderungsindikators die Forderung in der Zukunft eingetrieben wird,
- b) dem voraussichtlichen Ertrag aus der Absicherung der Forderung.

ZAHLUNGSVERZUG	Wahrscheinlichkeit der Eintreibung (in %)	
	2007	2006
Von 31 bis zu 90 Tagen	15,3	15,4
Von 91 bis zu 180 Tagen	41,0	43,0
Von 181 bis zu 360 Tagen	68,0	66,0
Über 360 Tage	92,0	94,0

Bei der Berechnung des nicht besicherten Wertes der Forderung aus Darlehen wird vom Wert der gesamten Forderung in festgelegter Reihenfolge der Barwert der geschätzten Geldzuflüsse aus der Realisierung der Besicherungen gemäß der nachfolgenden Tabelle abgezogen.

Reihenfolge	Besicherung der Forderung	Geschätzter Ertrag aus der Besicherung in %
1.	Angesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto	100,0
2.	Vinkulierter Bausparvertrag bei der Bank	100,0
3.	Bankgarantie	100,0
4.	Vinkulierte Einlage bei einer anderen Bank	100,0
5.	Solidarhaftung	100,0
6.	Pfandrecht an einer Immobilie	86,3*
7.	Bürgschaft	32,9*

*Der Ertragsprozentsatz wird monatlich aufgrund der tatsächlich realisierten Einzüge aus der entsprechenden Besicherungsart aktualisiert. Die angeführten Werte stellen den Stand zum 31. Dezember 2007 dar.

h) Prozesse bei der Steuerung des Kapitals der Bank

Das Kapital der Bank beläuft sich auf SKK 7.039.390 Tsd. (2006: SKK 7.038.741 Tsd.) und besteht aus dem gezeichneten Kapital, den Gewinnrücklagen und dem Gewinnvortrag. Diese Posten werden um immaterielle Vermögenswerte ohne bewertbare Rechte gemindert. Die Bewertungsdifferenz aus der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere ist ebenfalls im Kapital nicht enthalten.

Die Steuerung der regulativen Anforderung an die Höhe des Kapitals und des internen Kapitalbedarfs zur Deckung von Risiken wird parallel vorgenommen, insbesondere im Anschluss an den mittelfristigen Plan der Kreditstrategie sowie der Planung der Struktur der sonstigen Posten der Aktiva und der Höhe der Fremdmittel.

Die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals der Bank berücksichtigt das Proportionalitätsprinzip, d.h. berücksichtigt die Größe der Bank sowie den Charakter, Umfang und die Komplexität der von ihr ausgeübten Banktätigkeiten. Die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil des Risikosteuerungssystems. Sein grundlegendes Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Risikoprofil, dem Steuerungssystem, der Risikoverringung und dem Kapital der Bank zu verbessern.

Die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals umfasst:

- a) die Strategie zur Steuerung des Volumens des internen Kapitals,
- b) das Verfahren zur Ermittlung der angemessenen Höhe des internen Kapitals, seiner Komponenten und Zuordnung des internen Kapitals zu Risiken, sowie
- c) das System der Aufrechterhaltung des internen Kapitals in der geforderten Höhe.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals. In diesem Prozess unterscheidet die Bank folgende Schritte:

- a) Identifizierung sämtlicher bedeutender Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist oder ausgesetzt werden kann,
- b) Angemessene Beurteilung von Risiken, und
- c) Beurteilung des Bedarfs an internem Kapital.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist mit der internen Organisation und Steuerung der Bank (Internal Governance) eng verbunden. Internal Governance umfasst im Wesentlichen die Festlegung der Geschäftsstrategie und der Geschäftsziele, des zu tolerierenden Risikoausmaßes, der Organisationsstruktur, die Verteilung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, die Implementierung zutreffender Informationsflüsse sowie die Steuerung des Systems der internen Revision.

Die Steuerung des Kapitals, sowohl für die Bedürfnisse des Systems und der Strategie zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals als auch für die Berechnung der Angemessenheit des regulativen Kapitals, ist ein wesentlicher Bestandteil des mittelfristigen Plans der Bank. Der Aufsichtsrat genehmigt die mittelfristige Absicht hinsichtlich der Dividendenhöhe bzw. einer etwaigen Anpassung des gezeichneten Kapitals, der Gewinnrücklagen sowie der Entwicklung und Höhe des erwarteten Gewinns.

Die Bank ist sowohl zum 31. Dezember 2007 als auch zum 31. Dezember 2006 der regulativen Anforderung an die Kapitalangemessenheit nachgekommen.

(47) BETRIEBSRISIKEN

Das Betriebsrisiko stellt ein Verlustrisiko dar, das sich aus unangemessenen oder fehlerhaften internen Prozessen, menschlichem Versagen, Systemversagen oder aus äußeren Ereignissen und Einflüssen ergibt. Zu den Betriebsrisiken zählt auch das Rechtsrisiko, wobei hierunter das Verlustrisiko verstanden wird, das vor allem aus der Nichteinklagbarkeit von Verträgen, der Gefahr erfolgloser Gerichtsverfahren oder aus Gerichtsentscheidungen mit negativen Folgen resultiert.

Das Betriebsrisiko stellt für die Bank ein bedeutendes Risiko dar, dessen Steuerung eine entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Bank hat zur Identifizierung des Betriebsrisikos regelmäßige Prozessroutinen installiert. Dabei wird fortlaufend anhand qualifizierter Einschätzungen der Risikoquellen die Höhe des Betriebsrisikos ermittelt, überwacht und minimiert. Im Rahmen der Vorkehrungen zur Verlustbegrenzung nimmt die Bank auch Versicherungen in Anspruch.

(48) SCHÄTZUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTES

Der beizulegende Zeitwert der notierten Wertpapiere (Staatsanleihen) ist mit ihrem an der Wertpapierbörse in Bratislava ermittelten Marktwert identisch.

Der beizulegende Zeitwert der kurzfristigen, an der Wertpapierbörse in Bratislava nicht notierten Wertpapiere (Kassenobligationen der NBS bzw. Schatzscheine) wird als theoretischer, aufgrund der Restlaufzeit und des entsprechenden Geldmarktsatzes berechneter Preis bestimmt. Der angewandte Abzinsungssatz betrug 4,11% p.a. (2006: die Bank hielt keine Kassenobligationen der NBS und keine Schatzscheine).

Der beizulegende Zeitwert der an Kunden gewährten Darlehen und der von ihnen erhaltenen Spareinlagen ist anhand der Bewertungsmethoden bestimmt. Die Bank berechnet künftige Werte der Darlehen und Spareinlagen auf Basis des vereinbarten Zinssatzes und der erwarteten Restlaufzeit. Die in dieser Art und Weise berechneten Werte sind mit dem für einzelne Zeitabstände der Restlaufzeit geltenden Marktzinssatz abgezinst, wobei der Marktzinssatz auf Basis der aktuellen Zinssätze für ähnliche neu gewährte Darlehen auf dem Markt (Hypothekendarlehen und andere Darlehen für Immobilien) bzw. ähnliche erhaltene Einlagen (Termineinlagen) bestimmt wird. Die angewandten Abzinsungssätze bewegten sich zwischen 5,84% p.a. und 7,25% p.a. (2006: zwischen 6,48% p.a. und 7,15% p.a.)

Der beizulegende Zeitwert einzelner Klassen von finanziellen Vermögensgegenständen und finanziellen Verpflichtungen der Bank ist im Abschnitt (6) – Analyse finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen nach Bewertungskategorien beschrieben.

(49) BEDEUTENDE EREIGNISSE NACH DEM ABSCHLUSSSTICHTAG

Bis zum Tag der Aufstellung dieses Einzelabschlusses haben sich keine Vorgänge ereignet, die einem wesentlichen Einfluss auf den Einzelabschluss zum 31. Dezember 2007 haben könnten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat sowie den Vorstand der Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.:

Wir haben den beigefügten Einzelabschluss der Gesellschaft Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (im Folgenden „die Gesellschaft“) geprüft, der aus der Bilanz zum 31. Dezember 2007, der dazugehörigen Gewinn- und Verlustrechnung, der Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals und der Kapitalflussrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, einer Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den erläuternden Anhangangaben besteht.

Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft für den Einzelabschluss

Der Vorstand der Gesellschaft ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung des Einzelabschlusses in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards verantwortlich. Diese Verantwortung umfasst die Planung, Einrichtung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, das für die Aufstellung und angemessene Darstellung eines solchen Einzelabschlusses erforderlich ist, der frei von wesentlichen durch Betrug oder Fehler verursachten Fehlaussagen ist, die Wahl und Anwendung von angemessenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Vornahme von unter den jeweiligen Umständen angemessenen Einschätzungen rechnungslegungsrelevanter Sachverhalte.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über diesen Einzelabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung unter Beachtung der International Standards on Auditing vorgenommen. Danach haben wir ethischen Grundsätzen zu folgen und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Einzelabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist.

Eine Prüfung schließt die Vornahme von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Nachweisen über die Wertansätze und Angaben im Einzelabschluss ein. Bei der Festlegung von Prüfungshandlungen wird das Risiko von wesentlichen Fehlaussagen im Einzelabschluss aufgrund von Betrug oder Fehlern berücksichtigt. Bei der Beurteilung dieses Risikos berücksichtigt der Abschlussprüfer die für die Aufstellung und angemessene Darstellung des Einzelabschlusses relevanten internen Kontrollen, um hierauf aufbauend die entsprechenden Prüfungshandlungen zu bestimmen, jedoch nicht, um eine Beurteilung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, der wesentlichen Einschätzungen rechnungslegungsrelevanter Sachverhalte durch den Vorstand der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Einzelabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns eingeholten Prüfungsnachweise eine hinreichende und angemessene Grundlage für unsere Beurteilung bilden.

Beurteilung

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Einzelabschluss unter Beachtung der von der Europäischen Union anerkannten International Financial Reporting Standards ein in allen wesentlichen Aspekten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. zum 31. Dezember 2007 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr.

PricewaterhouseCoopers Slovensko

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
Lizenz der SKAU Nr. 161

Bratislava, den 22. Februar 2008



Mária Frühwaldová
Ing. Mária Frühwaldová
Lizenz der SKAU Nr. 047

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. („PSS“) hat sich während des Jahres 2007 zu zwei Sitzungen zusammengefunden. Daneben war er während des ganzen Jahres durch regelmäßige Berichte fortlaufend über die Wirtschaftstätigkeit der PSS unterrichtet. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung wurden persönlich mit dem Vorstand der PSS besprochen.

Die zum 31. Dezember 2007 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, der Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2007, sowie der Vorschlag zur Festlegung der Tantieme 2007 waren Gegenstand der Sitzung des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates am Sitz der PSS am 28. April 2008. Der Prüfungsausschuss stimmte den vorgelegten Jahresabschlüssen für das Jahr 2007, dem Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2007, sowie dem Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2007 zu. Sämtliche besprochenen Dokumente wurden für die Sitzung des Aufsichtsrates empfohlen.

Der Aufsichtsrat überprüfte im Sinne des § 198 HGB auf seiner am 5. Juni 2008 am Sitz der PSS stattgefundenen Sitzung die zum 31. Dezember 2007 nach den IFRS aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, die alle von PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. geprüft wurden, sowie den Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2007 und den Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2007.

Der Abschlussprüfer nahm ebenfalls an dieser Sitzung des Aufsichtsrates teil und stand den Aufsichtsratsmitgliedern für die Beantwortung ihrer Fragen zur Verfügung. Die Prüfungsberichte über die durchgeführten Prüfungen der obigen Jahresabschlüsse der PSS für das Jahr 2007 wurden rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrates dessen Mitgliedern übergeben.

Nach der Überprüfung der zum 31. Dezember 2007 aufgestellten ordentlichen Einzel- und Konzernabschluss der PSS, sowie des Vorschlags für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2007 und des Vorschlags der Festlegung der Tantieme 2007, erhob der Aufsichtsrat keine Einwände und erteilte die Genehmigung, die genannten Dokumente der Hauptversammlung der Aktionäre der PSS vorzulegen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich beim Vorstand und bei allen internen sowie externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Jahr 2007 geleistete Arbeit.

Bratislava, am 5. Juni 2008



Mag. Johann Ertl
Aufsichtsratsvorsitzender





*Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.,
je hrdá na to, že dokáže časť
svojho úspechu vrátiť Slovensku
a jeho obyvateľom.
Sumou 50 miliónov korún už
podporila 700 projektov
kolektívov i jednotlivcov,
zdravotne či sociálne odkázaných
na pomoc iných...*

*Die Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. ist stolz, dass sie einen Teil ihres Erfolges an die
Slowakei und deren Bevölkerung zurückgeben kann. Sie hat schon 700 Projekte für
Gruppen, Einzelpersonen, Behinderte, sozial Schwache, auf die Hilfe anderer
Angewiesene mit 50 Millionen unterstützt...*

Résumé

In year 2007, Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (hereinafter only "PSS, a. s.") the First building society, marked 15th anniversary of its operations as specialised banking institution. Successes and results achieved by PSS, a. s. during this period, only underline correctness of decisions made by its shareholders, and also justify existence of building savings in Slovakia.

Mission

The mission of PSS, a. s., is active participation on housing standards enhancement in Slovakia, in order to achieve the European standard. PSS, a. s. takes only steps that assure retention of its clients loyalty, correct relations with all partners and preserves the goodwill it developed.

Basic data

Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. has a status of a joint stock company with registered seat in Bratislava, Bajkalská ulica 30. It was founded by incorporation in the Company register on 15 October 1992 and started its operations on 16 Nov.1992. Management of PSS, a. s. is ensured via: General Assembly, Board of Directors and Supervisory Board. In 2007 The Board of Directors was composed of: Ing. Imrich Béreš (representing shareholder Slovenská sporiteľňa, a. s., Slovak Republic; Chairman of the Board of Directors), Mag. Herbert G. Pfeiffer (representing shareholder Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH., Wien, Austria; member of the Board of Directors) and Dipl. Ing. Erich Feix (representing shareholder Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Germany; member of the Board of Directors).

Home Construction and building savings

In 2007, construction of houses has recovered in Slovakia after years of stagnation. Almost 16 500 appartments were built in 2007; it is the highest number of appartments since 1994. Almost one third of houses built in 2007 were built in Bratislava and its surrounds; construction activities were also progressing in Košice and Prešov region.

Out of more than SKK 53.8 bill. invested into housing in 2007, three building societies provided SKK 21.2 bill. – the major part of this sum – SKK 15.01 bill., was provided by PSS, a. s. Thus, building savings remain to be a driver of housing development, modernisation and reconstruction of housing stock in Slovakia. To support this most significant tool of financing house construction, also proclaimed by the SR Government in its memorandum, amendment of the Act No. 310/1992 Coll. on building savings was adopted at the end of 2007.

Year 2007 results

Building savings – physical persons

In 2007, PSS, a. s. signed 169 173 building saving contracts with savers – physical persons in total amount of SKK 48.83 bill., and with average target amount of SKK 288 664. In total, at 31 December 2007 PSS, a. s. administered 953 189 building saving contracts. In 2007, PSS, a. s. approved, to its clients – physical persons, 6 620 building loans in the volume of SKK 1.32 bill. and 30 088 bridge loans in amount of SKK 9.42 bill. In total, PSS, a. s. has provided SKK 13.97 bill. for housing in 2007.

Building savings – legal persons

In 2007, PSS, a. s. signed 682 building saving contracts with savers – legal persons, for target sums of SKK 1.41 bill. PSS, a.s. has approved 358 building loans and bridge loans in the amount of SKK 913.19 bill. for building savers – legal persons. In 2007, PSS, a. s. has provided financial means, from sources other than the building savings fund, to building savers – legal persons in the amount of SKK 154.75 bill. for purchase of appartments and construction.

2007 news

Innovation of the product of building savings for physical persons was started by bonus interest in February 2007. The product range of building savings for this category of clients was further improved and expanded by follow up loan, bonus interest in case of loan insurance, adjustment of maximum budgetary indicators to establish actual sale value in progressive financing, or adjustment of bridge loan conditions.

The product range of building savings for legal persons, namely for specific flats' owners' associations, Housing cooperatives and other firms running the maintenance of buildings, was expanded in 2007 by XXL loan without the requirement of initial deposit, with fixed instalment payments during the whole period of repayment. Conditions for flats' owners' associations, housing cooperatives and other firms running the maintenance of buildings, were improved by mortgage right assurance or solidarity guarantee and the possibility to draw a loan to increase energy efficiency of houses with repayment period of 15 years, also broadened the product range.

2007 projects

First bond emission of PSS, a. s., must be considered as one of the most important projects in 2007. The bank started emissions on 24 October 2007; bonds from these emissions were traded from 29 October 2007 on listed parallel market of Bratislava stock exchange. The first emissions were named Bonds PSS 2012; money acquired from the bond issuance shall be used by PSS, a. s. for funding building loans for physical persons secured mainly by mortgage right on real estate.

Employees

At 31 December 2007 there were 422 employees working for PSS, a. s., out of it 394 employees worked at PSS, a. s. headquarters and 28 in regional offices. Almost two thirds of staff are women; 41 % of employees in supervisory positions are women too. PSS, a. s. staff adhere to principles of The Code of ethics, which is a summary of basic ethical principles, rules of behaviour and action.

Sales network

Operations of the sales network are supervised by the Director of sales department. In 2007, there were 7 regional sales networks in Slovakia supported by 8 regional branches of PSS, a. s. (Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice, Prešov, Poprad). In 2007, the external sales network of PSS, a. s. was formed by 1 124 sales representatives. Clients could enjoy services of PSS, a. as. in 331 offices of sales representatives throughout Slovakia.

Humanitarian programme

Excellent results achieved by PSS, a. s. enable regular and systematic help where helping hand is needed most. By means of humanitarian and charitable aid, PSS, a. s. returns part of its economic success to the society. In 2007, it supported 86 projects of various organisations, foundations and individuals by almost SKK 4.6 mill. The most extensive support being provided to Sportclinic Bratislava; Kardio Sanus, s. r. o., Bratislava; SR Ligue against cancer; Civic association Lampášik, Prešov; Association of help to people with mental illness Spišská Nová Ves; Faculty hospital with polyclinic Bratislava – Ružinov.

Fund PSS, a. s. represents another form of PSS, a. s. support for the development of housing economy. It was established in 2004 and the financial means amounting to SKK 5 mill. for one year are aimed at financing of projects for the enhancement of maintenance of houses including regeneration of historical monuments in Slovakia.

Communication

Communication – internal and external – is natural part of PSS, a. s. life. Main tool of internal communication is magazine IMPULZ for employees of headquarters and sales network staff. PSS, a. s. communicates with its savers via magazine DOMa intended for its clients. Important part of external co-operation is the continuous work with central and regional media, both print and electronic media.

Main targets for 2008

PSS, a. s. main target for 2008, is to maintain its leading position on the market of housing financing. Another important target is to make accessible benefits to its clients, as a result of amended Act on building savings, and implement all measures for seamless transition to euro under PSS, a. s. conditions.

From the point of view of results of sales and businesses, in 2008 PSS, a. s. planes to sign 187 580 contracts on building savings in the total amount of target sums of SKK 41.8 bill. At the same time, PSS, a. s., expects that in 2008 it shall provide to its clients cca 35 000 building loans and bridge loans. Financial means aimed at financing housing construction shall amount to SKK 14.2 bill. in 2008.

BALANCE SHEET as of 31 December 2007 (in thousands of SKK)

	Note	31 December 2007	31 December 2006
ASSETS			
Due from the National Bank of Slovakia	7	2 767 435	2 688 874
Available-for-sale securities – government bonds	8	1 540 788	1 558 107
Due from other banks	9	574 431	663 520
Securities held to maturity	10	2 320 583	3 151 605
Loans to customers	11	45 672 824	40 575 813
Investment in subsidiaries	12	101 340	101 310
Available-for-sale securities – shares	8	4 500	4 500
Premises and equipment	13	947 091	964 436
Investment properties	14	25 551	111 760
Intangible assets	15	260 200	225 939
Current income tax prepayment	16	13 662	-
Other financial assets	17	23 546	33 985
Other non-financial assets	18	229 369	165 993
TOTAL ASSETS		54 481 320	50 245 842
LIABILITIES AND EQUITY			
Due to other banks	19	418 618	321 372
Issued bonds	20	1 005 611	-
Customers' savings deposits	21	44 107 721	40 826 124
Other liabilities to customers	22	317 067	272 768
Provisions for liabilities	23	284 818	252 667
Current income tax payable		-	71 947
Deferred income tax liability	24	3 723	36 556
Other financial liabilities	25	183 406	178 852
Other non-financial liabilities	26	311 631	301 459
Total liabilities		46 632 595	42 261 745
Share capital		2 000 000	2 000 000
Legal reserve fund		586 996	586 996
Other reserves		683 828	683 828
Revaluation reserve for available-for-sale securities		(11 551)	7 707
Retained earnings from prior periods		3 768 566	3 767 917
Profit for the current period		820 886	937 649
Total equity	27	7 848 725	7 984 097
TOTAL LIABILITIES AND EQUITY		54 481 320	50 245 842

Income Statement for the Year ended 31 December 2007 (in thousands of SKK)

	Note	1 January 2007 to 31 December 2007	1 January 2006 to 31 December 2006
Interest income	28	3 072 563	2 727 579
Interest expense	28	(1 281 388)	(1 050 129)
Net interest income		1 791 175	1 677 450
Gains on disposals of available-for-sale securities		-	7 311
Fee and commission income	29	656 305	611 309
Fee and commission expense	29	(3 517)	(37 671)
Net fee and commission income		652 788	573 638
Services purchased and similar costs	30	(526 842)	(502 675)
Employee benefits expense	31	(427 765)	(428 389)
Depreciation of premises and equipment, intangible assets and investment properties	32	(109 586)	(99 163)
Other operating costs	33	(134 982)	(99 374)
Gain on disposal of subsidiaries	34	51 253	322 022
Other operating income	35	33 200	52 057
Profit before impairment and similar losses		1 329 241	1 502 877
Impairment losses and losses on write-offs or disposals of loans	36	(287 505)	(267 326)
Impairment losses and write offs of other assets	37	(10 139)	(31 920)
Profit before tax		1 031 597	1 203 631
Income tax expense	38	(210 711)	(265 982)
Profit after tax		820 886	937 649

Statement of Changes in Equity for the Year Ended 31 December 2007
(in thousands of SKK)

CHANGES IN EQUITY	Share capital	Legal reserve fund	Other reserves	Revaluation reserve for available-for-sale securities	Retained earnings from prior years	Profit for the period	Total equity
Balance at 1 January 2006	2 000 000	586 996	683 828	-	3 999 146	668 771	7 938 741
Revaluation of available-for-sale securities	-	-	-	7 707	-	-	7 707
Profit for the year	-	-	-	-	-	937 649	937 649
Total recognised income for 2006	-	-	-	7 707	-	937 649	945 356
Transfer of 2005 profit	-	-	-	-	668 771	(668 771)	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(900 000)	-	(900 000)
Balance at 31 December 2006	2 000 000	586 996	683 828	7 707	3 767 917	937 649	7 984 097
Balance at 1 January 2007	2 000 000	586 996	683 828	7 707	3 767 917	937 649	7 984 097
Revaluation of available-for-sale securities	-	-	-	(19 258)	-	-	(19 258)
Profit for the year	-	-	-	-	-	820 886	820 886
Total recognised income for 2007	-	-	-	(19 258)	-	820 886	801 628
Transfer of 2006 profit	-	-	-	-	937 649	(937 649)	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(937 000)	-	(937 000)
Balance at 31 December 2007	2 000 000	586 996	683 828	(11 551)	3 768 566	820 886	7 848 725

Statement of Cash Flows for the Year ended 31 December 2007
(in thousands of SKK)

CASH FLOW STATEMENT ITEMS	Note	1 January 2007 to 31 December 2007	1 January 2006 to 31 December 2006
Cash transactions			
Interest income received		3 191 504	2 683 017
Interest paid		(1 128 283)	(1 060 519)
Fees and commissions received		627 137	946 020
Fees and commissions paid		(1 387)	(347 238)
Staff costs and other operating costs paid		(961 469)	(920 501)
Other payments		(88 973)	(46 054)
Proceeds from sale of loans receivable	36	24 754	9 638
Collection of receivables previously written off	37	9	8
Income tax paid, including prepayments		(324 635)	(169 735)
Cash flows from operating activities before changes in operating assets and liabilities		1 338 657	1 094 636
Net (increase)/decrease in operating assets		(4 925 123)	(6 666 865)
Net (increase)/decrease of minimum reserve deposits with National Bank of Slovakia		457 834	(285 613)
Net increase of loans to customers		(5 498 361)	(6 280 919)
Net (increase)/decrease of other assets		116 541	(97 843)
Net increase of accrued income		(1 137)	(2 490)
Net (increase)/decrease in operating liabilities		3 535 876	4 122 095
Net increase of liabilities to customers		3 244 445	4 301 829
Net increase of other liabilities		4 444	20 124
Proceeds/(repayment) of amounts due to other banks		286 260	(200 000)
Net increase of accrued liabilities		727	142
Cash flows from operating activities		(50 590)	(1 450 134)
Additions/disposals of investments			
Payments for purchased premises and equipment		(134 573)	(146 552)
Proceeds from disposals of premises and equipment		767	3 705
Proceeds from repayment of held to maturity investments		791 514	-
Acquisition of available-for-sale investments		-	(1 500 565)
Acquisition of subsidiaries		(30)	-
Proceeds from disposals of subsidiaries	34	144 543	1 022 022
Cash flows from investing activities		802 221	(621 390)
Dividends paid	27	(937 000)	(900 000)
Proceeds from bonds issued		996 196	-
Cash flows from financing activities		59 196	(900 000)
NET CASH FLOWS		810 827	(2 971 524)
Opening balance of cash and cash equivalents		1 859 536	4 831 060
Closing balance of cash and cash equivalents	39	2 670 363	1 859 536
Net increase/(decrease) in cash and cash equivalents		810 827	(2 971 524)